

14. April 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Nikolai Genov

Tendenzen der sozialen Entwicklung Russlands
Individualisierung einer vermeintlich kollektivistischen Gesellschaft

11 Hermann Clement

Die Wirtschaftsstruktur Russlands

22 Heinz Timmermann

Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Richtung

31 Jerzy Maćków

Russlands Beziehungen zu seinen „slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus

39 Uwe Halbach

Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn

B 16–17/2003



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:
Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Internet:
www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:
Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung Das **Parlament**,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung Das **Parlament** einschließlich Beilage zum Preis von Euro 9,57 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von Euro 3,58 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Russland ist dabei, auf der Tribüne der internationalen Politik wieder eine aktivere Rolle zu spielen. Um diese Rolle realistisch einschätzen zu können, geben die Beiträge einen Überblick über wichtige innen- und außenpolitische Entwicklungen Russlands sowie ihre Zusammenhänge. Fragen nach den Möglichkeiten, Zielen und internationalen Rahmenbedingungen werden diskutiert.

■ Innenpolitisch hat Russland seit den neunziger Jahren einen tief greifenden Transformationsprozess durchlaufen, der noch längst nicht beendet ist. Dabei scheinen immer neue Brüche und Unsicherheiten die vorhandenen Ansätze einer demokratischen und sozial gerechteren Gesellschaftsordnung zu überlagern. Wie *Nikolai Genov* anhand zahlreicher Problemfelder darstellt, werden zwar die neuen Freiheiten geschätzt, die neuen Ungewissheiten aber gefürchtet. Die russische Gesellschaft, so der Autor, muss zu einem annähernden Gleichgewicht von Individualisierung und Solidarität finden, die dafür erforderlichen staatlichen wie gesellschaftlichen Institutionen müssen gestärkt bzw. überhaupt erst geschaffen werden.

■ Auch die Ökonomie Russlands steht vor der säkularen Herausforderung, eine neue, ausgeglichenere Struktur zu gewinnen. Die bisherige einseitige Ausrichtung auf die Schwerindustrie sowie auf die Lieferung von Rohstoffen – vor allem Erdöl und Erdgas – muss ergänzt bzw. ersetzt werden durch ein breites Spektrum moderner Industrien und Dienstleistungen. Auch die regional höchst unterschiedliche Wirtschaftsstruktur sollte, so *Hermann Clement,* in ein neues Gleichgewicht gebracht werden, um die ökonomische Entwicklung des gesamten Landes zu gewährleisten.

■ Um diese vielfältigen gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme mit Aussicht auf Erfolg bewältigen zu können – aber auch, um in der internationalen Politik eine gleichberechtigte Führungsposition zu behaupten –, unternimmt die russische Regierung zahlreiche Anstrengungen, besonders mit der Europäischen Union engen Kontakt zu halten. Wie *Heinz Timmermann* anhand zahlreicher Beispiele erläutert, besteht hier mittlerweile ein sehr vielfältiges, enges Kooperationsgeflecht zum Nutzen beider Seiten. Es sind stabile wechselseitige Beziehungen entstanden, die vornehmlich im ökonomischen Bereich sehr positive Perspektiven eröffnen und auch unterschiedliche politische Auffassungen zu regeln vermögen.

■ Zwischen dem europäischen politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Integrationsraum und Russland liegen die ehemaligen sowjetischen Republiken und heute autonomen Staaten Belarus (Weißrussland) und Ukraine. Beide Länder sind nach wie vor von starken russischen Minderheiten geprägt, die entscheidenden Einfluss auf die dortige Politik nehmen, um Moskauer Wünschen möglichst zu entsprechen. Demgemäß kommen, wie *Jerzy Maćków* darlegt, innenpolitische Reformen nur langsam voran. Eine weitere Ursache dafür ist die – im Unterschied zu Russland – nur wenig ausgebildete eigene historisch-kulturelle Identität.

■ Mit der vehementen Beteiligung Russlands am internationalen „Kampf gegen den Terrorismus“ verdeckt Moskau sein brutales Vorgehen in Tschetschenien. Insgesamt ist das Verhältnis der Russen zu den muslimischen Ethnien im eigenen Land – wie auch zu den muslimischen Nachbarstaaten – sehr gespannt. *Uwe Halbach* benennt dafür die historischen Ursachen, vor allem aber die innenpolitischen Folgen der rigiden Abgrenzung zu der immerhin zweitgrößten Glaubensgemeinschaft in Russland. Das Gebiet des Nordkaukasus ist nicht zuletzt aufgrund der russischen Konfrontationspolitik zu einer der global instabilsten Regionen geworden.

Klaus W. Wippermann ■

Nikolai Genov

Tendenzen der sozialen Entwicklung Russlands

Individualisierung einer vermeintlich kollektivistischen Gesellschaft

I. Die Fragestellung

Die kollektivistischen Traditionen und Perspektiven der russischen Gesellschaft werden noch lange Gegenstand der Diskussion in Russland und darüber hinaus sein. Es gibt dafür viele Gründe in der Geschichte wie in der Gegenwart. Die Überreste der traditionellen russischen Dorfgemeinschaft *(obščina)* sind bis zum späten 19. Jahrhundert lebendig geblieben. Später wurden sie geistig und organisatorisch in den Kolchosen revitalisiert. Auch ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, dass die Bemühungen, Russland zu modernisieren, stets von der Zentralmacht unternommen worden sind. Das gilt für die Reformen Peters des Großen, für die Abschaffung des Leibeigentums Mitte des 19. Jahrhunderts, für die sowjetische Industrialisierung und Kollektivierung wie auch für Gorbatschows Perestrojka und die tief greifenden sozialen Veränderungen nach 1990. Diese „von oben" determinierte und geleitete Entwicklung hat die entscheidende Rolle der Staatlichkeit, also der kollektiven Organisationsmuster, im russischen Alltag und Massenbewusstsein tief verankert. Deswegen hat die These von einer spezifisch russischen (oder „östlichen") institutionellen Matrize, die durch Kollektivismus gekennzeichnet sei und sich von dem „westlichen" individualistischen institutionellen Muster radikal unterscheide, viele Anhänger.[1]

Diese These wird allerdings momentan dort problematisch, wo sie zu politischen Zwecken missbraucht wird. In Russland wird sie auf dem Banner der Nationalisten groß geschrieben. Im Westen stützen sich all jene auf sie, die sich von Russland distanzieren möchten. In beiden Fällen ist genau das zu hinterfragen, was als eine Selbstverständlichkeit angenommen wird, nämlich die fundamentale kollektivistische, wertnormative wie institutionelle Ausprägung der russischen Gesellschaft.

Weiterhin wird eine andere These vertreten: Mit manchen Besonderheiten, die auch in vielen anderen Gesellschaften festzustellen sind, hat sich die russische Gesellschaft in der Richtung einer fortschreitenden Individualisierung entwickelt und wird sich auch weiterhin dahingehend entwickeln. Es kann auch nicht anders sein, da die Individualisierung einen globalen Trend darstellt,[2] dem sich zu entziehen die russische Gesellschaft nicht imstande ist.

Es wäre aber falsch, die These so zu verstehen, als ob der globale Trend der Individualisierung sich in der russischen Gesellschaft erst mit den Reformen in den neunziger Jahren behauptet hätte. Schon die rasche Industrialisierung und Urbanisierung Russlands zu Sowjetzeiten ging Hand in Hand mit einer vielseitigen Erweiterung der autonomen Entscheidungs- und Handlungsoptionen des Individuums. Das mag erstaunlich klingen, da die Stereotypen einer total regulierten, kontrollierten und restriktiven sowjetischen Gesellschaft verbreitet und einflussreich sind. Sie unterschätzen aber die sich im Laufe der Jahrzehnte schnell erweiterte Palette von Bildungsmöglichkeiten, unter denen man in vielen Fällen frei wählen konnte. Zusammen mit der Modernisierung hat sich auch die Bandbreite der Berufe ständig erweitert. In den meisten Fällen konnte man den Beruf und den Arbeitsplatz auch in der UdSSR frei wählen. Nach der Landflucht in die Industriezentren waren die Migrationsmöglichkeiten zwar administrativ eingeschränkt, aber nicht versperrt. Die Arbeitsfluktuation war in den Großstädten vor 1989 recht hoch. Auch der soziale Raum für die individuelle Wahl von Freizeitaktivitäten war breit. So gesehen, war die sowjetische Gesellschaft – besonders in den achtziger Jahren – weitreichend individualisiert, da die Individuen viele Wahlmöglichkeiten und reale Handlungsoptionen hatten.

Zusammen mit der Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung hatte sich auch die Kompetenz der Individuen für autonome Entscheidungen und autonomes Handeln erhöht. Es gab ferner Möglichkeiten, mit der institutionellen Bevormun-

1 Vgl. Vladimir A. Jadov, Nekotorye sociologičeskie osnovanija dlja predvidenija buduščege rossijskogo obščestva (Einige soziologische Prinzipien zur Prognose der Zukunft der russischen Gesellschaft), in: L. M. Drobiževa (Hrsg.), Rossija reformirujuščajasja (Das sich reformierende Russland), Moskau, S. 353.

2 Vgl. Nikolai Genov, Four Global Trends: Rise and Limitations, in: International Sociology, 12 (1997) 4, S. 409–428.

dung unter den damaligen Umständen fertig zu werden. Und das ging so weit, dass die sowjetischen Institutionen unter anderem deswegen nicht richtig funktionieren konnten, weil viele Individuen Kompetenzen entwickelt hatten, sie zu umgehen oder zu missbrauchen. Gleichzeitig wurde das Potenzial für Konflikte immer größer, da der staatliche Interventionismus in das ökonomische und kulturelle Leben üblicherweise der persönlichen Initiative und Verantwortung doch enge Grenzen setzte. Mehr noch: Die formalisierten organisatorischen Muster des offiziellen Kollektivismus höhlten graduell die gemeinschaftlichen Bindungen der sowjetrussischen Gesellschaft aus. Deswegen wollten die wenigen russischen Dissidenten meistens die Wiederherstellung der Solidargemeinschaft eines reformierten Sozialismus. Neben ökonomischer und politischer Unzufriedenheit war die Suche nach gemeinschaftlicher Bindung die treibende Kraft der Umweltschutzbewegungen und Menschenrechtsgruppen. Sie verkörperten die *Suche nach Gemeinschaft* in der sich entwickelnden *Zivilgesellschaft*. Die Idee der Zivilgesellschaft beinhaltete auch in Russland Ende der achtziger Jahre eine ideologische und politische Botschaft: Freiwillige Vereinigungen von Individuen in Wirtschaft, Politik und Kultur sollten die formalisierten Organisationen des Staatssozialismus ersetzen. Die gemeinschaftlichen Strukturen der Zivilgesellschaft sollten den sozialen Raum für freie Entwicklung und Selbstverwirklichung der Individuen stellen.

So gesehen, war die sowjetrussische Gesellschaft kaum effektiv integriert. Auf der Oberfläche der offiziellen „großen Wahrheit“ war sie ideologisch und institutionell von kollektivistischen Mustern dominiert. Auf der Ebene der alltäglichen Interaktionen dominierte aber die individualistische „kleine Wahrheit“. Die Entwicklung in den achtziger Jahren zeigte auf allen Ebenen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens klar, dass die „kleine“ individualistische Wahrheit dabei war, die „große“ Wahrheit der offiziellen kollektivistischen Ideologie und Politik zu besiegen. Es soll aber betont werden, dass diese Ideologie und Politik auch im Alltag tiefe Wurzeln hatten und sich gar nicht einfach besiegen ließen. Es gab Millionen von Menschen, die sich mit diesen traditionell-russischen und auch sowjetisch geprägten kollektivistischen Mustern identifizierten. Diese vererbte Widersprüchlichkeit lässt sich an den gravierenden Problemen der Privatisierung, an der Bildung demokratischer politischer Institutionen und Pluralisierung der Kultur in Russland nach 1990 ablesen.

Manche von diesen Problemen waren vorauszusehen, da die Suche nach Gemeinschaft auf das vorrangige Ziel der postsozialistischen Transformationen – die Privatisierung des Eigentums – prallen musste. Die rasche, millionenfache Gründung privater Unternehmen ist eine beeindruckende Demonstration des Ausmaßes dieses Prozesses. Es ist nun an der Zeit, einen detaillierteren Blick auf diese Dimension der Veränderungen der russischen Gesellschaft zu werfen.

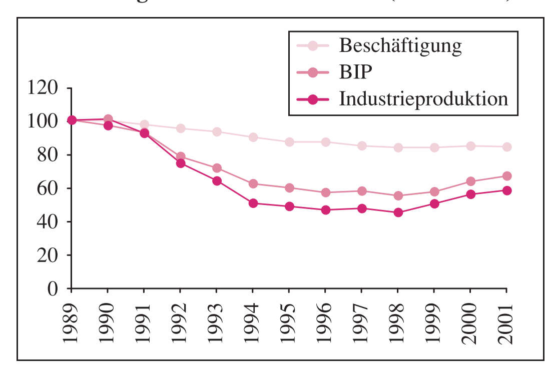
II. Die sozialen Konsequenzen der Privatisierung

Die verbreitete Annahme einer vollen Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens in der Russischen Föderation vor 1990 ist weit von den damaligen Realitäten entfernt. Die private wirtschaftliche Initiative war zwar kaum erlaubt, florierte aber in verschiedenen, oftmals illegalen Formen. Die individualistisch funktionierende Schattenwirtschaft war ein unvermeidliches Pendant der ineffizienten staatlich-kollektivistischen Planwirtschaft.

Es gab prinzipiell zwei Möglichkeiten, den Weg einer rational-individualistischen Wirtschaftlichkeit zu beschreiten und damit die Engpässe der Planwirtschaft zu überwinden: Die erste Möglichkeit wurde in China schon seit 1979 ausprobiert und hat positive Resultate gezeigt. Das war die Möglichkeit einer schrittweisen Öffnung der wirtschaftlichen Prozesse in Richtung privater Initiative und Wettbewerb. Die Voraussetzung dafür ist die Beibehaltung einer Rechtsordnung, welche die Interessen der Gesellschaft garantiert. Man kann heute argumentieren, der sowjetische und später der russische Staat sei nicht konsolidiert genug gewesen, um eine solche legalistische Wende zur individualistischen Marktwirtschaft effektiv zu steuern. Diese These ist durchaus berechtigt, aber sie stellt nur einen – den kleineren – Teil der Wahrheit über die russische Privatisierung dar. Der zweite Weg einer stürmischen, kaum rechtlich abgesicherten oder gar kriminell durchgesetzten Privatisierung des staatlichen Eigentums ist in Russland deswegen möglich geworden, weil sie von den Machthabern als der direktere und einfachere Weg für eine Individualisierung qua Privatisierung angesehen wurde und zu deren Gunsten ausfiel.

Das Resultat ist klar und eindeutig: Die Durchsetzung der individuellen wirtschaftlichen Initiative ist in Russland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf Kosten des Gemeinwohls gegangen, weil sie von extremen individualistischen Wertvorstellungen und Handlungsmustern geleitet wurde. Es gibt viele Gründe für den Verfall der russischen Wirtschaft – der wichtigste ist aber gerade die Art und Weise, wie die Privatisierung durchgesetzt wurde. Trotz der wirtschaft-

Abbildung 1: Sozialökonomische Indikatoren der Entwicklung Russlands 1989 – 2001 (1989 = 100)



Quelle: UNECE (s. Anm. 3).

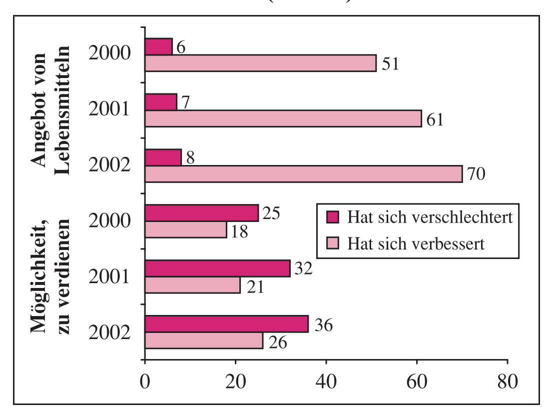
lichen Belebung in den letzten Jahren lag die Industrieproduktion der Russischen Föderation 2001 immer noch bei nur 59,9 Prozent des Niveaus von 1989, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in demselben Zeitvergleich lediglich 67,4 Prozent ausmachte. (s. Abb. 1).[3]

Wie haben sich diese wirtschaftlichen Prozesse auf die Optionen für individuelle Entwicklung und Verwirklichung in Russland ausgewirkt? Man kann als erstes feststellen, dass als Resultat der gezielt intransparenten Privatisierung in den Jahren 1992 bis 1994 die russische Gesellschaft eine wirtschaftlich tief gespaltene Gesellschaft geworden ist. Vor den Reformen war sie – trotz aller Abweichungen – eine ausgesprochen egalitäre Gesellschaft. Der Gini-Koeffizient, der die wirtschaftliche Ungleichheit misst, lag bei 0,26. Nach den Reformen ist dieser Wert auf 0,47 angestiegen,[4] was dem typischen Niveau der ökonomischen Ungleichheit in lateinamerikanischen Gesellschaften entspricht. Vor den Reformen waren hohe Einkommen in Russland eine Seltenheit, dagegen lag 2001 das Verhältnis der zehn Prozent höchsten Einkommen und der zehn Prozent niedrigsten schon bei 13,8 : 1.[5]

Die kombinierte Auswirkung des Rückganges des BIP und der raschen sozialen Differenzierung hat weitreichende Folgen für viele Gruppen in der russischen Gesellschaft. In Russland führte die *Individualisierung durch Privatisierung* zu Armut, ethnischen Konflikten und zu neuen Formen individueller Entfremdung. Die erhoffte Wiederbelebung von Gemeinschaften ist ausgeblieben. Noch hat sich der universelle Respekt vor den Rechten und Freiheiten des Individuums nicht materialisiert. Für 2001 belief sich das staatlich kalkulierte Existenzminimum auf rund 1 500 Rubel pro Monat. In demselben Jahr betrug die durchschnittliche monatliche Rente 1 024 Rubel und das durchschnittliche Monatsgehalt 3 240 Rubel. Unter diesen Einkommensbedingungen lebten 39,9 Millionen Menschen in Russland unter dem offiziellen Existenzminimum.[6] Eine verallgemeinerte Charakteristik der sehr schwierigen finanziellen Situation der russischen Bevölkerung liefert die Tatsache, dass 45,9 Prozent aller Ausgaben der Haushalte für Lebensmittel getätigt wurden.[7] Unter solchen Umständen ist es verständlich, warum die relative Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nach 1999 gemischte Gefühle in der öffentlichen Meinung hervorruft (s. Abb. 2).[8]

So verdeutlicht schon der erste Blick auf die postsozialistische Wirklichkeit Russlands, dass die *Individualisierung typischerweise auf Kosten des Gemeinwohls* gegangen ist. Zweifelsohne war der sowjetische Staat nicht mehr in der Lage, die Produktionsmittel einer zunehmend differenzierten Gesellschaft effektiv zu verwalten. Daher war die Einführung von Marktmechanismen unvermeidbar. Das wirkliche Problem liegt aber in der Art und Weise des Transfers von Staatseigentum in private Hände. Dabei wurde die russische soziale Gemeinschaft eher nur bescheiden oder gar nicht entschädigt. Die Mechanismen des ungerechten Transfers waren vielfältig: Sie reichten vom legali-

Abbildung 2: Bewertung des Lebensmittelangebots und der Verdienstmöglichkeiten in Russland zwischen 2000 und 2002 (in v. H.)



Quelle: A. A. Golov (Anm. 8).

3 Vgl. UNECE, Economic Survey of Europe 2, New York – Genf 2002, S. 162 – 165.

4 Vgl. Weltbank, Transition. The First Ten Years, Washington, D.C. 2002, S. 9.

5 Vgl. Goskomstat, Social'noe položenie i uroven' žizni naselenija Rossii (Die soziale Lage und das Lebensniveau der Bevölkerung Russlands), Moskau 2002, S. 24.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. ebd., S. 228.

8 Vgl. A. A. Golov, Peremeny v žizni rossijan: 2000 – 2002 (Veränderungen im Leben der Bevölkerung Russlands). Moskau 2003; http://www.wciom.ru/vciom/new/public/public_own/030121_life.htm

sierten Verkauf des Staatseigentums an das Management zu günstigen Preisen bis hin zu Fällen krimineller Ausplünderung. Die Flut von wirtschaftlicher Kriminalität im Laufe der Transformation spiegelt genau eine dramatische Pathologie der Individualisierung wider.

III. Die Entwicklung demokratischer Politik

Die große Zahl registrierter politischer Parteien oder die noch größere von Nicht-Regierungsorganisationen in Moskau und Sankt Petersburg wäre nicht möglich ohne die Initiative von Individuen, die nach neuen Formen der Selbstverwirklichung und des Engagements suchen. Diese Entwicklung könnte als Triumph der Individualisierung bezeichnet werden. Vorherige, vom Staat auferlegte Beschränkungen der Mobilität, der Meinungsäußerung und der Kommunikation zwischen Individuen fielen weg. Viele russische Intellektuelle hegten sogar die Hoffnung, dass der Schlüssel aller Veränderungen in institutioneller wie in kultureller Hinsicht in der Anerkennung und praktischen Achtung der unbeschränkten Entfaltung des Individuums liege.

Die Effekte des globalen Trends der Individualisierung spiegeln sich am deutlichsten in der Veränderung der Gesetzgebung wider. Die neue Verfassung der Russischen Föderation hat einen für Russland gänzlich unüblichen Schwerpunkt, nämlich die *individuellen Menschenrechte*. Der strategische Unterschied zwischen der staatssozialistischen und der neuen Verfassung verdeutlicht die weitgehende Verschiebung von einem kollektivistischen institutionellen Arrangement zu einem institutionalisierten Individualismus. Deswegen war die Versuchung stark, anzunehmen, dass damit zugunsten der Eröffnung neuer Möglichkeiten für die persönliche Entfaltung in Russland entschieden worden sei. Die heutigen Realitäten sehen aber ganz anders aus.

Der einflussreichste Faktor, der die Besonderheiten des Individualisierungsprozesses in Russland nach 1990 bestimmt, ist die institutionelle Instabilität, die den Transformationsprozess charakterisiert. Die Situation hat sich in dieser Hinsicht nach der Wahl von Putin zum Präsidenten zweifellos verbessert. Immer noch besteht aber das größte Problem Russlands heutzutage in der *hohen Intensität objektiver Risiken* und in dem institutionellen Unvermögen, ihnen effektiv zu begegnen.[9] Der sich daraus ergebende Mangel an Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist eine wichtige Dimension dieser Situation. Die typische individuelle Reaktion nimmt Formen eines *anomischen Verhaltens* an, das viele Ursachen und Gründe hat. Die plötzlichen Liberalisierungen der Binnenpreise und des internationalen Handels waren z. B. geleitet von der – naiven – Hoffnung, dass der *Big Bang* die ökonomischen Beziehungen sofort wieder richten würde. Auf diese Weise sollten individuelle Initiative und Verantwortung freigesetzt werden.

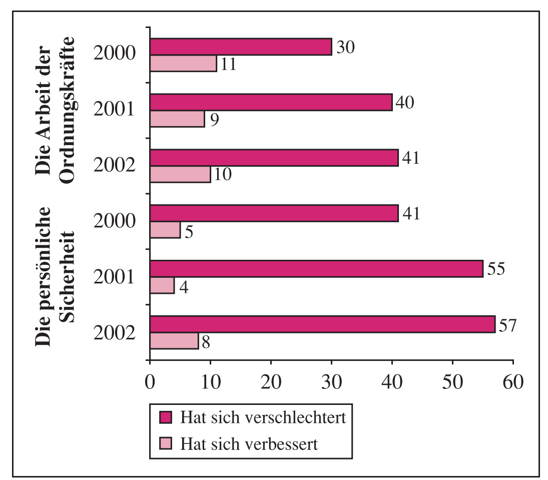
Es wurde hingegen weit weniger konkret gedacht an ein marktorientiertes Bankensystem, an die Börse, an Versicherungs- und Rentensysteme oder an Arbeitslosenhilfe. Andererseits wurde die Restrukturierung der Industrie hinsichtlich technologischer und marktwirtschaftlicher Prioritäten sowie ökologischer Erwägungen immer wieder verschoben. Die destruktiven Folgen des unbeschränkten Imports von Lebensmitteln aus der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten auf die wenig produktive russische Landwirtschaft wurden auch nicht weiter berücksichtigt. Die Auflösung der Kolchosen und Sowchosen entwickelte sich zu einer illegalen Enteignung und Zerstörung der Produktionsmittel. Die Erwartungen einer schnellen Revitalisierung der privaten Landwirtschaft waren von Anfang an unrealistisch. Es gab unvermeidbare Probleme bezüglich des Eigentums an Grund und Boden. Die vorhandene Technologie und landwirtschaftliche Infrastruktur waren für die Massenproduktion gedacht – nicht für kleine landwirtschaftliche Produktionsbetriebe. Der Mangel an Krediten und der Einfluss einer Vielzahl anderer organisatorischer und kultureller Faktoren machte die Landreform in Russland kompliziert und schmerzhaft. Damit wurden sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft Faktoren der Verarmung.

Die politischen Reformen wurden im Kontext intensiver Konfrontationen und eines mangelnden Konsenses über strategische innen- und außenpolitische Fragen durchgeführt. Es gab deutliche Diskontinuitäten in der Politik. Dysfunktionale Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen – z. B. zwischen der zentralen und den regionalen Regierungen – wurden zur alltäglichen Normalität. Demoralisiert durch ständige Reorganisation und niedrige Einkommen sowie durch mangelnde Kontrolle, verloren Beamte auf allen Ebenen die Anreize, effektiv zu arbeiten. Korruption war das unvermeidbare Ergebnis, das hier auch durch die kulturelle Tradition legitimiert wurde. Wegen der

9 Vgl. O. N. Janickij, Rossija kak ‚obščestvo riska‘: kontury teorii (Russland als ‚Risikogesellschaft‘: Konturen einer Theorie), in: V. A. Jadov (Hrsg.), Rossija: transformiruyuščeesja obščestvo (Russland: Eine sich transformierende Gesellschaft), Moskau 2001.

schnellen Verarmung breiter Schichten und der Schwächung staatlicher Institutionen wurde auch die Kriminalität insgesamt zu einer realen Bedrohung: So wurden 1990 15 600 Morde und Raubmorde registriert, 2001 bereits 33 600. Die erfassten Drogendelikte stiegen im gleichen Zeitraum von 16 300 auf 241 600.[10] Angesichts dieser Entwicklung beurteilt die öffentliche Meinung auch in den letzten Jahren die Effizienz der Sicherheitsorgane wie die eigene Sicherheit negativ (s. Abb. 3).

Abbildung 3: Bewertung der Ordnungskräfte und der persönlichen Sicherheit in Russland zwischen 2000 und 2002 (in v. H.)

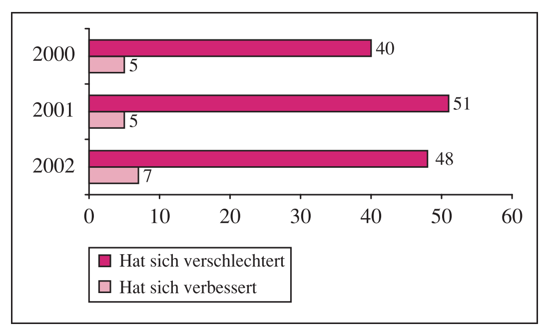


Quelle: A. A. Golov (Anm. 8).

IV. Die neue pluralistische Kultur

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Destabilisierung des institutionellen Rahmens der russischen Gesellschaft zu weit verbreiteter Verunsicherung führte. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre – zeitgleich mit der Durchsetzung des privaten Unternehmertums und der politischen Demokratisierung – wurden die Prinzipien der (relativen) individualistischen Ethik übernommen. Ihre Entwicklung hin zu den Aktivitäten von Schwarzmarkt und anderer Kriminalität, zusammen mit der schmerzhaft empfundenen Schwächung der Institutionen, die das Gemeinwohl repräsentieren und sichern, förderte traditionelle antiindividualistische Haltungen. Die Bejahung der universellen Werte der Menschenrechte kollidierte mit eklatanten Beispielen von Verfolgung individueller und partikularer Interessen in Wirtschaft und Politik auf Kosten des Gemeinwohls. Diese Verunsicherung konkretisiert sich in der sehr eindeutigen Bewertung der Auswirkungen der neuen wirtschaftlichen Organisation auf die Gerechtigkeit der Verteilung in der russischen Gesellschaft (s. Abb. 4).

Abbildung 4: Bewertung der Gerechtigkeit in der Verteilung materieller Güter in Russland zwischen 2000 und 2002 (in v. H.)



Quelle: A. A. Golov (Anm. 8).

Angesichts der institutionellen und wert-normativen Unordnung ist es nicht weiter verwunderlich, dass für die Probleme der Transformation individualistische Lösungen gesucht werden. So scheint der Individualismus – in einer Zeit der andauernden ökonomischen, politischen und kulturellen Unsicherheit – in Russland die Überhand zu gewinnen. Zweifelsohne ist der individualistische Liberalismus unter solchen Bedingungen praktisch effektiv. Da stellt sich aber sofort die Frage: *Kann eine stabile Sozialordnung etabliert und aufrechterhalten werden durch die Bemühungen von extremen Individualisten?* Mit anderen Worten: *Bewegt sich die russische postsozialistische Gesellschaft von der Instabilität einer von kollektiver Rationalität nationaler Bedürfnisse und Ziele dominierten Sozialordnung hin zu einer anderen instabilen Sozialordnung, die von der Rationalität individueller Bedürfnisse und Ziele dominiert wird?*

Die Frage kann noch nicht mit Klarheit beantwortet werden. Allgemein gesagt, sehnen sich die Russen einerseits nach der individualistischen Privatinitiative des „amerikanischen" Typs und andererseits nach der starken Regulierung des Einkommensniveaus „skandinavischen" Typs, um ökonomisch schwache Gruppen abzusichern. Das praktische Problem liegt nicht primär in der Illusion, paradoxerweise das zu verbinden, was nicht gleichzeitig erzielt werden kann. Vielmehr liegt die entscheidende Schwierigkeit darin, dass die russische Gesellschaft nicht so wohlhabend und institutionell gut organisiert ist wie ihre „amerika-

10 Vgl. Goskomstat (Anm. 5), S. 394.

nischen“ und „skandinavischen“ Gegenstücke. Was in fortgeschrittenen Gesellschaften als soziale und psychologische Spannung, also als Risiko und individuelle Unsicherheit verstanden wird, wird in der russischen Gesellschaft durch einen starken „Stress-Faktor“ vervielfacht. Er ist charakterisiert durch Intransparenz, Ineffizienz, Instabilität und Unzuverlässigkeit der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen. Die gewaltige Öffnung des *window of opportunities* für die Individualisierung stößt in Russland also auf ebenso gewaltige Probleme bei der Verwirklichung dieser neuen Möglichkeiten.

Diese These lässt sich vielfach belegen: Die Zahl der Studierenden z. B. hat in Russland zwischen 1990 und 2001 beträchtlich zugenommen: von 1,90 Prozent auf 3,32 Prozent der Bevölkerung.[11] Es ist auch im Prinzip positiv zu bewerten, dass es private Hochschulen gibt. Doch eine genauere Einschätzung dieser Entwicklung zeigt, dass im Jahr 2001 629 500 Studierende in 387 privaten Hochschulen eingeschrieben waren – aber 354 500 von ihnen waren Fernstudenten.[12] Die Qualität dieser Ausbildung ist oft und mit guten Gründen angezweifelt worden.

Dieselbe Vorsicht wäre bei der Einschätzung des Pressewesens geboten. In den letzten Jahren sind die höchsten Zahlen veröffentlichter Bücher, Broschüren und Zeitschriften zu verzeichnen. Sie tragen den differenzierten Interessen der Leserschaft Rechnung. Zugleich ist jedoch die Tatsache nicht zu unterschätzen, dass 1990 zehn Bücher und Broschüren und 34 Exemplare von Zeitschriften pro Kopf verkauft wurden, dagegen waren es 2001 nur noch je vier Bücher und Broschüren sowie sieben Zeitschriften. [13] Das bedeutet, dass es in Russland Millionen gibt, die nicht mehr Bücher und Zeitschriften kaufen können oder offenbar keinen Sinn mehr im Lesen sehen.

V. Ausblick

Diese Erfahrungen institutioneller Instabilität und wertnormativer Verunsicherung werden einen langfristigen Einfluss auf die Einstellungen und Handlungsweisen breiter Schichten in der russischen Gesellschaft haben. Die instabile institutionelle Ordnung wird die Fähigkeit von Millionen bestimmen, angemessen auf die neuen Öffnungen für Individualisierung zu reagieren. Das soll nicht bedeuten, dass es in dieser Hinsicht keine positiven Entwicklungen in der russischen Gesellschaft gegeben hat. In den Meinungsumfragen werden beispielsweise die Verfügbarkeit von Gütern und die Meinungsfreiheit sowie die Reisefreiheit oft genannt. Gleichzeitig ist sich die öffentliche Meinung der Bedrohung durch Verarmung und Kriminalität wohl bewusst. Der Wandel bedeutet für die neuen Armen eine Einschränkung der Freiräume für die persönliche Verwirklichung und Entfaltung im Vergleich zu den achtziger Jahren.

Einige der Öffnungen und Schließungen, mit denen die Individuen in Russland konfrontiert sind, beziehen sich direkt auf die internationale Politik. Dies trifft beispielsweise auf die internationale Arbeitsmigration und auf die verschiedenen Visa-Regimes zu. Die osteuropäischen Länder, die eine Integration in die Europäische Union anstreben, haben z. B. Visa für die Bürger Russlands eingeführt. Interne Entwicklungen bestimmen andere Probleme. Man muss sich dabei an die Debatte der frühen neunziger Jahre erinnern. Damals war eines der wichtigsten und am weitesten verbreiteten Versprechen, dass sich die russische Gesellschaft von einer Situation, in der jeder gleich arm war, zu einer Situation entwickeln würde, in der jeder wohlhabend wäre, wenn auch nicht auf dem gleichen Niveau. Heute hat der Großteil der Bevölkerung Russlands einen niedrigeren Lebensstandard als vor den Reformen. Die Meinungsumfragen reflektieren Einschätzungen der finanziellen Lage der Haushalte, die charakteristisch sind für Länder mit Massenarmut, schweren ökonomischen Problemen und mit einer weit auseinander klaffenden Einkommensschere. Es ist daher wichtig zu fragen, in welchem Ausmaß sich Russland von dem egalitären Muster weg und zu dem lateinamerikanischen Muster scharfer Polarisierung von Einkommen und Vermögen hin bewegt. Für manche Regionen der Russischen Föderation kann man den Rückgang des Lebensstandards sogar als „Afrikanisierung“ interpretieren. Was auch immer die Ursachen und Gründe der Armut sind, sie impliziert verschiedene Formen der sozialen Exklusion, die Zerstörung von Humankapital sowie das Potenzial für schwere soziale Spannungen und Konflikte.

Vor dem Hintergrund der Probleme im Alltag ist auch die Verringerung der Ansprüche in den persönlichen Strategien bei der Diagnose der Situation der russischen Gesellschaft von vorrangigem Interesse. Im Kontext der massenhaft verbreiteten Armut sind die individuellen Ansprüche ebenso massenhaft minimiert. Dies betrifft Bürger der großen Städte Russlands weniger, da hier die Bevölkerung ein signifikant höheres Bildungsniveau

11 Vgl. A. A. Golov (Anm. 8), S. 25.
12 Vgl. ebd., S. 347.
13 Vgl. ebd., S. 26.

hat als im Landesdurchschnitt. Auch die Altersstruktur beeinflusst die Lebensstrategien. Diese zeigen einen negativen Trend in ländlichen Regionen, weil hier vorrangig ältere Menschen leben. Ein wichtiger Faktor, der die Unterschiede erklärt, ist außerdem die Verfügbarkeit mehrerer Optionen für persönliche Initiative und Selbstverwirklichung in urbanen Zentren, besonders in Moskau und Sankt Petersburg. Trotz dieser Unterschiede ist das Gesamtbild geprägt von einer Verringerung der Ansprüche, die sich aus der Beschränkung der realen Wahlmöglichkeiten und der Chancen zur Selbstverwirklichung ergibt. Darüber hinaus stabilisierte sich der reduzierte Zeithorizont des Großteils der Bevölkerung Russlands.

Der enge Horizont der persönlichen Planung steht sich in einem scharfen Kontrast zu den Erfordernissen einer bewussten Beherrschung der persönlichen Entwicklung und Verwirklichung. Das große Ausmaß an persönlicher Desorientierung und Unsicherheit verweist auch darauf, dass die gesellschaftliche Transformation in Russland eine Auflösung der gemeinschaftlichen Bande impliziert. Es stellt sich die Frage, *ob eine nachhaltige soziale Ordnung in der russischen Gesellschaft auf der Basis dieser Individualisierung etabliert werden kann*. Die Antwort ist noch unklar. Die Notwendigkeit einer neuerlichen gemeinschaftlichen Integration der russischen Gesellschaft ist akut. Berücksichtigt man die Erfahrungen aus früheren Zeiten, ist es genauso dringend notwendig, diese Reintegration zu erzielen, ohne zu autoritären Mustern einer politischen Über-Integration zurückzukehren.

Von einem anderen Blickwinkel betrachtet, war die große Mehrheit der Bevölkerung der Russischen Föderation auf die Herausforderungen der Transformation unvorbereitet. Dies ist nicht verwunderlich, da es sich um einen Übergang von einer Gesellschaft mit eingeschränkten, aber klar formulierten Wahlmöglichkeiten zu einer Gesellschaft handelt, in der Orientierungen, Wahlmöglichkeiten und Selbstverwirklichung ein hohes Ausmaß an Eigenverantwortung unter den Bedingungen unklarer normativer Regelung erfordern. Dies ist eine Situation, in der die moralischen und die institutionellen Rahmenbedingungen des gemeinschaftlichen Lebens untergraben werden. Solche Entwicklungen, die einen Großteil der Bevölkerung unter den für Industriegesellschaften typischen Standards leben lassen, wirken sich negativ auf die internationale Konkurrenzfähigkeit aus. Wenn man z. B. die Lebenserwartung als einen sehr aussagekräftigen Indikator der sozialökonomischen Situation betrachtet, dann ist ihr Rückgang in Russland von 69,2 (1990) auf 65,3 Jahre (2001) ein deutliches Zeichen der Krise der Gesellschaft.[14] Die Lebenserwartung der Männer betrug 2001 59 Jahre und ist besonders bedenklich, da sie mit der Situation in vielen typischen Entwicklungsländern vergleichbar ist. Ein anderer Indikator ist die Verbreitung von armutsbedingten Krankheiten. So wurde Tuberkulose 1990 in 34 200 und 2001 in 88 500 Fällen registriert.[15] Die destruktiven Tendenzen schlagen sich auch im Anstieg der Drogenabhängigkeit nieder: 1990 gab es offiziell 3 100 Abhängige, 2001 bereits 43 700.[16] Unter diesen Umständen sind die Resultate der Meinungsforschung zur Einschätzung der medizinischen Versorgung nicht verwunderlich.[17]

Tabelle 1: Können Sie und die Mitglieder Ihrer Familie gute medizinische Hilfe erhalten wenn notwendig? (in v. H.)

Bestimmt ja / Annähernd ja	26
Bestimmt nein / Annähernd nein	71
Schwierig zu beurteilen	3

Quelle: WZIOM (Anm. 17).

Die Schlussfolgerung aus dieser Einschätzung für die Organisation des Gesundheits- und Bildungswesens ist einleuchtend:

Tabelle 2: Was würden Sie für sich selbst, für Ihre Kinder und Enkelkinder vorziehen? (in v. H.)

Kostenlose medizinische Betreuung und Bildung zu haben	64
Genug zu verdienen, um für die medizinische Betreuung und für die Bildung bezahlen zu können	33
Schwer zu beurteilen	3

Quelle: WZIOM (Anm. 17).

Diese Schlüsse wirken sich auch auf die Wahlpräferenzen aus.[18] Wenn Parlamentswahlen zwischen dem 24. und 28. Januar 2003 abgehalten worden wären, wären sie wie folgt ausgefallen:

14 Vgl. ebd., S. 23.
15 Vgl. ebd., S. 301.
16 Vgl. ebd., S. 304.
17 Vgl. WZIOM, Press-vypusk (Pressekommuniqué), 1, 16. 1. 2003. Moskau 2003, http://www.wciom.ru/vciom/new/press/press030120_01.htm
18 Vgl. WZIOM, Press-vypusk (Pressekommuniqué), 3, 30. 1. 2003. Moskau 2003, http://www.wciom.ru/vciom/new/press/press030120_03.htm

Tabelle 3: Wahlpräferenzen der Wähler in Russland in Januar 2003 (in v. H.)

Partei	
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	24
„Einheitliches Russland" (die Partei, die V. V. Putin unterstützt)	14
„Jabloko" (Javlinskiy)	8
Liberal-Demokratische Partei Russlands (Žirinovskiy)	6
Union der Rechten Kräfte	5

Quelle: WZIOM (Anm. 18).

Kurz gefasst lässt sich sagen, dass die fortgeschrittenen westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften in der Lage sind, die Herausforderungen der Individualisierung zu meistern, weil sie eine organisatorische Integration in und zwischen den Handlungssphären entwickelt haben. Darüber hinaus – und im Gegensatz zur liberalen Rhetorik – gab es in diesen Gesellschaften genug Bemühungen zur Revitalisierung der gemeinschaftlichen Formationen, d. h. jener Gruppen und Bewegungen, die durch affektive Bindungen zwischen ihren Mitgliedern sowie durch eine gemeinsame Kultur gekennzeichnet sind. Angesichts dieser Erfahrung haben die anomischen Entwicklungen, die im Laufe der beschleunigten Individualisierung in Russland aufgetreten sind, vorrangig zwei Determinanten: Die eine war und ist die Instabilität der formellen Organisationen wegen des simultanen Wandels von organisatorischen Strukturen in Wirtschaft, Politik und Kultur. Die Anomie ist aber, zweitens, auch Resultat der tiefen Verunsicherung über alte und neue kollektive Identitäten – z. B. über die Angehörigkeit zur sowjetischen Gesellschaft.

Welche auch immer die Ursachen und Gründe des auf Kosten der funktionalen Integration und der gemeinschaftlichen Bande gehenden Anstiegs der Individualisierung in Russland sein mögen – es ist offensichtlich, dass das erfolgreiche Management dieses Risikofaktors lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Oberflächlich scheint es, dass die wertnormative Integration das erste ist, was angegangen werden müsste. Tatsächlich aber ist das Problem der organisatorischen Desintegration wichtiger. Unter den gegebenen historischen Bedingungen kann nur die Wiederherstellung der organisatorischen Integration der russischen Gesellschaft eine lang anhaltende Reaktivierung der gemeinschaftlichen Bande bewirken. Zwischenzeitlich stehen noch viele wichtige Entwicklungen der Individualisierung aus. Da bestünde die Möglichkeit, Individuen, Gemeinschaften, Organisationen und Nationalgesellschaften für die Bewahrung und Entwicklung des Gemeinwohls zu mobilisieren. In der Tat scheint die Aussicht einer Integration über die Mobilisierung für ein Risiko-Management die vielversprechendste zu sein, um Individuen, Gemeinschaften und Organisationen in Russland vor Anomie und pathologischen Zuständen zu bewahren.

Hermann Clement

Die Wirtschaftsstruktur Russlands

Historisches Erbe weiter prägend

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist vielfach schon vergessen, dass Russland – wie alle ehemaligen „Ostblockstaaten“ – nicht jungfräulich in die Transformationsphase ging, sondern ein historisches Erbe mit sich schleppte, das nachwirkt. Das sozialistische Planwirtschaftssystem hatte abgewirtschaftet. Es war zunehmend unfähig, die Produktionsfaktoren effizient zu kombinieren. Wirtschaftlich konnten die Staaten des „Sozialistischen Weltwirtschaftssystems“ mit den westlichen Staaten nicht mehr mithalten. Das wesentliche Fundament des politischen und militärischen Systems zeigte gefährliche Risse, der Lebensstandard der Bevölkerung blieb zurück und die Produktionsbasis veraltete zusehends. Anstrengungen, das sozialistische System durch den Einbau kapitalistischer Elemente zu sanieren, brachten nicht den erhofften Erfolg. Der Zerfall auch des politischen Systems und der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System in einem längeren Transformationsprozess waren die Folge.

Die Transformationserfolge werden also zumindest von zwei Faktoren beeinflusst, und zwar von den angetroffenen wirtschaftlichen Strukturen sowie der eingeschlagenen Transformationspolitik und deren konsequenter Durchsetzung. Während Erstere vorwiegend die Tiefe der Transformationskrise bestimmten, sind Letztere vor allem für deren Länge verantwortlich. Vergleiche von Transformationserfolgen zwischen den verschiedensten Ländern müssen daher beide Komponenten betrachten, wenn sie aussagekräftig sein sollen.

In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion waren die strukturellen Verwerfungen am stärksten, da sie fast drei Generationen Sowjetwirtschaft hinter sich hatten (nur im Baltikum war die Zeit kürzer). Folge des sowjetischen Entwicklungsmodells waren eine „Überindustrialisierung“ bei Dominanz der Schwerindustrie, d. h. der Energiewirtschaft, der Roh- und Grundstoffindustrie sowie der ersten Verarbeitungsstufen. Vergleichsweise wenig entwickelt waren die Konsumgüterindustrie und der Dienstleistungssektor. Ideologisch gefärbte wirtschaftspolitische Ziele und die systembedingte ineffiziente Verwendung von Energie, Rohstoffen und Vormaterialien auf allen Verarbeitungsstufen waren dafür verantwortlich. Die aufgrund des geschützten Marktes geringe Konkurrenzfähigkeit sowjetischer verarbeiteter Produkte auf den Weltmärkten sowie die administrativ geplante Arbeitsteilung im „Sozialistischen Weltwirtschaftssystem“ (COMECON/RGW) verstärkten diese strukturelle Deformation.

Neben den strukturellen Fehlallokationen kam es auch zu einer räumlichen Fehlallokation. Niedrige, administrativ festgelegte Frachtraten und die enorme Quersubventionierung von Produktionsprozessen durch staatlich fixierte Preise und „Plan-Verlustbetriebe“ erlaubten die Erschließung und Gewinnung von Rohstoffen sowie die Standortwahl für industrielle Anlagen nahezu ohne Rücksicht auf die betrieblichen Kosten. Die Transportkosten waren kein die Raumstruktur bestimmender Faktor. Dieser Allokationsprozess führte daher zu erheblichen gesamtwirtschaftlichen Verlusten.

Beim Übergang zu einer Marktwirtschaft, bei der dieser zentrale Umverteilungsmechanismus abgebaut werden muss, war daher ein sektoraler sowie regionaler Strukturwandel erheblichen Umfangs bei gleichzeitiger Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz zu erwarten. Es wäre allerdings ein Wunschdenken, wenn davon ausgegangen würde, dass dieser Prozess ohne erhebliche soziale Kosten in Form von Freisetzungen beim Sach- und Humankapital und wesentlichen Verschiebungen in den Verteilungsprozessen in der Volkswirtschaft ablaufen könnte.

Die energie- und rohstoffwirtschaftlich geprägte Struktur ändert sich nur langsam

Nur geringe strukturelle Anpassung während der Transformationskrise

Gesamtwirtschaftlich ergab sich in den letzten Jahren eine Anpassung an marktwirtschaftliche Muster. Gemessen an der Bruttowertschöpfung in laufenden Preisen sank der Anteil der Industrie von 39,2 Prozent in 1993 auf 30 Prozent in 2001, derjenige der Landwirtschaft von 8,5 Prozent auf 7 Prozent, während die Anteile des Bauwesens von 7,4 auf 8 Prozent und der Dienstleistungen

Tabelle 1: Änderung der Industriestruktur Russlands 1992 bis 2001 in Preisen von 1999 (in v. H.)

Jahr	Industrie insgesamt	Elektroenergie	Brennstoffindustrie	Eisenmetallurgie	Buntmetallurgie	Chem. u. PChemie	Maschinenbau	Holzindustrie	Baumaterialindustrie	Leichtindustrie	Nahrungsmittelindustrie
1992	100	8,2	14,0	6,7	7,3	6,4	23,8	5,9	4,4	5,2	14,5
1995	100	10,5	16,9	7,7	9,0	6,3	19,3	5,1	3,8	2,3	15,3
1998	100	11,2	18,1	7,8	10,0	6,5	17,9	4,5	2,9	1,6	15,5
2001	100	8,8	15,9	8,1	10,3	7,4	20,8	4,7	2,9	1,8	15,3

Quelle: Goskomstat Rossii, Rossija v cifrach (Staatliches Statistisches Amt, Russland in Zahlen) 2002, Moskau 2002, S. 180.

von 44,9 auf 55 Prozent anstiegen.[1] Diese Entwicklung ist allerdings durch Preiseffekte überzeichnet. Angaben in konstanten Preisen unterstreichen dies. Danach ist der Anteil der Industrie von 34,4 Prozent 1991 auf 31,7 Prozent 2000 zurückgegangen, aber gleichzeitig haben auch die Dienstleistungen offensichtlich Anteile verloren.[2]

Die Schwerindustrielastigkeit der russischen Industrie hat sich bis 1998 noch dramatisch verstärkt. Der Produktionsanteil der Energie- und Brennstoffwirtschaft, Metallurgie sowie chemischen und petrochemischen Industrie stieg von 1993 bis 1998 um elf Prozentpunkte auf 53,6 Prozent. Verlierer war die Verarbeitende Industrie (Maschinenbau, die Holz-, Baumaterial- und Leichtindustrie sowie die Nahrungsmittelindustrie). Ihr Anteil sank um 11,4 Prozentpunkte auf 42,4 Prozent, wobei der Maschinenbau und die Leichtindustrie in besonderem Maße davon betroffen waren. Nur die Nahrungsmittelindustrie konnte ihre Position leicht verbessern.

Da gleichzeitig die russische Industrie bis 1998 auf nur noch 46 Prozent ihres Ausgangsvolumens von 1990 schrumpfte, verzeichneten aber auch alle schwerindustriellen Zweige einen – wenn auch zumeist geringeren – Produktionsrückgang. Dramatisch waren, wie die Anteilsverluste bereits vermuten lassen, die Produktionseinbrüche vor allem bei der Leichtindustrie und dem Maschinenbau, die 1998 nur noch 12 bzw. 37 Prozent des ehemaligen Produktionsvolumens erreichten.[3]

Verantwortlich dafür waren vor allem externe Schocks wie der Zusammenbruch der stark protektionistischen Wirtschaftsräume des RGW und der Sowjetunion sowie die Liberalisierung der Importe, welche die Schwächen der russischen Wirtschaft gnadenlos offen legten. Die zunehmende Überbewertung des Rubels verminderte die Konkurrenzfähigkeit der russischen Verarbeitenden Industrie sowohl im Export als auch auf dem Binnenmarkt bis 1998 weiter. Dagegen blieben die Märkte für Energie und Rohstoffe weitgehend erhalten. Die Preisbildung erfolgt für diese Produkte auf den internationalen Märkten; die russischen Anbieter konnten sich aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Rohrleitungen) hier ihre Marktanteile sichern.

Verstärkt wurde der Struktureffekt durch den dramatischen Einbruch der Realeinkommen, Gewinneinbrüche und die Probleme des Staatshaushalts (Defizite, Nichtauszahlung von Löhnen und Renten). Die Folge waren erhebliche Nachfrageausfälle sowohl beim privaten Konsum als auch bei den Investitionen.

Zudem sind statistische Verzerrungen zu berücksichtigen. Viele Beobachter gehen davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung nicht so stark gesunken ist, wie dies in den offiziellen Zahlen zum Ausdruck kommt. Vor allem wird zu Recht davon ausgegangen, dass in den verarbeitenden Bereichen und bei den Konsumgütern ein überproportional hoher Anteil der Produktion in die Schattenwirtschaft abgewandert ist, wodurch die statistisch erfasste Produktionsstruktur zugunsten der Schwerindustrie verzerrt ist.[4] Es sprechen aber alle Indizien dafür, dass die Statistik die strukturelle Entwicklung in der russischen Wirtschaft in der Tendenz richtig widerspiegelt.

Für die starke Verzögerung der strukturellen Anpassung sind vor allem spezielle russische Transformationsphänomene verantwortlich:

1 Vgl. SNG Stat Sodruženstvo nezavisimych gosudarstv v 1994 gody, stat. eženodnik (GUS – Statistisches Komitee, Statistisches Jahrbuch), Moskau 1995, S. 23, und ebd., Moskau 2002, S. 19.

2 Vgl. Bundesanzeiger für Außenwirtschaft (bfai) (Hrsg.), Osteuropa im Integrationsprozess, Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2001/02, Sammelband 2002, Köln 2002, S. IX.

3 Vgl. Goskomstat Rossii, Rossija v cifrach, oficial'noe izdanie, 1999, (Statist. Komitee Russlands, Russland in Zahlen, offizielle Ausgabe), Moskau 1999, S. 175.

4 Zur Berechung der tatsächlichen Transformationskrise wurde daher als Indikator auch der Elektroenergieverbrauch herangezogen.

- Die unechte bzw. lange Zeit unterbliebene Privatisierung.
- Der indirekt vielfach fortbestehende staatliche Einfluss auf die Produktionsentscheidungen der Betriebe.
- Die weiterhin administrativ extrem niedrig gehaltenen Energiepreise. Sie erlaubten eine betriebswirtschaftlich konkurrenzfähige Produktion von energieintensiven Produkten, wie z. B. Metallen, die damit auch ihren Markt im Ausland halten und sogar erweitern konnten. Damit setzte sich aber auch die Verschwendung von Energie zu Lasten der Energiebetriebe und des Staates sowie der Umwelt fort, und die gesamtwirtschaftliche Produktivität nahm nicht in dem gewünschten Maße zu.
- Die lange Zeit fortgesetzten offenen und später versteckten Subventionen für die schwerindustriellen Betriebe verstärkten diesen Effekt. Es handelt sich bei ihnen zumeist um gigantische Werke, von denen ganze Städte und Regionen abhängig sind und deren Entflechtung bzw. Konkurs vielfach mit politischen Mitteln verhindert wird.
- Demgegenüber gerieten die Zweige der Verarbeitenden Industrie in die oben aufgezeigte Zange abnehmender Nachfrage auf den Binnen- wie Außenmärkten und verstärkter Importkonkurrenz, wobei westliche Produkte zudem von einem Imagevorteil profitierten.
- Dies wurde durch die zunehmende Einkommensdifferenzierung noch verstärkt. Einer kleinen, aber zunehmend kaufkräftigen Gruppe steht die Masse der Bevölkerung gegenüber, deren Einkommen äußerst niedrig sind. Die Nahrungsmittelindustrie konnte daher trotz erheblicher Importe ihre Position insbesondere im Niedrigpreissegment weitgehend halten.
- Der überproportionale Einbruch der Investitionen (und des militärischen Bedarfs) in Russland (das Investitionsniveau betrug 1998 gerade noch 17 Prozent des Standes von 1990[5]) schlug sich in der radikal gesunkenen Nachfrage nieder. Zudem wurde auf dem ehemals geschützten RGW-Markt, wie auch auf dem Binnenmarkt, die Konkurrenz ausländischer Anbieter wesentlich stärker. Dem hatten die russischen Industriebetriebe keine konkurrenzfähigen Produkte entgegenzusetzen; sie waren daher auch nicht in der Lage, neue Märkte in größerem Umfang zu erobern. Erst in letzter Zeit macht die Rüstungsindustrie entsprechende Fortschritte.

Russland ist es bis 1998 also nicht gelungen, eine wesentliche Veränderung seiner Produktionsstruktur insbesondere im industriellen Bereich zu erreichen. Die Dominanz der Schwerindustrie ist weiterhin erdrückend, wenn auch seit der Rubelkrise 1998 eine leichte Verbesserung erkennbar ist. Einerseits haben die hohen Exporte an Energieträgern und Metallen Russland bei der Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Lösung des Schuldenproblems enorm geholfen. Andererseits wird ein längerfristiges, relativ hohes Wachstum ohne Umstrukturierung und wesentliche Steigerung des Anteils der Verarbeitenden Industrie bei erheblicher Zunahme ihrer Konkurrenzfähigkeit nicht möglich sein.

Rubelabwertung stärkte die heimische Wirtschaft

Erst die dramatische Rubelabwertung vom August 1998 verschaffte der verarbeitenden Industrie wieder die nötige Luft zum Wachsen. Die Transformationskrise wurde endgültig überwunden. Die Wirtschaft hatte auf einen Wachstumspfad zurückgefunden, und der Anteil der Schwerindustrie sank wieder auf 50,5 Prozent, die verarbeitenden Bereiche, insbesondere der Maschinenbau, erholten sich auf 45,5 Prozent.

Entscheidend war die mit der Rubelkrise eingetretene massive nominelle und reale Abwertung des Rubels.[6] Die russische Wirtschaft erhielt dadurch erhebliche Konkurrenzvorteile, die sich vornehmlich auf dem Binnenmarkt auswirkten und damit das Wachstum stärkten. Die Importe sanken zwischen 1997 und 1999 um fast 45 Prozent (vgl. *Tab. 2*). Der heimischen Industrie gelang es, Märkte im Inland zurückzuerobern, was insbesondere im Bereich der Konsumgüter und Nahrungsmittel deutlich wurde.

Die in der Folge einsetzende zunehmende Beschäftigung und die wieder beträchtlich steigenden Reallöhne unterstützten die Binnennachfrage weiter. Ähnliches gilt für die 1999 anspringende Investitionskonjunktur, die allerdings in letzter Zeit ernst zu nehmende Schwächen zeigt. Mit der günstigeren Entwicklung der Landwirtschaft und der durch die Währungskrise ausgelösten vermehrten Produktion ausländischer Anbieter vor Ort wurde vor allem die Nahrungsmittelindustrie gestärkt. In den Anteilswerten kommt dies aufgrund der insgesamt wieder wachsenden Industrieproduktion allerdings noch nicht so deutlich zum Ausdruck. Dagegen ist für die Leichtindustrie der Markt weitgehend weggebrochen; sie hat sich zwar ebenfalls erholt, konnte aber weniger stark von der

5 Vgl. ECE, Economic Survey of Europe, Brüssel 2002, Nr. 2, S. 163.

6 Der Rubelkurs sank von 5,960 Rubel je US-Dollar Ende 1997 auf 20,650 Rubel Ende 1998.

Tabelle 2: Anteil der Importe am gesamten Einzelhandelsumsatz (in v. H.)

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
54	52	50	44	31	35	41

Quelle: RECEP, Russian Economic Trends, Vol. 11, Nr. 2, 2002, S. 109.

Abwertung profitieren. Die höheren Bedürfnisse werden von westlichen Luxusfirmen über Importe bedient, das Niedrigpreissegment in hohem Maße durch Billigimporte aus Ländern wie der Türkei und China.

Mit der Energiepreissteigerung verbundene Einkommenstransfers stärken die russische Wirtschaft

Viele Beobachter sahen in den gestiegenen Weltenergiepreisen den dominierenden Faktor für die verbesserte Situation der russischen Wirtschaft nach 1998. Die Preissteigerungen führten zweifellos zu hohen sog. Windfall-Profiten, die der Staat über Exportzölle und Steuern sowie Devisenumtauschzwang zur Stabilisierung des Landes einsetzte: Das Staatshaushaltsdefizit wich einem Überschuss, die Handelsbilanz wurde hochgradig aktiv, Devisenreserven konnten in beträchtlichem Umfang aufgebaut werden. Direkt hatten sie aber keine Auswirkung auf das Wachstum. Die realen Exporte sanken. Ein Teil des Geldes ist auch nicht kaufkraftwirksam geworden, da es in die Bedienung von Auslandsschulden floss bzw. über die Kapitalflucht das Land wieder verließ. Der Rest hat allerdings nachfragestimulierend gewirkt, indem die Firmen mehr investieren konnten und der Staat in der Lage war, die rückständigen Löhne und Renten zu bezahlen.

Den meisten verantwortlichen russischen Politikern wird zunehmend klar, dass ohne eine weitere konsequente Transformation die notwendigen strukturellen Veränderungen nicht erreichbar sein werden. Vieles ist in den letzten Jahren bereits in Gang gesetzt worden. Abgesehen von einer wieder deutlich zu steigernden Investitionsrate sind vor allem in fünf Bereichen weitere Fortschritte notwendig.

Erstens: Die durch die Rubelabwertung gewonnene Wettbewerbsposition darf nicht durch eine weitere reale Aufwertung wieder geschwächt werden.

Zweitens: Der Marktzugang für kleine Unternehmen muss weiter erheblich entbürokratisiert werden. Diese Betriebe sind ein wesentliches Element für die Verbesserung der Produktionsstruktur.

Drittens: Das Bankwesen muss so weit umstrukturiert und gestärkt werden, dass es bereit und in der Lage ist, Kredite an die kleineren und mittleren Betriebe zu akzeptablen Bedingungen zu gewähren.

Viertens: Der Marktzugang für ausländische Investoren im Bereich der Verarbeitenden Industrie muss weiter erleichtert werden. Dafür muss sich das gesamte Investitionsklima verbessern.

Fünftens: Es müssen die Energiepreise zumindest für den gewerblichen Sektor den internationalen Preisen angepasst werden. Die extrem niedrigen internen Energiepreise fördern die Energieverschwendung und damit die energieintensiven rohstoffwirtschaftlichen Zweige. Die Angleichung der Energiepreise ist zudem eine zentrale Forderung für die Aufnahme Russlands in die WTO und im Annäherungsprozess an die EU.

Regionale Strukturen

Marktwirtschaftliche Bedingungen und eine marktgerechtere Bewertung der Güter und Dienstleistungen, die mit der Transformation und der Preisfreigabe in vielen Bereichen einsetzte, können nicht ohne erhebliche Konsequenzen für die Regionalstruktur der Produktionsstandorte bleiben. Zu erwarten ist, dass die ferner gelegenen Regionen stärkere Produktionseinbußen erleiden als die zentralen Regionen, da sich ihre Produktion aufgrund der gestiegenen Transportkosten zu den Hauptverbrauchsgebieten und an die Grenze für den Export sowie wegen des Wegfalls sonstiger Subventionen in den meisten Fällen im Verhältnis zu den zentralen Standorten verteuert.

Die in *Tabelle 3* zusammengestellten absoluten und Pro-Kopf-Anteile für das Bruttoregionalprodukt bestätigen diese Tendenz.[7]

Angesichts des hohen Anteils der Roh- und Grundstoffindustrie an der wirtschaftlichen Leistung, der strukturellen Veränderung zugunsten der Dienstleistungen, der massiven Preisverschiebung

7 Ab den Werten für 1999 werden die regionalen Werte in der russischen Statistik nach den neuen Großregionen ausgewiesen, die z. T. erheblich von den alten Regionen abweichen. Dies gilt vor allem für die Uralregion, die nun auch den nördlichen Teil Westsibiriens umfasst. Zu der Abgrenzung siehe z. B. Goskomstat Rossii, Regiony Rossii, oficial' noe izdanie 2001 (Statist. Komitee Russlands, Regionen Russlands, offizielle Ausgabe), Moskau 2001, S. 14.

Tabelle 3: Bruttoregionalprodukt in den Großregionen Russlands (alte Abgrenzung) Anteile absolut und pro Kopf im Verhältnis zur Föderation (in v. H.)

Region	Anteil absolut			Anteil pro Kopf		
	1994	1997	1999	1994	1997	1999
Russische Föderation	100	100	100	100	100	100
Nord Rayon	5,3	4,2	4,8	131,1	104,9	124,8
Nordwest Rayon	4,8	4,8	6,0	88,3	86,9	104,3
Zentral Rayon	21,6	24,3	26,8	106,5	119,9	130,3
Wolgo-Wjatsk Rayon	4,9	4,2	3,7	85,4	73,5	65,8
Central-Černozem Rayon	4,0	3,7	3,6	75,7	68,0	68,2
Wolga Rayon	10,5	10,7	9,9	92,6	92,4	86,2
Nordkaukasus Rayon	6,1	5,8	6,4	54,3	50,2	52,7
Ural Rayon	14,6	13,1	11,3	105,8	94,1	91,4
Westsibirischer Rayon	13,8	16,2	14,3	135,3	157,5	139,0
Ostsibirischer Rayon	7,4	6,7	7,8	118,7	108,4	107.2
Fernost Rayon	6,6	6,0	6,1	127,9	119,4	122,8
Kaliningrader Oblast’	0,4	0,4	0,4	69,7	57,1	59,6

Quelle: Errechnet nach Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russisches Statistisches Jahrbuch), 1999, S. 253 f.; Goskomstat Rossii, Regiony Rossii 2001, S. 293 f., 1999, auf alte regionale Bezirke umgerechnet, sowie eigene Berechnungen.

und des Abbaus der zentralen Umverteilung der Ressourcen innerhalb der Volkswirtschaft erfolgt auch eine deutliche regionale Umstrukturierung der russischen Wirtschaft. Die Veränderung der Regionalstruktur während der Transformation lässt sich bisher jedoch nur in Ansätzen nachvollziehen. Vergleichbare Zahlen liegen erst seit 1994 vor. Wie die Wirtschaftsentwicklung zeigte, war zu diesem Zeitpunkt bereits ein erheblicher Teil der transformatorischen Anpassung erfolgt. Die Entwicklung von 1994 bis 1997 kann aber als Indikator für die vorherrschende Tendenz herangezogen werden. Zudem liegen bisher regionale Strukturdaten auch nur bis 1999 vor, so dass sich die regionale Verschiebung, die seit dem Übergang zu einem Wachstumspfad eingetreten ist, nur ansatzweise erkennen lässt.

Sowohl in der Abgrenzung von vor 1999 als auch in der Abgrenzung der Regionen ab 1999, die weniger aussagekräftig ist, wird deutlich, dass die wirtschaftliche Dynamik sich auf die zentralen und nordwestlichen Gebiete der Föderation verlagert. Nur noch die Rohstoffgebiete in Sibirien und dem Fernen Osten können ihre Position mit leichten Verlusten halten. Die übrigen Gebiete hatten alle bedeutende Verluste hinzunehmen. Die weiterhin dominierende Rolle der Rohstoffgewinnung und insbesondere der Förderung von Kohlewasserstoffen, Bunt- und Edelmetallen sowie Diamanten spiegelt sich in diesen Werten wider. Diese Bereiche hatten sich zunächst, wie oben gezeigt, in der ersten Transformationsphase relativ günstig entwickelt. Nur in den zentralen und teilweise in den nordwestlichen Gebieten konnte der Ausfall großer Teile der verarbeitenden industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion durch die Entwicklung des Dienstleistungssektors und eine günstigere Position der Verarbeitenden Industrie ausgeglichen werden.

Diese Entwicklung setzte sich offensichtlich auch nach 1999 fort. Während der Zentrale, Nordwestliche und Südliche Föderale Bezirk in diesen Jahren überdurchschnittliche Zuwachsraten erreichten, fiel insbesondere der Fernöstliche Bezirk deutlich zurück (vgl. *Tab. 4* und *5*).[8]

Die regionale Industriestruktur stützt die These vom dominierenden Einfluss der Rohstoff- und Energiewirtschaft auf die strukturelle und damit auch regionale Wirtschaftsentwicklung zu Beginn des Transformationsprozesses. Besonders deutlich wird dies für Westsibirien und die Wolgaregion. Dort haben nur die Gebiete, in denen Erdöl und Erdgas gefördert werden, ihre Anteile am BIP erhöhen können. Im Wolgagebiet sind dies die Republik Tatarstan und das Astrachaner Oblast’, in Westsibirien das Tjumener Oblast’ sowie die Erdölverarbeitungsstandorte im Tomsker und Omsker Oblast’. Dabei geben die Jahre 1998 und 1999 die Entwicklung eher noch zu moderat wieder, weil die Energiepreise auf dem Weltmarkt einen Tiefpunkt erreicht hatten.[9] Ebenso gewann der Krasnojarsker Krai in Ostsibirien, in dem die Buntmetallurgie drei Viertel der Industrieproduktion ausmacht, Anteile hinzu. Auf der anderen Seite verloren in Westsibirien die traditionellen Kohlenbergbauregionen und die Maschinenbauge-

8 Vgl. Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 1999, S. 345 f.
9 Vgl. RWE, Weltenergiereport 2002, Energietransport: Schlüssel zu einer sicheren Versorgung, Essen 2002.

Tabelle 4: Regionale Industriestruktur Russlands 1998 (in v. H.)

Gebiet	Industrie ges.	Elektroenergie	Brennstoffind.	Eisenmetallurgie	Buntmetallurgie	Chem. und Pchemie	Maschinenbau	Holzind.	Baumaterialind.	Glas u. Porzelanind.	Leichtind.	Nahrungsmittelind.	Futtermittelind.
Russ. Föd.	100	17,0	15,5	7,7	7,6	7,3	18,0	3,9	3,8	0,4	1,6	13,7	1,8
Nordrayon	100	15,3	12,8	23,0	7,3	6,3	6,2	16,0	1,7	0,1	0,6	9,1	0,6
NW-Rayon	100	14,8	5,2	1,9	2,7	8,5	26,3	6,6	3,3	0,4	2,2	22,9	2,1
Zentr. Rayon	100	20,6	2,4	2,7	1,0	7,1	24,8	3,4	5,8	0,9	4,5	21,1	2,2
Wolg. Wja.R.	100	13,8	1,8	3,1	0,8	10,6	40,6	6,4	3,5	1,0	2,5	12,0	2,3
Centr.-Čern. R.	100	19,4	–	29,2	–	8,4	14,4	1,3	4,8	0,1	1,0	17,8	2,5
Wolga	100	20,8	13,1	1,1	1,4	13,4	29,4	1,2	4,0	0,4	1,1	11,0	20,0
Nordkaukasus	100	23,8	7,9	2,1	2,2	5,1	13,2	2,9	6,2	0,7	1,7	27,9	3,8
Ural	100	15,5	13,3	18,0	9,4	7,5	16,7	2,6	4,1	0,4	1,1	8,5	1,9
Westsibirien	100	13,9	55,0	5,1	1,3	4,6	7,0	1,1	2,3	0,1	0,6	6,5	1,4
Ostsibirien	100	17,4	7,0	1,1	43,4	5,6	4,7	7,9	2,4	0,1	0,7	6,8	0,9
Fernost	100	22,6	10,0	0,7	26,2	0,8	9,2	3,0	2,4	0,1	0,3	22,6	0,7
Kaliningrad	100	18,3	8,9	3,0	–	0,8	13,3	9,2	1,6	–	2,0	38,1	2,0

Quelle: Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 1999, S. 302 f.

Tabelle 5: Regionale Industriestruktur Russlands in den neuen Föderalen Bezirken (FB) 2001 (in v. H.)

Gebiet	Industrie ges.	Elektroenergie	Brennstoffind.	Eisenmetallurgie	Buntmetallurgie	Chem. und Pchemie	Maschinenbau	Holzind.	Baumaterialind.	Glas u. Porzelanind.	Leichtind.	Nahrungsmittelind.	Futtermittelind.
Russ. Föd.	100	10,4	19,7	7,9	8,4	6,9	20,3	4,4	3,1	0,5	1,6	13,7	1,5
Nordwest FB	100	10,2	11,7	11,5	4,3	5,6	16,2	13,6	2,2	0,2	1,2	20,4	1,4
Zentraler FB	100	11,0	3,8	7,9	1,6	7,9	26,9	3,7	5,1	0,9	3,9	21,7	1,9
Wolga FB	100	9,2	20,7	3,3	2,4	12,9	31,2	3,2	2,7	0,7	1,4	9,7	1,5
Südlicher FB	100	15,6	13,4	5,6	2,3	8,2	16,2	2,0	4,9	0,9	2,1	24,7	2,9
Ural FB	100	7,7	51,2	14,4	6,9	1,3	10,5	0,9	2,0	0,1	0,3	3,7	0,7
Sibirischer FB	100	12,1	11,5	7,4	31,2	5,9	11,3	5,6	2,4	0,0	0,7	8,9	2,0
Fernost FB	100	15,0	11,8	0,8	29,6	0,7	14,7	4,7	1,8	0,1	0,5	19,0	0,5

Quelle: Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 2002, S. 346 f.

biete wie der Kemerovoer und Novosibirsker Oblast' erheblich an Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu der russischen Gesamtwirtschaft. Im Wolgagebiet gilt dies auch für so bedeutende Verarbeitungsstandorte wie den Samara Oblast'.

Betrachtet man die Zuwachsraten der industriellen Entwicklung insgesamt anhand der offiziellen Statistik, die nur die Groß- und Mittelbetriebe umfasst, so wird der zu erwartende Bedeutungsverlust der peripheren Gebiete im Verhältnis zu den Zentren allerdings noch nicht in dem zu erwartenden Umfang bestätigt.[10]

Erst seit 1998 bewegt sich die regionale Entwicklung in die erwartete Richtung. Zum einen ist dies auf die oben angeführte starke Stellung der Basisindustrien in der Anfangsphase der Transformation zurückzuführen, zum anderen ist die tatsächliche Entwicklung bei diesen Industriedaten erheblich zu Lasten der Kernregionen verzerrt. In der russischen Industrie spielt sich während der Transformation nicht nur eine branchenmäßige Umstrukturierung ab, sondern auch eine dramatische Veränderung der Größenstrukturen. Dies zeigt sich deutlich daran, dass von 1995 bis 1998

10 Vgl. hierzu Hermann Clement/Michael Knogler/Sighelm Thede, Russische und ukrainische Regionen im Transformationsprozess, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers), Nr. 219/1, September 1999, S. 30 ff.

die Produktion der Mittel- und Großbetriebe um 15 Prozent zurückging, die aller Betriebe aber nur um 7 Prozent. Die Produktion der Kleinbetriebe, deren Anteil an der Gesamtproduktion 1998 21,4 Prozent erreichte, ist im gleichen Zeitraum demnach um etwa 42 Prozent gestiegen.[11] Da die Klein- und Mittelbetriebe aber vorwiegend in den zentralen Gebieten entstehen und sich entwickeln,[12] ist die Produktion in diesen Regionen im Verhältnis zu den peripheren Räumen erheblich günstiger verlaufen, als sich dies in der Industriestatistik niederschlägt. Die von der Transformation neu gesetzten Rahmenbedingungen führen somit zu dem erwarteten Ergebnis, dass die peripheren Räume an Gewicht verlieren. Diese Tendenz ist nach vorliegenden Indizien auch durch den erheblichen Anstieg der Energiepreise auf dem Weltmarkt seit 1999 nicht mehr umgekehrt worden.

Es wird also bereits in Ansätzen eine deutliche Neubewertung des russischen Wirtschaftsraums erkennbar. Die peripheren Räume (insbesondere die nördlichen Gebiete Ostsibiriens und des Fernen Ostens) verlieren an Wirtschaftskraft im Verhältnis zu den zentralen Gebieten, zu denen aufgrund der verkehrstechnischen Anbindung auch der nordwestliche, zur Ostsee hin orientierte Raum zählt. Mit dem seit 1998 vorhandenen Wachstum der russischen Wirtschaft verstärkte sich diese Entwicklung noch.

Investitionsprozess verstärkt Energie- und Rohstofflastigkeit

Mit der Transformation setzte ein radikaler Investitionseinbruch ein. Die realen Gesamtinvestitionen in den Kapitalstock sanken gegenüber 1990 auf einen Tiefstand von 31 Prozent 1998 und erholten sich bis 2001 wieder auf 41 Prozent.[13]

Strukturell zeigen auch die Investitionen die bereits bei der Produktion zu beobachtende Verschiebung (vgl. *Tab. 6*).

Tabelle 6: Russland: Sektorale Investitionsstruktur (in v. H.)

Sektor	1992	1998	2001[a]
Gesamt	100	100	100
Industrie, darunter	41,3	33,3	42,6
Elektroenergie	4,9	6,1	4,1
Brennstoffgewinnung, darunter	16,8	12,1	22,1
Erdölförderung	12,3	7,3	14,4
Gasgewinnung	2,0	2,5	4,7
Kohleförderung	2,1	1,2	0,9
Eisenmetallurgie	2,3	1,9	2,3
Buntmetallurgie	2,3	1,6	3,2
Chemische und Petrochemische I.	2,3	1,6	1,8
Maschinenbau und Metallverarbeitung	4,9	3,2	3,0
Land- und Forstwirtschaft	11,0	3,1	2,8
Bauwesen	2,7	4,1	3,0
Transportwesen	8,2	14,1	23,1
Nachrichtenwesen	0,6	3,5	3,0
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	27,3	24,7	13,3

a) ohne Kleingewerbe
Quelle: Vgl. Goskomstat Rossii, Rossija v cifrach 2002 (Russland in Zahlen), Moskau 2002, S. 323.

Während der ersten Transformationsphase hatten sowohl die Industrie – und dort auch die rohstoffgewinnenden Zweige – als auch die Landwirtschaft erhebliche überproportionale Investitionsrückgänge zu verkraften. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen nahm stark ab. Zunahmen verzeichneten in dieser Phase vor allem das Bau-, Transport- und Nachrichtenwesen. Neben den strukturellen Verschiebungen ist für diese Entwicklung in erheblichem Umfang auch der noch nicht funktionierende Kapitalmarkt verantwortlich. Nur die Bereiche, die ausreichend Gewinne erzielten, vom Staat bevorzugt mit Investitionsmitteln versorgt wurden oder denen überproportional viel ausländisches Kapital zufloss, konnten sich relativ gut halten. Die zunehmend privatisierten verarbeitenden Industriebereiche, die vor allem auf die Selbstfinanzierung angewiesen waren, hatten dagegen wenig Chancen, bei der sinkenden Wirtschaftsleistung ihre Investitionen auszudehnen.

Mit dem einsetzenden Wachstum änderte sich dies. Die florierenden Zweige der Energie- und Rohstoffwirtschaft investierten überproportional, was insbesondere für den Bereich der Gewinnung von Erdöl und Edgas und die Buntmetallurgie zutrifft. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen ist bis 2001 erheblich angestiegen. Deutlich gewonnen hat weiter das Transportwesen, wo das Rohrleitungsnetz für den Transport von Erdöl und Edgas eine bedeutende Rolle spielt.

11 Zur Berechnung siehe H. Clement u. a. (ebd.), S. 31, Fn. 32.
12 Allein 44,5 Prozent aller Kleinbetriebe entfielen 1999 auf den Handel und das Gaststättengewerbe. Der Anteil der Kleinbetriebe an den Industriebetrieben erreichte 1999 15,7 Prozent; allein 45,6 Prozent aller Kleinbetriebe entfielen dabei auf die Nordwest- und die Zentralregion mit den Städten Moskau und St. Petersburg, vgl. Goskomstat Rossii, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 1999, Moskau 1999, S. 280 f.
13 Vgl. Goskomstat Rossii, Rossija v cifrach (Russland in Zahlen) 2002, Moskau 2002, S. 320.

Tabelle 7: Regionale Verteilung der Investitionen in den Föderalen Bezirken (FB) (in v. H.)

	1980	1990	1998	2000
Russische Föderation	100	100	100	100
Nordwest FB	10,9	10,3	8,5	10,1
Zentraler FB	22,0	22,2	30,4	26,2
Wolga FB	20,5	19,2	19,0	16,8
Südlicher FB	10,6	10,2	8,9	11,3
Ural FB	13,2	15,6	17,2	23,0
Sibirischer FB	15,2	14,8	10,9	8,2
Fernost FB	7,9	7,9	5,1	4,4

Quelle: Errechnet aus: Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 2001, S. 571 f.

Diese sektorale Verschiebung der Investitionen schlug sich auch entsprechend der Verteilung dieser Branchen in der Regionalstruktur der Investitionen nieder (vgl. *Tab. 7*).

Auch die Anteile der Großregionen an den Zuführungen zum Kapitalstock, die seit 1992 insgesamt dramatisch abgenommen haben, bestätigen die grundsätzliche Tendenz zur regionalen Umstrukturierung. Mit Ausnahme der Zentralregion haben nur die Gebiete mit Erdöl- und Gasgewinnung ihren Anteil beim Zufluss in den Kapitalstock steigern können. Dies zeigt, dass sich die Investitionen verstärkt in die zentralen Gebiete Russlands bis hin in die Nordwestregion verlagern. Dagegen verlieren die peripheren Räume, selbst wenn sie über Rohstoffe – außer Kohlenwasserstoffe – verfügen, immer mehr an Bedeutung.[14]

Die sich verändernde regionale Struktur wird insbesondere auch an der Wanderungsbewegung der Bevölkerung deutlich. Während der natürliche Bevölkerungszuwachs in den peripheren Gebieten immer noch höher ist als in den zentralen Gebieten, verlieren diese durch Wanderungsbewegungen seit 1990 so viele Personen, dass sich die Tendenz bei der Bevölkerungszunahme in den letzten Jahren umkehrte.[15] Die Gesamtbevölkerung entwickelt sich in den zentralen Gebieten, trotz des z. T. erheblichen negativeren natürlichen Zuwachses, relativ günstiger als in den peripheren Gebieten, weil die Zuwanderung vor allem aus den nordöstlichen sibirischen Regionen und anderen nördlichen und östlichen peripheren Gebieten zunimmt.[16]

14 Vgl. H. Clement u. a. (Anm. 10), S. 38 ff.

15 Vgl. ebd., S. 14 ff., und Timothy Heleniak, Out-Migration and Depopulation of the Russian North during the 1990s, in: Post-Soviet Geography and Economics, (1999) 3, S. 155–205.

16 Vgl. Goskomstat Rossii, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russisches Statistisches Jahrbuch) 2001, Moskau 2001, S. 83 ff. und 105 ff.

Außenhandelsstruktur weiterhin unbefriedigend

Trotz vieler Versuche dies zu ändern, ist Russlands Exportstruktur weiterhin extrem energie- und rohstofflastig. Preis- und wettbewerbsbedingt hat sich dies in den letzten Jahren noch verstärkt. Daran wird sich auch kurzfristig wenig ändern. Trotzdem kann Russland aufgrund seiner starken industriellen Basis nicht zu den Entwicklungsländern gezählt werden, für die derart einseitige Exportstrukturen üblich sind. Mit der Transformation waren zwei für die Handelsbilanz entscheidende Entwicklungen verbunden. Zum einen wurde mit der beträchtlichen Handelsliberalisierung der Binnenmarkt der verstärkten ausländischen, insbesondere auch der westlichen Konkurrenz ausgesetzt. Zum anderen gingen aufgrund des Wegfalls des präferierten Handels mit den ehemaligen Mitgliedern des RGW und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken „leichte" Märkte verloren. Die Preise und damit auch der Wechselkurs nahmen zunehmend Einfluss auf die Gestaltung der Handelsströme.

Bei den russischen Exporten (vgl. *Tab. 8*) dominieren weiterhin die Bergbauprodukte und Produkte der ersten Verarbeitungsstufe, wobei Erdöl und Erdgas die wichtigsten Exportgüter sind. Ihr Anteil an den Gesamtexporten ist zwar leicht von 45 Prozent 1994 auf 43 Prozent 1998 gesunken, im Wesentlichen beruhte dieser Rückgang aber auf dem Verfall der Energiepreise 1998.[17] Mit steigenden Energiepreisen ist der Anteil bis 2001 wieder um zwölf Prozentpunkte auf über die Hälfte gestiegen. Einschließlich Holz und Holzprodukten sowie Metallen erreichen allein Energie und Rohstoffe weit über drei Viertel der russischen Exporte. Verarbeitete Produkte, insbesondere Maschinen und Ausrüstungen, haben seit 1990 deutlich an Bedeutung verloren. Die russische Industrie war nicht konkurrenzfähig genug, um sich nach dem Wegfall der protektionistischen Mauern auf ihren angestammten Märkten des ehemaligen RGW und der anderen GUS-Staaten zu behaupten. Die konsumnäheren und im Allgemeinen mit einer höheren Wertschöpfung ausgestatteten Güter haben ebenfalls weiter Anteile verloren.

Russland gelang es nicht, sich verstärkt in die intraindustrielle Arbeitsteilung einzubringen. Die Importstruktur weicht stark von der Exportstruktur ab. Maschinen und Ausrüstungen, Nahrungsmittel und Chemische Produkte stellen die Haupt-

17 Bis 1997 war die Quote auf 47,85 Prozent angestiegen.

Tabelle 8: Warenstruktur des russischen Außenhandels 1990 – 2001 (Anteile in v. H.)

Produktgruppe	Export				Import			
	1990*	1994	1998	2001	1990*	1994	1998	2001
Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe außer Textilfasern	2,1	2,2	2,1	1,8	20,3	27,7	24,8	22,0
Mineralprodukte	45,2	44,1	42,8	54,7	2,9	6,5	5,4	4,1
Chemische Produkte	4,6	8,5	8,7	7,5	10,9	10,0	15,1	18,1
Leder und Lederwaren, Pelze	k.A.	0,6	0,6	0,2	k.A.	0,5	0,3	0,5
Holz, Holzwaren, Zellulose, Papier	4,4	4,3	4,9	4,4	1,1	1,5	3,8	4,0
Textilien, Schuhe	1,2	2,1	1,1	0,8	10,3	7,9	4,1	5,4
Metalle, Edelsteine	12,9	28,0	27,6	18,8	5,4	6,7	7,2	7,4
Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel	17,6	8,8	11,4	10,5	44,3	35,2	35,6	34,1
Andere	11,8	1,4	0,8	1,3	4,8	4,0	3,7	4,4
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

* Nur Nicht-GUS-Staaten

Quelle: Goskomstat, Rossijskij statističeskij ežegodnik (Russ. Statistisches Jahrbuch), 1995, S. 432, 2002, S. 618 f.

masse der Importe, wobei sich auch diese Struktur nur langsam verändert. Nach 1998 hat die russische Industrie wieder an Konkurrenzfähigkeit auf dem eigenen Markt gewonnen, sodass die Importanteile von Nahrungsmitteln und Maschinen sowie Ausrüstungen leicht abgenommen haben.

Trotz jahrzehntelanger Klage, dass Russland nicht länger das Rohstoffanhängsel Europas und des Westens bleiben dürfe, und trotz der Ankündigung entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen hat sich an der Außenhandelsstruktur bisher kaum etwas geändert. Die Leistungsfähigkeit der russischen Industrie hat sich nicht so stark erhöht, dass verarbeitete Produkte einen wesentlichen Teil des Außenhandels übernehmen könnten. Verstärkte Exporterfolge werden in diesem Bereich in letzter Zeit fast ausschließlich bei Rüstungsgütern gemeldet. Diese konnten den Rückgang des Anteils der Maschinen und Ausrüstungen jedoch nicht verhindern. Allerdings ist festzuhalten, dass auch die Erfolge des Brennstoffsektors fast ausschließlich auf Preiseffekte zurückzuführen sind und die Anteile der anderen Bereiche dadurch rechnerisch sinken.

Die positive Seite der wertmäßigen Steigerung der Brennstoff- und Metallexporte war, dass Russland einen enormen Handelsbilanzüberschuss von 60 Mrd. US-Dollar in 2000 und etwa 50 Mrd. in 2001 und 2002 erzielen konnte. Die Leistungsbilanzüberschüsse stiegen trotz der hohen Belastung durch die Bedienung der Auslandsschulden, und es konnten Währungsreserven von 52 Mrd. US-Dollar bis Ende Februar 2003 aufgebaut werden.

Auf der Importseite zeigten dagegen die Abwertungseffekte deutliche Wirkung. Die Importe sind von 1997 auf 1999 um etwa 45 Prozent gesunken. Insbesondere die Einfuhren von verarbeiteten und landwirtschaftlichen Produkten gingen stark zurück. Dies betraf vor allem Weißzucker, Fleischkonserven und Alkoholika.[18] Die heimische Produktion erhielt dadurch wesentliche Impulse; das Wachstum der Nahrungs- und Konsumgüterindustrie nach 1999 ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen.[19] Inzwischen geht durch die reale Aufwertung ein Teil dieses Vorteils wieder verloren, sodass die Importe von 1998 bis 2001 wieder um 13,4 Mrd. US-Dollar oder mehr als ein Drittel zugenommen haben.

Die Regierung muss den Umstrukturierungsprozess fördern

Die Branchen-, Regional- und auch die Außenhandelsstruktur zeigen die weiterhin hohe Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Energie- und Rohstoffvorkommen sowie der Schwerindustrie, ferner den noch vorhandenen gewaltigen Umstrukturierungsbedarf. Wie gezeigt wurde, hat sich bei der Branchen- und Außenhandelsstruktur bisher wenig verändert. Während aber die Branchenstruktur sich aufgrund des wachsenden Dienstleistungssektors und steigender Nachfrage nach Konsumgütern wohl bald zu Lasten der schwerindustriellen Bereiche weiter verändern wird, stellt die Exportstruktur weiterhin eine

18 Vgl. Vnešnjaja torgovlja (Außenhandel), (2000) 2, S. 50 ff.

19 Vgl. u. a. Abwertung hilft der Lederindustrie, in: Nachrichten für den Außenhandel, Nr. 139, 21. Juli 2000.

Achillesferse dar. Gerade die letzten Jahre haben den dominierenden Einfluss der Energiepreise sowohl auf die Handelsbilanz als auch auf das Staatsbudget vor Augen geführt.[20] Die Verwundbarkeit der russischen Wirtschaft auf außenwirtschaftlichem Gebiet ist daher weiterhin sehr hoch, und die Rückwirkungen auf die Finanzwirtschaft sind beträchtlich.

Aufgabe der russischen Wirtschaftspolitik ist es daher, den angelaufenen strukturellen Wandlungsprozess zu forcieren und gleichzeitig abzusichern. Beim regionalen Umstrukturierungsprozess, der bereits im Gange ist, wird es vor allem darauf ankommen, dass in den Zuwanderungsgebieten die Infrastruktur rasch aufgebaut wird, damit die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht beeinträchtigt werden. Die Kosten für Arbeitsplätze und die Infrastruktur sind in den zentralen Gebieten geringer als in den peripheren, nordöstlichen Räumen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass diese Aufgabe hier kostengünstiger zu bewältigen ist, als wenn die Wanderung unterbunden und die peripheren Räume in der bisherigen Form präferiert würden. Industrielle Standorte in den peripheren Räumen sollten nur erhalten und ausgebaut werden, wenn sie sich auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen rechnen. Dabei wird der Staat allerdings auch darauf zu achten haben, dass in den peripheren Räumen die autochthone Bevölkerung, wenn sie dies will, sozial abgesichert weiterleben kann, da sie durch die sowjetische Regional- und Industrialisierungspolitik ihrer traditionellen Lebensweise weitgehend entfremdet wurde.

Angesichts der Kapitalknappheit und des reichlich vorhandenen, kostengünstigen Humankapitals muss die russische Regierung endlich die Bedingungen dafür schaffen, dass die Verarbeitende Industrie gestärkt und wettbewerbsfähig wird. Dabei darf keine exzessive Industriepolitik im Sinne der Förderung bestimmter Branchen betrieben werden, was schon aus finanziellen Gründen nicht durchzuhalten wäre. Dies gilt auch für die Förderung der Rüstungsindustrie.

Entscheidend für die Herausbildung einer optimalen Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur ist, dass eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die das Wachstum insgesamt anregt und den Strukturwandel fördert sowie investives ausländisches Kapital ins Land bringt. Entsprechende Maßnahmen wären u. a.:

– Eine aktive Wettbewerbspolitik zu betreiben. Der Marktzugang und der Marktaustritt müssen liberalisiert und konsequent durchgesetzt werden. Die bisher ausufernden administrativen Hindernisse sind wesentlich zu verringern und die vielfach damit verbundene Korruption energisch zu bekämpfen. Monopolistische Strukturen sind aufzubrechen, offene und versteckte Erhaltungssubventionen auf ein Minimum zu begrenzen bzw. ganz zu beseitigen.

– Den Prozess der Verrechtlichung der Wirtschaft voranzutreiben. Dabei kommt der Durchsetzung sowie der Stabilisierung der Rechtsorgane eine zentrale Bedeutung zu. Die Marktwirtschaft ist eine Vertragswirtschaft mit klaren Eigentumsrechten. Werden diese nicht geschützt, kann sie keine optimale Koordination der Wirtschaftssubjekte gewährleisten.

– Die schnelle und konsequente Monetarisierung der Wirtschaft gewährleisten. Bartergeschäfte (Tauschgeschäfte) und Zwangskredite bis hin zur Nichtzahlung von Leistungen müssen völlig zurückgedrängt werden, wenn strukturelle Fehlentwicklungen vermieden werden sollen.

– Ein transparentes, einheitliches Steuersystem ohne individuelle Steuersätze zu etablieren. Die Steuersätze sind zu verringern und die gewinnunabhängige Besteuerung ist zu vermindern. Die seit Juli 2000 verabschiedeten Schritte der Steuerreform bringen eine wesentliche Verbesserung der Besteuerung und damit Anreize auch für ausländische Investoren; sie müssen daher weiterentwickelt werden, wofür offensichtlich auch der politische Wille vorhanden ist.

– Eine von fiskal- oder kreditpolitischen Zielen unabhängige Wechselkurspolitik durchzusetzen.

– Die föderalen Strukturen zu erhalten und zu stärken, wobei allerdings eine klare Aufgabenverteilung erreicht werden muss. Die Erhaltung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes muss gesichert bleiben.

– Die wachstumsschädigende Korruption muss zurückgedrängt werden, um strukturelle Verbesserungen zu ereichen und das Wachstum zu beschleunigen

Mit einer solchen Politik würden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich der Strukturwandel in der russischen Wirtschaft beschleunigt und sich ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht. In der Folge würde dann auch die Grundlage geschaffen, dass die Rohstoff- und Schwerindustrielastigkeit des Außenhandels überwunden werden kann.

20 Nach russischen Angaben bringt z. B. die Steigerung der Weltenergiepreise um einen US-Dollar für den Staatshaushalt Mehreinnahmen von einem halben Prozent des BIP. Bei sinkenden Preisen entstehen entsprechende Einnahmeverluste.

Die russische Führung hat dies offensichtlich erkannt. Bereits das Wirtschaftsprogramm für das Jahr 2000, das unter Leitung des neuen Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, German Gref, ausgearbeitet wurde, zeigt in diese Richtung.[21] Allerdings sind die strukturellen Fortschritte noch viel zu gering. Daher hat sich die russische Regierung für die nächsten Jahre auch als Hauptaufgabe die Entwicklung der Verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft und der Dienstleistungsbranche gesetzt. Zu Recht stellt Ministerpräsident Kassjanow fest, dass ein Land mit einer solchen Wirtschaftsstruktur, „die sich ausschließlich auf Rohstoffe orientiert, nicht imstande ist, seine grundsätzlichen Entwicklungsaufgaben zu bewältigen“[22].

Neben den rein wirtschaftlichen Maßnahmen kommt den politischen Verhältnissen eine zentrale Rolle für den Umstrukturierungsprozess zu. Mit der Kampagne gegen den Einfluss der Oligarchen sowie der Zusage, keine Wiederverstaatlichung anzustreben, wurde bereits zu Beginn der Ära Putin das Vertrauen in die Entwicklung stabilerer politischer Verhältnisse gestärkt[23], wozu auch die Überwindung der Konfrontation zwischen Präsident und DUMA beitrug. Besondere Bedeutung kommt weiterhin der Stärkung der Demokratie und der *balance of power* sowie einer sinnvollen Regionalisierung/Föderalisierung zu. Die Erhaltung und Entwicklung der demokratischen Strukturen ist von höchster Bedeutung, weil alle Transformationsbeispiele in Osteuropa zeigen, dass die besten wirtschaftlichen Fortschritte in Staaten mit der am weitesten entwickelten Demokratie erzielt wurden. Positiv auf das Wachstum und die Gesellschaft wird dabei auch die Herausbildung eines Mittelstandes wirken.

Negative Folgen, die möglicherweise abgefedert werden müssen, sind in der industriellen Rückentwicklung peripherer, besonders nordöstlicher Gebiete und in den enormen Umstrukturierungsproblemen der bisherigen schwerindustriellen Zentren mit den zu erwartenden Arbeitslosenproblemen zu sehen. Diese müssen aber als Chance betrachtet und sollten auf keinen Fall behindert werden. Nur dann kann Russland auf einen stetigen, steilen Wachstumspfad einschwenken, mit dem auch die mit der Umstrukturierung einhergehenden sozialen Probleme leichter bewältigt werden können.

21 Vgl. u. a. DB Research, Aktuelle Studie, hier zitiert nach vwd Russland, Nr. 143 vom 27. Juli 2000. Siehe auch Auszüge aus der Parlamentsrede von Putin in: Ekonomika i žizn’ (Wirtschaft und Leben), Nr. 28, Juli 2000, S. 4; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 2000.

22 RIA Nowosti, Moskau, 20. 2. 2003.

23 Die Form des Vorgehens gegen die Oligarchen, insbesondere Gusinskij, hat zunächst die Unsicherheit vergrößert. Nach dem Kreml-Gespräch vom 28. Juli 2000 dürften sich jedoch die positiven Elemente durchsetzen.

Heinz Timmermann

Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Richtung

I. Internationale Neupositionierung Russlands

Seit dem Übergang der Präsidentschaft von Jelzin auf Putin im Frühjahr 2000 hat Moskau seine Außen- und Sicherheitspolitik neu justiert. Unter Jelzin waren die internationalen Beziehungen von dem Bestreben bestimmt, Russland in die „zivilisierte Staatengemeinschaft" einzugliedern. Zugleich waren sie aber in imperialem Gestus darauf angelegt, in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eine dominierende Rolle zu spielen und westliche Staaten aus der Region möglichst herauszuhalten. Der Großmachtstatus Russlands sollte gewahrt und im Zeichen des „Multipolarismus" der Unilateralismus der USA durch gezielte Allianzbildungen mit anderen Zentren – wie China, Indien, Japan und EU – eingegrenzt werden. Putin nahm Abschied von derlei unrealistischen Großmachtträumen, welche die Gefahr einer Isolation und sogar einer Konfrontation mit dem Westen in sich bargen (Beispiel: Kosovo/Jugoslawien 1999). Stattdessen suchte er enge Beziehungen zunächst zur EU und dann – verstärkt nach dem 11. September 2001 – zur euroatlantischen Gemeinschaft insgesamt mit ihrer Vormacht USA.[1] Zentraler Grund für die Neupositionierung war die Einsicht der neuen Führung, dass sich die Lücke zwischen Russland und der entwickelten Welt immer weiter öffnete. Nach den komplizierten Umbrüchen mangelt es Russland an Ressourcen, um im globalen Kräftespiel weiterhin als gleichwertiger Akteur auftreten und die Hegemonie der USA durch wechselnde Allianzen im Zusammenspiel mit anderen Zentren des multipolaren Systems ausbalancieren zu können.

In der Tat ist der Abschwung der wirtschaftlichen Leistungskraft Russlands gegenüber den Metropolen der euroatlantischen Gemeinschaft dramatisch: So sank sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) – je nach Berechnungen zu Wechselkursen oder Kaufkraftparitäten – auf das Niveau Belgiens oder Mexikos herab. Einem amerikanischen BIP von 9 300 Mrd. US-Dollar steht ein russisches von 200 Mrd. bis 1 000 Mrd. gegenüber, amerikanischen Militärausgaben von 270 Mrd. russische von 4 bis 30 Mrd. (2001). Die Anteile der westlichen Akteure am globalen BIP verteilen sich wie folgt: USA 21 Prozent, EU 20, China 12,5, Japan 7,5 – und Russland 2,4.

Bereits in seiner ersten Rede an die Nation im April 2001 läutete Putin die Alarmglocke: „Erstmals seit den vergangenen 200 bis 300 Jahren läuft Russland tatsächlich Gefahr, auf den zweiten und möglicherweise sogar den dritten Rang unter den Staaten der Welt zurückzufallen." Vor diesem Hintergrund schlug Putin in der Außen- und Sicherheitspolitik einen pragmatischen, an den Möglichkeiten Russlands orientierten Kurs ein. Vorrang erhielt die innere und hier insbesondere die Wirtschaftsmodernisierung: Als Voraussetzung für ein Erstarken Russlands in der internationalen Arena gilt ein Erstarken des Landes im Innern. Dies wiederum erfordert die Integration Russlands in die internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung. Integration ist, so gesehen, weniger ein Ziel als ein Mittel, um die russische Wirtschaft nach innen effektiver und damit auch international wettbewerbsfähiger zu machen. In diesem Licht wird Putins Strategie nicht so sehr von traditionellen geopolitischen Ambitionen bestimmt als von dem Streben, als vollgültiger Mitspieler in den westlich dominierten internationalen Handels- und Finanzorganisationen mitzuwirken und das Land in die Globalisierungsprozesse einzubeziehen.

Im Zuge der Neuorientierung war es zunächst die EU, der Russland als zentralem Partner für Handel und Wirtschaftsmodernisierung in seinen Beziehungen zum Westen die größte Aufmerksamkeit widmete. Nicht zufällig werden in Moskau immer wieder folgende Zahlen genannt: 52 Prozent der Direktinvestitionen in Russland kommen aus EU-Ländern; knapp 40 Prozent seines Außenhandels wickelt es mit der EU ab, und nach dem Beitritt der mittelosteuropäischen Kandidatenländer werden es über 50 Prozent sein; zwei Drittel seiner Erdgas- und die Hälfte seiner Erdölexporte fließen nach Europa. In diesem Licht räumte Moskau in seiner „Außenpolitischen Konzeption" vom Juli 2000 der „europäischen Richtung" sogar einen

1 Treffend hierzu Mark Menkliszak, The Pro-Western Turn in Russia's Foreign Policy: Causes, Consequences and Prospects, Warschau 2002. Im Folgenden sind die russischen Titel ins Deutsche übersetzt.

gewissen Vorrang ein. Die Kernaussagen lauten: „Die Russische Föderation sieht in der EU einen ihrer wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner und wird mit ihr eine intensive und langdauernde Zusammenarbeit suchen, die frei ist von konjunkturellen Schwankungen.“[2]

Nach dem 11. September 2001 räumte Moskau in seinem Verhältnis zum Westen den Beziehungen zu den USA größeres Gewicht ein als zuvor. Putin ergriff die Chance, die der durch die Terroranschläge ausgelöste Schock bot, um Russland aus der unbequemen und immer weniger haltbaren Position „halb Gegner, halb Partner“ des Westens herauszuführen und die Handlungsspielräume für die russische Politik wesentlich zu erweitern. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand dies in dem „Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen“ sowie in der „Gemeinsamen Erklärung über neue strategische Beziehungen“, beide unterzeichnet auf dem Gipfeltreffen Putin–Bush in Moskau/St. Petersburg vom Mai 2002. In den gleichen Kontext fällt die Einbeziehung Russlands als vollwertiges Mitglied in die G-8-Gipfeltreffen sowie die Bildung des neuen NATO-Russland-Rats, der Moskau in wichtigen Fragen der westlichen Allianz das Recht auf Mitsprache und -entscheidung einräumt und gemeinsames Handeln ins Auge fasst. Putin war zu der Überzeugung gelangt: Die nationalen Interessen Russlands lassen sich besser in Kooperation *mit* den USA durchsetzen als in kritischer Abwehrhaltung *gegen* sie.

Bestärkt wurde Putin in dieser Politik durch das Verständnis, das er bei der US-Führung für seinen Vernichtungskrieg gegen die Rebellen/Separatisten in Tschetschenien findet. Der 11. September bot eine günstige Gelegenheit, im Bündnis mit den USA diesen Krieg als Teil des gemeinsamen antiterroristischen Kampfes zu deklarieren und damit zugleich das internationale Prestige Russlands zu mehren. Der Schulterschluss mit Amerika ist geeignet, all jenen eine Abfuhr zu erteilen, die trotz gemeinsamer Terrorabwehr nicht bereit sind, auf Grundsatzkritik an der russischen Tschetschenienpolitik zu verzichten. Dazu gehören auch die Europäer, die sich im Tschetschenienkonflikt mit seinen Gewaltexzessen gegen Zivilisten in der Tat von einer differenzierteren Einschätzung leiten lassen als die USA. Im Kern zielt die Position der Europäer auf eine *politische* Regelung unter Einschluss solcher verhandlungsbereiter Rebellengruppen, die aus russischer Sicht als Terroristen zu charakterisieren sind. Hier bleibt Moskau hart und kompromisslos: Im Kampf auf Leben und Tod dürfe man sich nicht ausschließlich von den Postulaten einer liberal-humanistischen Philosophie leiten lassen – so jüngst die Mahnung von Außenminister Iwanow an die Adresse der Europäer.

Die von Putin vorgenommene Eingliederung in die Front des antiterroristischen Kampfes soll Russland zum einen als glaubwürdigen und zuverlässigen Bündnispartner präsentieren, dessen vitale Interessen auf zentralen Feldern mit denen des Westens übereinstimmen. Daneben hat sie aber auch eine wichtige *innenpolitische* Funktion: Die antiterroristische Rhetorik soll die Kritik all jener Kräfte in Russland selbst neutralisieren, die Putins Wende zum Westen als Verrat an den nationalen Interessen des Landes brandmarken oder ihr zumindest abwartend bis skeptisch gegenüberstehen. Dazu zählen das Militär und der Militärindustriekomplex, weite Teile der Sicherheitsagenturen, bestimmte Kreise des außenpolitischen Establishments aus Ministerien und Expertengruppen sowie die nationalpatriotisch ausgerichtete KP Sjuganows. Für sie alle bedeutet die – ganz offensichtlich im engen Machtzirkel beschlossene – Justierung der Außenbeziehungen durch Putin eine Räumung von für Russlands Sicherheit und internationalen Einfluss lebenswichtigen Positionen. Dazu zählen unter anderem: die Hinnahme des NATO-Beitritts der baltischen Staaten; das Akzeptieren der Liquidierung des ABM-Vertrags als „Eckpfeiler der strategischen Stabilität“; die Öffnung des russischen Luftraums für Flüge der USA nach Zentralasien sowie die Duldung des militärischen Engagements der USA in Zentralasien und im Kaukasus (wo Moskau seine frühere Position als alleiniger sicherheitspolitischer Akteur einbüßte).

Angesichts machtpolitischer Asymmetrien sowie latenter Konfliktfelder wird sich Moskau voraussichtlich nicht in einer Umkehr der Koalitionen als privilegierter Juniorpartner Washingtons profilieren oder gar über die Köpfe der Europäer hinweg eine Neuauflage des amerikanisch-russischen Dualismus anstreben. Zwar wird in Moskau darüber geklagt, dass Vereinbarungen mit der EU insbesondere in der Wirtschaft oft schwer zu erreichen seien, während man mit den USA rascher und besser zurechtkomme. Paradoxerweise erwachsen Probleme mit der EU aber gerade daraus, dass die Beziehungen zwischen Russland und der EU mehrdimensional angelegt sind. Sie wurden über einen längeren Zeitraum hin entwickelt, reichen tief in das Gewebe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hinein und beziehen sich auf sämtliche Ebenen des Landes (lokal, regional, national, europäisch). Gerade die auf Dauer angelegte Dichte der Beziehungen ist es, die Komplikationen zwischen den Partnern hervorruft. Die Beziehungen zu den USA dagegen gestalten sich gegen-

2 Abgedruckt in Rossijskaja gazeta (Moskau) vom 11. 7. 2000.

wärtig nicht zuletzt deshalb weniger kompliziert, weil sie mit ihrem Schwerpunkt Terrorbekämpfung und militärische Sicherheit eher eindimensional und selektiv sind. Gerade dies aber macht sie anfällig für heftige konjunkturelle Ausschläge, wie sie in den vergangenen Jahren wiederholt zu verzeichnen waren. So können sich rasch Gegensätze über Iran entzünden: Während Moskau mit Teheran gute Geschäftsbeziehungen pflegt, die die Lieferung von Nuklearmaterial einschließen, betrachtet Washington Iran als „Schurkenstaat" und als offene Gefahr für den Weltfrieden. Das Interesse der USA an einer stabilen Partnerschaft mit Russland ist begrenzt und wird Washington nicht daran hindern, sich auch gegenüber Moskau alle Optionen offen zu halten.

Im Lichte dieser Konstellation ist Putins Politik Ausdruck eines euroatlantischen Ansatzes, in den Europa und die USA *gleichermaßen* eingebettet sind. Die traditionelle russische Politik aus den Zeiten des Kalten Kriegs, Keile zwischen die EU und die USA zu treiben, wird als kontraproduktiv verworfen. Das Gleiche gilt für das Multipolarismus-Konstrukt der letzten Jelzin-Jahre, das in grandioser Selbstüberschätzung Russland als anziehenden Machtpol für eine gegen die US-Hegemonie gerichtete Koalition profilieren sollte. Vielmehr sucht Russland unter Putin als autonome Großmacht ein konstruktives Verhältnis gleichzeitig zu *beiden* Partnern, ohne sie gegeneinander auszuspielen.[3] Russland wird auf den verschiedenen Beziehungsebenen flexibel jeweils demjenigen Partner in der euroatlantischen Gemeinschaft den Vorrang geben, von dem es glaubt, dass er die Interessen und Konzeptionen Moskaus am besten in Rechnung stellt.

II. Partnerschaft mit der EU

Die angestrebte Partnerschaft Russlands mit der EU wird sich in dem Maße verdichten, wie die Interessen beider Seiten in Einklang gebracht werden können.[4] Das ist bisher nur begrenzt der Fall und hat angesichts der hochgespannten Erwartungen Anfang der neunziger Jahre gelegentlich zu Enttäuschungen geführt. Russland versteht sich gleichwohl mehr und mehr als *europäisches* und nicht als euroasiatisches Land. Als „organischer Teil Großeuropas" nimmt Moskau die EU zunehmend als politischen wie sicherheitspolitischen Akteur wahr und richtet seine Erwartungen auf gemeinsame Stabilisierung und kooperative Sicherheit im europäisch-regionalen Kontext und darüber hinaus.[5] Vor allem aber setzt Russland im Zeichen einer „Ökonomisierung" seiner Außenpolitik auf die EU als starke Wirtschafts- und Handelsmacht, um das Land über enge Verflechtungen an das Niveau moderner Industriestaaten heranzuführen. Perspektivisches Ziel ist die Bildung eines umfassenden gesamteuropäischen Raums ohne Trennlinien. Ausdrücklich genannt werden in Moskau die Felder Politik, Wirtschaft, Äußere Sicherheit, Energie, Demokratie, Bewegungsfreiheit, Ökologie und neuerdings auch Innere Sicherheit („gemeinsamer Rechtsraum"). Allerdings zeigt die EU aus russischer Sicht nur unzureichendes Wirtschaftsengagement und bringt wenig Verständnis auf für den schwierigen Prozess von Demokratisierung und Terrorismusbekämpfung in Russland. Die regelmäßigen Gipfeltreffen laufen Gefahr – so Putin im Mai 2002 gegenüber der EU-Troika –, eher „unverbindliche Freundlichkeiten" zu produzieren als konkrete Ergebnisse.

Für die EU bildet die Entwicklung der Partnerschaft mit Russland „die wichtigste, dringlichste und am meisten herausfordernde Aufgabe für die Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts" – so Javier Solana, der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.[6] Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: So wird die erweiterte Union näher an Russland heranrücken und eine 2 000 km lange gemeinsame Grenze mit dem Land haben. Die damit verbundenen, immer wichtiger werdenden nichttraditionellen Sicherheitsprobleme *(soft security)* können sinnvollerweise nur gemeinsam bewältigt werden. Hierzu kommt, dass Russland stärker zur Sicherheit auf dem europäischen Kontinent beitragen, sie aber auch stärker bedrohen kann als beispielsweise die Sicherheit der USA. Im Wirtschaftsbereich sind die Chancen der Zusammenarbeit noch längst nicht ausgeschöpft – etwa im Hinblick auf die Perspektiven einer umfassenden Energiepart-

3 Vgl. hierzu Witalij Shurkin/Andrej Kokoschin/Michail Nossow/Sergej Rogow/Nikolaj Schmeljow, Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Russland im transatlantischen Kontext, in: Sovremennaja Evropa (Moskau), (2002) 1, S. 5–21; Wladimir Lukin, Russische Brücke über den Atlantik, in: Rossija v global'noj politike (Moskau), (2002) 1, S. 100–106. Siehe auch Angela Stent, Russland – globaler Akteur im internationalen System, in: Internationale Politik, (2002) 10, S. 3–11, sowie Dmitrij Trenin, Russland und die neue Weltordnung, ebd., S. 12–18.

4 Vgl. John Pinder/Yuri Shishkov, The EU and Russia, London 2002; Vladimir Baranovsky, Russia's Attitude Towards the EU: Political Aspects, Helsinki–Berlin 2002; Wassilij Lichatschow, Russland und die Europäische Union, in: Meždunarodnaja žizn' (Moskau), (2002) 12, S. 30–37. Lichatschow ist Ständiger Vertreter Russlands bei der EU.

5 Vgl. Einigung oder Abgrenzung? Werden im vereinigten Europa neue Barrieren erscheinen?, Interview mit Außenminister Igor Iwanow, in: Izvestija (Moskau) vom 11. 3. 2002.

6 Rede in Stockholm vom 13. 10. 1999, nach J. Pinder/Y. Shishkov (Anm. 4), S. 11.

nerschaft. Schließlich braucht Europa das Engagement Russlands, um den Risiken von Umweltzerstörungen und nuklearen Katastrophen mit ihren Auswirkungen auf ganz Europa entgegenzuwirken.

Indes ist die Partnerschaft mit Russland auch aus Sicht der EU keineswegs optimal. Sie bemängelt die unzureichenden Rahmenbedingungen für ausländische Wirtschaftsaktivitäten in Russland, sorgt sich um wachsende autoritäre Tendenzen im Lande und kritisiert das brutale Vorgehen der russischen Ordnungskräfte in Tschetschenien. Ähnlich wie auf russischer Seite besteht auch aus EU-Sicht „noch eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den im Dialog bekundeten Ambitionen und den tatsächlich erreichten Ergebnissen“[7]. Welche Konzepte bieten sich an, um die erst ganz am Anfang stehende Partnerschaft Russland–EU zu dynamisieren und weiter auszubauen?[8]

Gänzlich unrealistisch für die mittelfristige Perspektive wären Ambitionen, Russland als Vollmitglied in die EU zu integrieren, wie es der italienische Ministerpräsident Berlusconi jüngst vorschlug (und Kommissionspräsident Prodi kurz darauf in Moskau mit den Worten entschieden ablehnte: „Wir können niemals gemeinsam in einem Parlament sitzen“). Russland selbst ist hierzu zumindest vorerst nicht bereit, weil es als autonome Großmacht seine Entscheidungsfreiheit nach innen und nach außen wahren will. Am liebsten möchte es als Mitglied der EU behandelt werden, ohne ihr tatsächlich als Mitglied anzugehören – so der frühere stellvertretende Außenminister Awdejew. Zugleich sollte die Integration Russlands aber auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Als längerfristiger Orientierungspunkt bietet sie einen Anreiz für die Verdichtung der Beziehungen und für weiteren, EU-kompatiblen inneren Wandel. Russland *mit* der EU, doch nicht *in* die EU integriert – auf diese Kurzformel könnte die russische Position gebracht werden. Sinnvoller als abstrakte Überlegungen zur Integration Russlands in die EU scheinen zwei weniger ambitiöse Ansätze: vertraglich fixierte Neuakzentuierungen in den Beziehungen Russland–EU sowie deren inhaltliche Ausgestaltung.

Vertragsbeziehungen

Zu Recht verweisen russische Experten darauf, dass Russland mit keiner anderen multilateralen Struktur so enge institutionalisierte Beziehungen unterhält wie mit der EU. Selbst die GUS und deren Mitgliedstaaten, denen Moskau in seinen Außenbeziehungen offiziell erste Priorität einräumt, können sich damit nicht messen.[9] Gemeint ist hier vor allem der Vertrag über Partnerschaft und Kooperation Russlands mit der EU, der 1994 unterzeichnet wurde und Ende 1997 in Kraft trat. Zwar gab er der Zusammenarbeit zunächst kräftige Impulse, doch entspricht er in seiner Akzentsetzung auf den politischen Dialog und auf die Wirtschaftsbeziehungen inzwischen nicht mehr dem breiten Spektrum der Kooperationsfelder. Eine Anpassung des Vertrags an die neuen Bedingungen, wie sie Außenminister Iwanow zufolge von Russland angestrebt wird, müsste über die genannten Felder hinaus auch die Annäherung in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik („zweite Säule“) sowie Justiz und Inneres („dritte Säule“) einschließen. Damit würde die Partnerschaft auch vertraglich besser ausbalanciert, indem das gesamte Spektrum der Interaktion Russland–EU Berücksichtigung fände. Ähnliches gilt für die Neufassung der 1999 verabschiedeten und 2003 auslaufenden Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland als wichtigstes einschlägiges Programmdokument der Union. Sie wird – bei parallel laufenden informellen Beratungen mit Russland – von der griechischen Präsidentschaft ausgearbeitet und soll auf dem Russland-EU-Gipfel vom Mai 2003 in St. Petersburg verabschiedet werden. Sinnvollerweise sollte die neue Gemeinsame Strategie weniger allgemeine Ziele formulieren als sich darauf konzentrieren, konkrete und realistische Projekte zu entwickeln. Dies bezieht sich ebenso auf die „Mittelfristige Strategie“ Russlands gegenüber der EU, die gleichfalls 1999 verabschiedet wurde und in einer Reihe von Punkten inzwischen überholt ist.

Inhaltliche Ausgestaltung

Nimmt man das Spektrum und die Anzahl der beiderseitigen Treffen von der Gipfel- bis zur Arbeitsebene, so bestehen günstige Voraussetzungen dafür, dass der vertraglich-programmatische Rahmen in den Beziehungen Russland – EU inhaltlich gefüllt wird. Gemeint sind im Zeichen des Partnerschaftsvertrags die Gipfelkonferenzen (halbjährlich), die Sitzungen des Kooperationsrats (jährlich) und seiner Komitees sowie die Troika-Treffen der Außenminister und der Politischen Direktoren. In jüngster Zeit weisen die Konferenzen jedoch weit über den Rahmen des Partnerschaftsvertrags hinaus: Hinzu kamen Beratungen der Außenminister und ihrer Politischen Direktoren im 15-plus-1-

7 Bericht des Ministerrats an den Europäischen Rat zur Implementierung der Gemeinsamen Strategie vom Juni 2001, www.europa.eu.int

8 Vgl. hierzu Céline Bayon, Les relations Russie–Union européenne, in: Le courrier des pays de l’Est (Paris), Nr. 10, 25. Mai 2002, S. 4 – 16.

9 Vgl. V. Baranovsky (Anm. 4), S. 56.

Format, monatliche Treffen der Botschafter-Troika mit ihrem russischen Kollegen in Angelegenheiten des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees, Konferenzen der Minister der Justiz und des Inneren unter Einbeziehung der russischen Fachminister sowie eine Vielzahl von gemeinsamen Expertengruppen. Zu erwähnen sind schließlich die turnusmäßigen gemeinsamen Tagungen von Vertretern beider Parlamente.

Die Dichte der bilateralen Treffen und die Breite der Beratungsgegenstände unterstreichen die Bedeutung, die Russland und die EU ihren Beziehungen beimessen. Dies wird auch darin deutlich, dass die Partner auf dem Gipfeltreffen im Mai 2002 beschlossen, „ihren politischen Dialog und ihre Zusammenarbeit im Blick auf Krisenmanagement und Sicherheitsfragen ganz wesentlich zu vertiefen". Moskau ging bei dieser Gelegenheit sogar so weit, die Ausarbeitung eines gemeinsamen „Aktionsplans Russland–EU auf dem Gebiet der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" vorzuschlagen.[10] Europa könne in Zukunft global nur dann eine selbständige und einflussreiche Rolle spielen, so Putin im September 2001 vor dem Deutschen Bundestag, wenn es seine eigenen Potenziale mit denen Russlands vereine.

III. Schwerpunkte der Interaktion

Gemeinsamer Wirtschaftsraum

Im Vordergrund des russischen Interesses steht die Modernisierung der Wirtschaft. Bei der hierfür notwendigen Eingliederung des Landes in die weltwirtschaftlichen Institutionen und Prozesse setzt Moskau große Erwartungen in die Unterstützung durch die EU, die damit ihrerseits Hoffnungen auf eine weitere Öffnung der russischen Märkte verbindet. Den ersten Schritt auf dem Weg zur Eingliederung Russlands bildet der Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO), über den gegenwärtig in Genf intensiv verhandelt wird und der nach Ansicht von Experten in ein bis zwei Jahren abgeschlossen sein könnte. Der für Moskau positive Effekt bestünde insbesondere darin, den Zugang russischer Produkte zu den ausländischen Märkten zu verbessern sowie Russland Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung des WTO-Regelwerks und bei Handelsdisputen zu geben. Zugleich wird Russland jedoch eine Reihe teilweise schmerzhafter Anpassungen vornehmen müssen, die im Lande aus unterschiedlichen Gründen auf Widerstand stoßen. Dazu gehören zum Beispiel der Verzicht auf Subventionen für wettbewerbsschwache traditionelle Industriebranchen, die Zulassung ausländischer Unternehmen in profitablen Zukunftsbereichen wie Telekommunikation und Dienstleistungswesen (Banken und Versicherungen) sowie die Angleichung der inländischen Energiepreise an die Exportpreise.

Der Beitritt Russlands zur WTO bildet zugleich die Voraussetzung für die Verwirklichung des Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums. Hier hat die EU (und fast zeitgleich auch Amerika) ein Zeichen gesetzt, indem sie Russland im Mai 2002 den Status einer Marktwirtschaft zuerkannte und entsprechende Gesetzesregelungen im Oktober 2002 in Kraft setzte. Damit wurde in dem äußerst kontroversen und für Russland kostspieligen Dumpingkomplex (jährlich rund 300 Mill. US-Dollar Verluste durch Anti-Dumping-Maßnahmen) die Beweislast umgekehrt: Mussten russische Exportunternehmen bislang nachweisen, dass sie *kein* Dumping betreiben, so liegt es jetzt bei der EU, den Dumping-Vorwurf in jedem Einzelfall anhand der konkreten Produktionsbedingungen des Unternehmens zu belegen. Bereits auf ihrem Gipfeltreffen vom Oktober 2001 hatten Russland und die EU beschlossen, eine „Hochrangige Gruppe" mit der Ausarbeitung des Konzepts für einen Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum zu beauftragen. Die Gruppe, die unter Vorsitz von Wiktor Christenko (stellvertretender Ministerpräsident Russlands) und Chris Patten (Außenkommissar der Kommission) tagt, soll bis Oktober 2003 eine mittelfristige Strategie für die Wirtschaftsbeziehungen Russland – EU vorlegen, wobei folgende Felder für die Annäherung der russischen gesetzlichen Bestimmungen an diejenigen der EU identifiziert wurden: Standards und Normen, technische Vorschriften zur Angleichung im Zollbereich, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerbs- und Dienstleistungsbestimmungen, Landwirtschaft (Fleisch und Getreide) sowie Industrie (Schwarz- und Buntmetalle, Flugzeug- und Automobilmarkt). Schließlich soll die Gruppe die Wirtschaftsreformen in Russland mit Blick auf die Fähigkeit des Landes unterstützen, aus der Erweiterung der EU Nutzen zu ziehen. So gesehen wäre es günstig, die Schaffung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums bereits bis 2004 voranzutreiben, um zu vermeiden, dass der EU-Beitritt der Länder Ostmitteleuropas Barrieren gegenüber Russland erhöht und die Trennlinien durch Europa vertieft.

Langfristig könnte der Gemeinsame Europäische Wirtschaftsraum – so Kommissionspräsident Prodi im Dezember 2002 – tatsächlich zur Formierung eines einheitlichen Marktes führen, wie er im Zei-

10 Annex I der Gemeinsamen Erklärung vom 29. 5. 2002, http://www.eur.ru/eng/neweur/summits/sum52doc

chen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zwischen der EU und der Rest-EFTA besteht (Norwegen, Island, Liechtenstein; die Schweiz schloss ein bilaterales Abkommen). Seinen Kern bilden die berühmten vier Freiheiten, nämlich Freizügigkeit für Personen, Freier Warenaustausch, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit sowie Freiheit des Kapitalverkehrs. Der Charme einer EWR-analogen Einbeziehung Russlands liegt für Moskau darin, dass ihre Verwirklichung den politischen Status und die souveränen Rechte Russlands damit nicht verkürzen würde. Allerdings ist nicht sicher, inwieweit Russland tatsächlich bereit ist, sein Wirtschaftssystem in großen Teilen an die im EWR angelegten gemeinsamen Normen anzupassen. So verweisen Politiker und Experten in Moskau darauf, dass die wachsende wirtschaftliche Verklammerung mit der EU nicht auf die faktische Übernahme des Gemeinsamen Besitzstandes *(acquis communautaire)* durch Russland hinauslaufen werde. Russland habe auch auf wirtschaftlichem Felde seine gewachsenen Eigenheiten, die nicht einfach im Regel- und Normenwerk der EU aufgehen könnten. Hierin unterscheidet sich Russland in der Tat von den EU-Beitrittskandidaten, die mit Übernahme des *„acquis“* radikale Anpassungen in ihrem Wirtschafts-, Rechts- und Normensystem vornehmen müssen.

Frische Impulse könnte die Vision des Gemeinsamen Wirtschaftsraums dagegen dann erhalten, wenn sich Russland entschließen würde, die wechselseitigen Handels-, Finanz- und Investitionsaktivitäten in Euro statt in US-Dollar abzuwickeln. Finanzminister Kudrin deutete im Februar 2003 eine solche Möglichkeit an, indem er die schrittweise Umstellung Russlands auf die europäische Gemeinschaftswährung ankündigte.[11] Eine Entwicklung in diese Richtung, die der „Dollarisierung“ der russischen Wirtschaft entgegenwirken würde, zeichnet sich mittlerweile tatsächlich ab. Im Herbst 2001 hielt die Zentralbank 80 Prozent ihrer Devisen in Dollar und nur 10 Prozent in Euro; heute dürfte das Verhältnis etwa 70 zu 20 sein.

Energiepartnerschaft

Auf ihrem Gipfel vom Oktober 2000 kamen Russland und die EU überein, einen strukturierten Energiedialog zu führen, dessen Ergebnisse sich in regelmäßigen gemeinsamen Energieberichten auf den Feldern Erdgas, Erdöl und Elektrizität niederschlagen. Ziel ist es, die komplementären Interessen zusammenzuführen und zu einer dauerhaften Energiepartnerschaft zu verdichten. Russland besitzt die Rohstoffe und benötigt Erschließungs- und Modernisierungsinvestitionen – nach Ansicht von Experten bis zum Jahr 2020 rund 670 Mrd. Euro. Europa verfügt über Kapital für Technologietransfer und benötigt seinerseits zusätzliche Energieträger; bei Erdgas beispielsweise wird eine Steigerung der russischen Lieferungen von heute 41 auf 60 Prozent ins Auge gefasst. Als Scharnier russisch-europäischer Kooperation bildet die Energiepartnerschaft gleichsam eine Vorstufe zum angestrebten Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum. Trotz der Fülle gemeinsamer Interessen kommt die Partnerschaft jedoch nur schleppend voran – nicht zuletzt deshalb, weil die EU auf dem Beitritt Russlands zur Energiecharta beharrt. Die darin geforderte Liberalisierung der Energiemärkte einschließlich der Öffnung des russischen Pipelinenetzes für ausländische Wettbewerber schadet aus russischer Sicht den eigenen Interessen. Darüber hinaus würde das Insistieren auf Anhebung der (niedrigen) Inlandspreise für Erdgas und Elektrizität auf Weltmarktniveau die „natürlichen Wettbewerbsvorteile“ Russlands zunichte machen (und zudem unübersehbare Risiken sozialer Unruhen unter den russischen Verbrauchern in sich bergen). Im Hinblick auf den Marktzugang russischer Elektroenergie schließlich blieben viele Fragen offen, zum Beispiel das Problem der wechselseitigen Marktöffnung sowie der Umwelt- und der Nuklearnormen.

Angesichts des großen Interesses an der Energiepartnerschaft scheinen beide Seiten um Kompromisse bemüht. Hierauf verweist nicht zuletzt die im November 2002 erfolgte Gründung eines Zentrums für Energietechnologie mit Sitz in Moskau. Das gemeinsam finanzierte Institut hat die Aufgabe, die Kommunikation zwischen den sektoralen Energiezentren zu stimulieren sowie Unterstützung bei der Einführung neuer Energietechnologien zu gewähren. Das Entgegenkommen Moskaus besteht in der Zusage, den Zugang zu den russischen Pipelines zu liberalisieren, Product-Sharing-Abkommen rechtlich und steuerlich besser abzusichern und, vor allem, die Inlandsenergiepreise allmählich anzuheben (wobei der zeitliche Rahmen hierfür unklar bleibt). Die EU ihrerseits hält zwar grundsätzlich an der Forderung nach Liberalisierung der Gasmärkte fest. Sie erklärte sich aber bereit, die langfristigen Verträge des russischen Gasmonopolisten Gasprom mit einer Reihe ausländischer Unternehmen zu bestätigen, darunter mit den deutschen Unternehmen Ruhrgas (bis 2020) und Wintershall (bis 2023) sowie mit dem französischen Unternehmen Gaz de France (bis 2012).

11 Vgl. Ria Novosti (Moskau), 5. 2. 2003; Michael Wines, Russians turning from Dollars to Euros, in: International Herald Tribune (Paris) vom 31. 1. 2003.

Schließlich kam die EU der russischen Seite in weiteren kritischen Punkten entgegen. So hatte Russland die Befürchtung geäußert, die EU werde sich aus wirtschaftlichen und auch politischen Gründen dagegen wenden, dass die Union insgesamt oder einzelne Mitgliedstaaten mehr als 30 Prozent ihrer Energieversorgung aus einem Land beziehen (was bei einigen EU-Beitrittskandidaten der Fall ist, zum Beispiel Polen mit seinen umfangreichen Energieimporten aus Russland). Hierzu heißt es im Dritten Fortschrittsbericht der Hochrangigen Gruppe vom November 2002: „In der EU gibt es keine derartige Forderung nach quantitativer Begrenzung für den Import verschiedener Arten fossiler Brennstoffe aus Rußland.“[12] Zu dieser Aussage hat ganz gewiss die Tatsache beigetragen, dass sich Russland über die Jahrzehnte hinweg als zuverlässiger Energiepartner erwiesen hat. Darüber hinaus schlug die EU im Hinblick auf die Anhebung der russischen Energieinlandspreise eine gespaltene Lösung vor: Die stufenweise Anpassung soll stärker für Großunternehmen gelten, weniger für Privathaushalte, Schulen, Krankenhäuser etc. Tatsächlich trüge eine solche Regelung neben ihren positiven sozialen Aspekten letztlich auch zur wirtschaftlichen Effizienzsteigerung bei: Der staatlich festgesetzte niedrige Binnenpreis für Erdgas und Elektroenergie schmälert die Investitionskraft von Gasprom (das im Übrigen hoch verschuldet ist). Er führt zu einem überdehnten Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung und in einigen Grundstoffindustrien.

Soft security und Terrorismus

In der Zusammenarbeit Russland–EU sind seit dem Jahr 2000 Probleme nichttraditioneller Sicherheit einschließlich ihres spezifischen Aspekts „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ stark in den Vordergrund getreten. So werden seit kurzem die russischen Fachminister zu den Tagungen der 15 EU-Kollegen für Justiz und Inneres hinzugezogen (30 plus 2). Dabei geht es *zum einen* um die justitielle und polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von grenzüberschreitenden organisierten Verbrechen wie Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche, Waffenhandel und illegale Migration. Hierzu hatte die EU bereits 2000 einen Aktionsplan entwickelt, der darauf abzielt, die russischen Behörden mit europäischen Programmen bekannt zu machen und zu unterstützen. Als nächste Stufe ist der Abschluss eines einschlägigen Abkommens zwischen dem Innenministerium Russlands und Europol über technische und strategische Informationen vorgesehen. In Russland und in jedem EU-Mitgliedsland wird eine Kontaktstelle für den Informationsaustausch etabliert.

All dies sind wichtige Voraussetzungen für die Verwirklichung des bemerkenswerten Putin-Vorschlags vom August 2002, zwischen Russland und der EU „in einer realistischen Perspektive“ den visafreien Personenverkehr zwischen den Partnerländern einzuführen. Ein solcher Schritt würde mit den Bestrebungen beider Seiten harmonieren, in Großeuropa die erwähnten gemeinsamen Räume zu bilden. Allerdings würde er über strenge Maßnahmen zur Grenzsicherung hinaus den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens erfordern, das heißt die Bereitschaft Moskaus zur Wiederaufnahme solcher Personen, die von Russland aus illegal in den EU-Raum gelangt sind. Bei relativ offenen Grenzen Russland gegenüber den GUS-Staaten, insbesondere in Zentralasien, wird sich das nur längerfristig realisieren lassen. Immerhin einigten sich Putin und EU-Kommissionspräsident Prodi auf ihrem Moskauer Treffen im Februar 2003 auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die klären soll, welche Bedingungen Russland erfüllen muss, damit die Visumpflicht gelockert und schließlich ganz abgeschafft werden kann.

Zum anderen geht es bei den Treffen der genannten Fachminister sowie bei den eher operativen Beratungen von Diplomaten und Experten um die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus. In Form ausführlicher „Gemeinsamer Erklärungen“ bezogen beide Seiten hierzu auf ihren Gipfeltreffen wiederholt Stellung. Dennoch bildet der Antiterrorkampf aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen der Entwicklungen in Tschetschenien für die Beziehungen Russland–EU ein Minenfeld. Recht eindrucksvoll fand das seinen Ausdruck in der Drohung Russlands, den Kopenhagener Gipfel vom November 2002 zu boykottieren, falls die präsidierenden Dänen die Auslieferung des von Moskau als Terroristen bezeichneten Achmed Sakajew verweigern würden (der zum gemäßigten Maschadow-Lager zählende Tschetschenenführer wurde nicht ausgeliefert, das Gipfeltreffen kurzerhand nach Brüssel verlegt). Aus der Sicht der EU kann es jedoch keinen Terrorismusrabatt für Russland geben. Die gemeinsame Verurteilung des Terrorismus darf nicht auf eine Billigung der Art und Weise hinauslaufen, in der Russland in Tschetschenien vorgeht. Der legitime Kampf gegen terroristische Aktivitäten darf nicht in flächendeckende Vernichtungsaktionen ausarten, in brutalen „Säuberungen“ unterschiedslos die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und jeden Tschetschenen gleichsam als potenziellen „Kämpfer“ identifizieren. Auch die von Russland und der EU angestrebte „politische Lösung“ wird den Konflikt so bald kaum beenden, da beide Seiten von ganz

12 http://www.eur.ru/eng/newseur/summits/sum65.doc

unterschiedlichen Befriedungskonzeptionen ausgehen. Während die EU für eine Einbeziehung von gemäßigten und pragmatisch orientierten Gruppen aus dem Rebellenlager eintritt, lehnt die russische Führung dies strikt ab: Sie klassifiziert jeglichen Widerstand gegen die russische Unterwerfungsstrategie als „terroristisch" und fasst eine Regelung ausschließlich mit solchen tschetschenischen Personen ins Auge, die sich als moskauloyal erwiesen haben. So wird der Tschetschenien-Konflikt, „ein zentraler Punkt in den EU-Russland-Beziehungen"[13], das Verhältnis zwischen den Partnern auch weiterhin stark belasten.

Sicherheits- und Verteidigungsdimension

Nach anfänglicher Zurückhaltung zeigt Russland starkes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der in Aufbau befindlichen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).[14] Ganz offensichtlich ist dies vor allem Ausdruck des Bestrebens, der Partnerschaft mit der EU auch eine sicherheitspolitische Dimension zu geben und bei der Konfliktregelung in Gesamteuropa aktiv mitzuwirken. Aus der Sicht von Außenminister Iwanow sind Russland und die EU „natürliche Verbündete bei der Suche nach adäquaten Antworten auf neue Bedrohungen und Herausforderungen in Europa und in der ganzen Welt"[15]. Beide Seiten kamen überein, die Zusammenarbeit im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU zu institutionalisieren und zu intensivieren. Bereits im Vorfeld einer Krise sollen Konsultationen mit Moskau eingeleitet werden, um über Möglichkeiten einer Beteiligung Russlands an EU-geführten Operationen zur Krisenbewältigung zu beraten. Russland hat angeboten, bei EU-geführten Operationen dort mit Kriegsmaterial auszuhelfen, wo die Union über nur unzureichende Kapazitäten verfügt: Transportflugzeuge, Satellitenkommunikation, Aufklärung.

Im Zuge solcher Schritte zu einer kooperativen Sicherheitsarchitektur in Europa sollte Russland auch institutionell stärker in die ESVP eingebunden werden; es wäre paradox, wenn das Land ein Mitspracherecht im 20er-Rat der NATO hätte, nicht aber in der ESVP. Die Einbindung könnte in dem Maße erfolgen, wie die ESVP konzeptionell, institutionell und operativ ihre Identität und ihre Fähigkeiten entwickelt. Auf wichtigen Feldern sollte Russland wie bei der NATO über Konsultationen hinaus später auch das Recht auf Mitentscheidung erhalten, etwa bei den Petersberg-Aufgaben, im Hinblick auf die Komplexe Abrüstung und Nichtverbreitung sowie im Zuge einer möglichen Beteiligung an künftigen Polizeieinsätzen in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Denkbar wäre ein gemeinsames Krisenmanagement auch im GUS-Bereich. Dies wurde von Russland bislang eher negativ gesehen, doch gibt es Anzeichen für einen Wandel: Erstmals ließ Moskau eine gewisse Bereitschaft erkennen, bei der Lösung des Transnistrien-Konflikts in Moldawien enger mit der EU zusammenzuarbeiten. Im Hinblick auf eine Institutionalisierung der Kooperation wäre analog zum 20er-Rat der NATO an die Bildung ständiger Mechanismen zur Ausarbeitung gemeinsamer Positionen zu denken, etwa in Form eines Gemeinsamen Sekretariats oder eines EU-Russland-Sicherheitsrats (ein französischer Vorschlag).[16] In diesem Rahmen könnte über die Entwicklung eines gemeinsamen „Russland-EU-Aktionsplans auf dem Gebiet der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" beraten werden, wie ihn Putin auf dem Gipfel im Mai 2002 zu erwägen gab.

Neue Nachbarn

Ein zentrales Element kooperativer Sicherheit in Europa bildet das Einvernehmen über Zuordnung und Entwicklung jener Staaten und Gebiete, die zwischen Russland und der sich erweiternden EU liegen („Neue Nachbarn"). So kam es vorübergehend zu scharfen Kontroversen über den Transit zwischen Kaliningrad und seinem russischen Kernland, in deren Folge Moskau sogar mit einem Boykott des Gipfels vom November 2002 drohte. Die Regelung dieses Problems kurz vor dem Gipfel demonstriert die Bereitschaft und Fähigkeit beider Seiten, auch in komplizierten Fragen konstruktive Kompromisse zu finden. Die schwierigere Aufgabe zur Sicherung der Lebensfähigkeit Kaliningrads, das als Exklave Russlands und Enklave der EU spezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen unterliegen wird, steht jedoch noch bevor. Gemeint sind Konzept und Engagement, um den Verfall Kaliningrads aufzuhalten und das Gebiet wirtschaftlich und sozial an das Niveau seiner Nachbarn Polen und Litauen heranzuführen. Wirtschaftsförderung für Kaliningrad sollte als gemeinsames Entwicklungsprojekt von Russland und der EU konzipiert werden, wobei von Russ-

13 EU-Kommission (Hrsg.), Country Strategy Paper 2002 – 2006. Russian Federation, Brüssel 2001, http://www.europa.eu.int/comm/external-relations/russia/csp/OL-06-eu.pdf

14 Ausführlich hierzu V. Baranovsky (Anm. 4), S. 9 ff., sowie Matthieu Chillaud/Isabelle Facon, Le rôle de la Russie dans la sécurité européenne, in: Le courier des pays de l'Est, Nr. 10, 25. Mai 2002, S. 31 – 38.

15 Izvestija-Interview (Anm. 5).

16 In diese Richtung argumentiert Aleksej Meschkow, Russland in der Herausbildung der europäischen Sicherheitsarchitektur, in: Meždunarodnaja žizn' (Moskau), (2002) 8, S. 59 – 63, hier S. 62. Der Autor ist stellv. Außenminister Russlands.

land angestoßene Projekte gemeinsam ausgearbeitet und finanziert werden. Die Einbeziehung der in Baltijsk (Gebiet Kaliningrad) stationierten Baltischen Flotte in Manöver von Marineeinheiten des in Stettin beheimateten deutsch-dänisch-polnischen Multinationalen Korps Nordost würde zu weiterer Vertrauensbildung in der Region beitragen und Russland allgemein mit dem restlichen Europa verklammern.

Schwieriger gestalten sich die Beziehungen Russland – EU im Verhältnis zu Belarus. In Moskau ist das Gefühl weit verbreitet, die EU wolle das Land im Zuge einer „Integrationskonkurrenz“ von Russland losreißen und letztlich der Union einverleiben. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Appelle der Union an die russische Führung, demokratiefördernd auf das Lukaschenko-Regime einzuwirken und sich für die Herausbildung einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung einzusetzen, sollen nicht auf eine Übernahme des Landes durch die EU hinauslaufen. Die Union ist vielmehr an einem unabhängigen Belarus interessiert, das als Bindeglied zwischen Ost und West dient und gute Beziehungen zu Russland *und* zur EU unterhält. Nicht die prorussische Ausrichtung Weißrusslands ist es, die von der EU und anderen europäischen Organisationen kritisiert wird, sondern die Missachtung europäischer Grundwerte und demokratischer Prinzipien.

IV. Ausblick

Die Partnerschaft Russland–EU hat, wie wir sahen, auf einer Reihe von Kooperationsfeldern konkrete Ergebnisse gebracht. Über die angesprochenen Gebiete hinaus könnten noch weitere genannt werden, so die EU-Initiative „Nördliche Dimension“, die den Nordwesten Russlands enger mit dem Ostseeraum verklammern soll, sowie die Vielzahl von Partnerschaften zwischen Städten und Regionen, von wissenschaftlich-kulturellen Kontakten und von NGO-Verbindungen. Zugleich ist die Partnerschaft in Kernbereichen aber auch weiterhin von Differenzen und sogar Divergenzen geprägt. In Frageform lassen sie sich folgendermaßen zuspitzen:

– Wird sich Russland in Zukunft *de facto* wieder stärker vom europäischen Wertekanon und seinen entsprechenden Ordnungsvorstellungen abgrenzen? Oder werden Öffnung und Austausch einen „unsichtbaren Wertetransfer“ bewirken, der zu größerer Kompatibilität von Russland und Europa führt und die Kluft zwischen Werten und Interessen verringert?[17]

– Wird Putin im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus Demokratie und Menschenrechte opfern und autoritäre Tendenzen im Innern stärken, was die Beziehungen zur EU beschädigen würde? Oder wird er statt dessen schließlich jene Standards und Normen im realen Leben fördern, zu deren Einhaltung sich Russland in seiner Verfassung und in seinen internationalen Verträgen mit OSZE, Europarat und EU verpflichtet hat?

– Wird sich Russland letztlich doch den USA als Vorrangpartner zuwenden, weil Moskau mit Washington in der eigenen Wahrnehmung auf gleicher Augenhöhe verhandelt und schwierige Probleme ohne große Komplikationen löst? Oder wird Russland seinen Präferenzpartner eher in der EU sehen, die aus ihrer spezifischen Interessenlage heraus feste dauerhafte Bindungen sucht und zur umfassenden Modernisierung des Landes beitragen kann?

Die Probleme in den Beziehungen Russland–EU liegen sicher in der Asymmetrie von Größe und Ressourcen der Partner. Die eigentlichen Komplikationen ergeben sich jedoch daraus, dass die angestrebte enge Verflechtung an die Partner unterschiedliche Anforderungen stellt. Während sie von der EU konzeptionell vorrangig Innovation in den *Außenbeziehungen* verlangt, ist sie für Russland vor allem eine Aufgabe für radikale Anpassungen und Reformen *im Innern*, die wesentlich größere Anstrengungen erfordert. In diesem Zeichen sollte die EU die Partnerschaft mit Russland ausbauen und in dem Maße verdichten, in dem Russland dazu bereit und in der Lage ist. Die EU sollte sich als Partner, notfalls aber auch als Widerpart begreifen – dann nämlich, wenn das Verhalten Russlands im Innern und nach außen europäischen Grundwerten, Ordnungsvorstellungen und Interessen krass widerspricht. Westliches Desinteresse könnte die Verantwortlichen in Moskau in dem Glauben bestärken, wachsende autoritäre Tendenzen bildeten kein Hindernis für Russlands Verklammerung mit der EU und ihren Mitgliedern.

17 So Gerhard Simon, Allianz für die Freiheit oder Potemkinsche Dörfer. Russland und der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Europäische Rundschau (Wien), (2002) 4, S. 50 – 65.

Jerzy Maćków

Russlands Beziehungen zu seinen „slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus

Neue Öffnung nach Westen?

Anfang der neunziger Jahre verkündete das souverän gewordenen Russland wiederholt, dass es sich vom antiwestlichen Erbe der sowjetischen Außenpolitik trennen wolle. Die neue Partnerschaft Russlands mit dem Westen sollte durch den konsequenten Aufbau der Marktwirtschaft und die politische Demokratisierung begleitet werden. Diese Rhetorik fand jedoch schnell ein Ende. Mit Evgenij Primakov, der im Jahre 1996 den inkonsequenten, aber als prowestlich geltenden Außenminister Andrej Kozyrev ersetzt hatte, veränderte sich die außenpolitische Doktrin der Russländischen Föderation.

Russland sah sich damals nicht mehr als ein potenzieller Verbündeter des Westens. Vielmehr beschwor es die „Multipolarität“ des internationalen Systems, was als eine Kampfansage an die „Unipolarität“ der nach dem Zusammenbruch des Sozialismus angeblich von den USA einseitig dominierten Welt zu verstehen war.[1] Russland sollte seine Weltmachtstellung beibehalten und zu einem von mehreren Zentren eines „multipolaren“ internationalen Systems werden. In der Praxis bedeutete diese neue Doktrin seinerzeit u. a. eine gewisse Annäherung an so genannte Schurkenstaaten (wie etwa Irak, Nordkorea und Iran), die Bemühung um eine funktionierende „strategische Partnerschaft“ mit der Volksrepublik China, die Beibehaltung des Atommachtstatus und den heftigen Widerstand gegen die Erweiterung der NATO. Die Ablehnung einer UNO-Reform, die auf die Abschaffung des Vetorechts der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates hinauslaufen würde, stellte einen weiteren Bestandteil der außenpolitischen Doktrin unter Primakov dar.[2] Da aber Russland – sieht man von seinen Atomwaffen ab – weder militärisch noch wirtschaftlich über ein Weltmachtpotenzial verfügt, konnten die auf der Grundlage dieser außenpolitischen Konzeption formulierten Ziele nicht verwirklicht werden. Insbesondere die zuvor vehement bekämpfte Erweiterung der NATO im April 1999 zeigte anschaulich, dass die Russländische Föderation schlicht nicht imstande war, die Lücke zwischen ihren Weltmachtansprüchen und den faktischen Möglichkeiten eines durch den Kommunismus und sonstige geschichtliche Fehlentwicklungen ruinierten Landes zu schließen.[3]

Vladimir Putin erkannte offenbar die Schwächen der während der Dekade des Präsidenten Boris Jelzin betriebenen Außenpolitik. Nach dem 11. September 2001 vollzog Putin eine Wende im Verhältnis zum Westen, und zwar insbesondere gegenüber den USA. Im Krieg gegen den Terrorismus stand Russland den Vereinigten Staaten anfänglich bei. Damit wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Wende einen taktischen Charakter hatte oder einen Paradigmawechsel der russischen Außenpolitik weg von imperialen Bestrebungen markierte. Nicht nur der russische Vernichtungskrieg in Tschetschenien deutet hier auf ein nur taktisches Manöver hin. Die Kontinuität der imperialen Grundausrichtung der russischen Außenpolitik kommt auch an anderen Stellen zum Ausdruck. So lässt eine Analyse des russischen Verhältnisses zu den westlichen Nachbarstaaten Belarus und Ukraine etwa Schlüsse über die Motivation und die Ziele der russischen Politik gegenüber dem Westen zu. Davon, wie sich in der Zukunft die Beziehungen im Dreieck zwischen Belarus–Russland–Ukraine gestalten werden, hängen in beträchtlichem Maße sowohl das russische nationale Selbstverständnis als auch – damit im engen Zusammenhang stehend – die Prioritäten der russischen Politik gegenüber dem Westen ab.

Die westlichen Nachbarn Belarus und Ukraine

Russland, die Ukraine und Belarus (Weißrussland) bildeten den „slawischen Kern“ der Sowjetunion.

1 Dass die russische Vorstellung von der „unipolaren Welt“ die Komplexität der gegenwärtigen Strukturen des internationalen Systems unzureichend reflektiert, darüber schreibt Dmitrij Trenin, Nenadežnaja strategija (Hoffnungslose Strategie), in: Pro et Contra, (Winter–Frühling 2001) 1–2, S. 50–65, hier S. 51 f.

2 Vgl. Jurij Fedorov, Krizis vnešnej politiki Rossii: Konceptunal'nyj aspekt (Die Krise der russischen Außenpolitik: der konzeptuelle Aspekt), in: Pro et Contra, ebd., S. 31–49, hier S. 40–48.

3 Vgl. J. Federov, ebd., S. 32 u. S. 45.

Nicht von ungefähr wurde der endgültige Zerfall der Sowjetunion faktisch durch den positiven Ausgang des Referendums über die Unabhängigkeit eingeleitet, das am 1. Dezember 1991 in der Ukraine abgehalten wurde. Es waren die Staatsoberhäupter dieser drei Staaten, die eine Woche nach dem ukrainischen Referendum ein Abkommen unterzeichneten, in dem sie sich auf die formelle Auflösung der Sowjetunion einigten. Dies geschah übrigens ohne Absprache mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und den übrigen Sowjetrepubliken.

Sowohl Belarus als auch die Ukraine gehörten zu den am stärksten industrialisierten und urbanisierten Republiken in der UdSSR. Von allen Sowjetrepubliken hat wahrscheinlich Belarus den größten Entwicklungsschub durch die (verfehlte) Modernisierung sozialistischer Art erfahren. Es war mit seinen ca. zehn Millionen Bewohnern im innersowjetischen Wirtschaftsaustausch zum modernsten „Netto-Exporteur" von Industriegütern geworden. Die Wirtschaft der Ukraine, die sich u. a. auf Militär- und Flugzeugbautechnik spezialisierte, stellte wiederum eine Art Anhängsel der russischen Wirtschaft dar – am Ende der Sowjetunion ging ca. die Hälfte der russischen Ausfuhren in die Ukraine, für die diese Waren ca. 75 Prozent ihrer Importe ausmachten.[4] Die Ukraine war zudem mit ihren knapp 50 Millionen Einwohnern nach Russland die zweitgrößte Sowjetrepublik.[5] Belarus und die Ukraine verfügten über – selbstverständlich von Moskau aus geleitete – Vertretungen in der UNO.

Die besondere Bedeutung beider Länder für Russland resultiert nicht zuletzt aus ihrer geopolitischen Lage. Zbigniew Brzeziński und Andrew Wilson erinnern an die im Jahre 1904 von Harald Mackinder aufgestellte These, dass jene Macht, die das geographische Osteuropa (also auch die heute ukrainischen und belarussischen Gebiete) kontrolliert, zum Weltmachtstatus „verurteilt" sei. Wer immer dieses Territorium im 20. Jahrhundert beherrsche, würde nämlich auch über Europa, Asien und Afrika herrschen.[6] Für Brzeziński gehört die Ukraine immer noch zu den Dreh- und Angelpunkten der Weltpolitik.[7] Wie man – allgemein gesehen – zu geopolitischem Denken auch stehen mag, es kann keinen Zweifel daran geben, dass es in der russischen Außenpolitik und im russischen politischen Diskurs immer noch eine sehr große Rolle spielt. Unbestreitbar ist zudem die Tatsache, dass die Ukraine und Belarus für Russland sowohl das Tor zu Zentral- und Westeuropa als auch zu Südosteuropa darstellen.

Historische und kulturelle Zusammenhänge

Die heute ukrainischen Gebiete östlich des Dnjepr (inbegriffen Kiew) wurden bereits Mitte des 17. Jahrhunderts von der polnischen Krone abgetrennt und kamen unter die Herrschaft Moskaus. Mit der Dritten Teilung Polens im Jahre 1795 ereilte den Großteil des restlichen ukrainischen Staatsgebiets und des heutigen Belarus' ein ähnliches Schicksal. Aus Moskauer Sicht handelte es sich dabei um die „Rückkehr der Glaubensbrüder" in den Schoß der orthodoxen Kirche. Aus westlicher Perspektive endete damit die Latinisierung dieser riesigen Territorien im polnisch-litauischen Commonwealth. Dies gilt nicht für Galizien, das im Osten größtenteils nicht von Polen, sondern von ruthenischen (ukrainischen)[8] Bauern bewohnt war. Denn nach der Dritten Teilung Polens fiel Galizien dem Habsburger Reich zu. Damit wurde die Kontinuität der Zugehörigkeit der Westukraine zum westlichen Kulturkreis gewahrt, was für die ukrainische Nationenbildung im 19. und 20. Jahrhundert beträchtliche Folgen hatte: Galizien wurde zum Zentrum der ukrainischen Nationalbewegung.

Trotzdem war die nationale Bewegung der Ukrainer – von derjenigen der Belarussen ganz zu schweigen – zu schwach, um den Ersten Weltkrieg, die Kriegsniederlage und den Zerfall der Habsburger Monarchie und des Reiches der Romanows erfolgreich zur Bildung eines eigenen Nationalstaates zu nutzen. Nach der Niederlage Sowjetrusslands im Krieg gegen die im Jahre 1919 wieder entstandene Republik Polen wurden im Jahre 1920 die (heutigen) Territorien der Ukraine und von Belarus zwischen beiden Kriegsparteien geteilt. Infolge des Zweiten Weltkriegs drang die Sowjetunion nach Mitteleuropa vor, was mit der Westverschiebung der Grenzen des polnischen Staates (als Volksrepublik) und der Bildung der Sowjetrepubliken Ukraine und Belarus durch Stalin einherging. Diese Aktion schloss die durch das Potsdamer Abkommen von 1945 sanktionierte

4 Vgl. Jerzy Kozakiewicz, Rosja w polityce niepodlegej Ukrainy (Russland in der Politik der unabhängigen Ukraine), Warschau 1999, S. 91.

5 Seit der Unabhängigkeit stellt sie in Bezug auf die Bevölkerung den fünftgrößten, in Bezug auf das Territorium den – nach Russland – zweitgrößten Staat Europas dar.

6 Vgl. Andrew Wilson, The Ukrainians. Unexpected Nation, Yale u. a. 2002, S. 304 f.; Zbigniew Brzeziński, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M. 1999, S. 63.

7 Vgl. Z. Brzeziński, ebd., S. 67 f. u. 74 f.

8 Erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts wird von den „Ukrainern" gesprochen. Bis dahin hatten sie sich in Galizien selbst als „Rusini" („Ruthenen") bezeichnet.

Umsiedlung des größten Teils der polnischen Bevölkerung der früheren polnischen Ostgebiete *(kresy)* in die ehemaligen deutschen Ostgebiete ein.

In Russland wird immer wieder auf die angebliche kulturelle und ethnische Einheit der ostslawischen Völker verwiesen. Die meisten Russen sind der Meinung, dass die Geschichte des Moskauer und des Petersburger Reiches sowie – in mancherlei Hinsicht – der Sowjetunion eine Fortsetzung der „ur-russischen Geschichte" des Kiewer Rus' vom 10. bis zum 13. Jahrhundert darstellte. In Russland herrscht darüber hinaus die Überzeugung vor, dass sich das russische Volk aus den „Großrussen" *(Velikorusy)*, den „Kleinrussen" (*Malorusy:* die Ukrainer) und den Belarussen *(Belarusy)* zusammensetzt. Eine russische Umfrage aus dem Jahre 1997 ergab beispielsweise, dass 56 Prozent der Russen die Ukrainer und Russen für Angehörige des gleichen Volkes hielten.[9] Für viele Russen ist deshalb Galizien, wo der ukrainische nationale Gedanke tief verwurzelt und die griechisch-katholische (unierte), dem Papst unterstellte Kirche am stärksten ist, ein Fremdkörper im „russischen Volk". Manche russische Nationalisten behaupten deshalb, Galizien gehöre der („russischen") Ukraine nicht an und solle – im Gegensatz zur restlichen Ukraine – die politische Selbstständigkeit erhalten.[10]

Selbst in den intellektuellen Kreisen Russlands werden den wichtigsten westlichen Nachbarn des Landes die Attribute der Nation und somit das Recht auf die politische Souveränität traditionell abgesprochen. Bereits im Jahre 1990 wandte sich der damals als die moralische Stimme Russlands geltende Alexander Solschenizyn in seiner berühmten Schrift an die Ukrainer und Belarussen: „Unser Volk hat sich doch ausschließlich wegen der schrecklichen Katastrophe des mongolischen Überfalls (im 13. Jahrhundert, J. M.) und der polnischen Kolonisierung in drei Zweige gespalten . . . Brüder! Diese harte Trennung ist nicht nötig – sie stellt eine aus den kommunistischen Jahren kommende Verfinsterung dar."[11] Solschenizyn begründet bis heute die These von einem russischen Volk mit dem Verweis auf die Einheit des Kiewer Rus' im 11. und 12. Jahrhundert. Dabei zieht er die Möglichkeit der späteren Entstehung der belarussischen wie der ukrainischen Nation gar nicht in Betracht. Er lehnt deshalb auch kategorisch die ukrainischen Bemühungen ab, die Geschichte des Kiewer Rus' „zu vereinnahmen". In ähnlichen Kategorien denkt immer noch der Großteil der politischen und kulturellen Elite Russlands.

Dieser historische Hintergrund darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn die russische Politik gegenüber der Ukraine und Belarus analysiert wird. Die bedingungslose russische Anerkennung der Souveränität der „slawischen Brüder" würde bedeuten, dass Russland einen Wandel vom Imperium hin zum Nationalstaat bewältigt hat. Dass ein solcher Wandel mehr als ein Jahrzehnt beanspruchen muss, lehrt nicht zuletzt die Geschichte anderer europäischen Nationen, die gezwungen waren, ihre jeweiligen Imperien aufzugeben.

Kurs auf Integration

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 hat weder die Ukraine noch Belarus für Russland an Bedeutung verloren. Bereits im Dezember 1991 betrachtete der Kreml die damals ins Leben gerufene Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als ein Instrument, mit dem die postsowjetischen Staaten – allen voran die Ukraine und Belarus – an Russland gebunden werden sollten. Die prowestliche Rhetorik der russischen Außenpolitik ging von vornherein mit der Bemühung Hand in Hand, die Souveränität Belarus' und der Ukraine einzuschränken. Zu diesem Zweck entwickelte Russland institutionelle Rahmen. Im März 1993 wurde beispielsweise von denjenigen GUS-Regierungen, die über Öl- und Gasvorkommen verfügen, eine Gas-Öl-Kompanie gebildet (manchmal als die „postsowjetische OPEC" bezeichnet), welche die russische Kontrolle über die Exporte der Energieträger im postsowjetischen Raum sichern sollte.[12] Im September 1994 entstand die *Ökonomische Union* der GUS, in der Russland die „führende Rolle" spielt, was alleine wegen seiner immensen Rohstoffressourcen von den Mitgliedern der Union nicht in Frage gestellt wird. Seit März 1995 gibt es schließlich die *Zwischenparlamentarische Versammlung* der GUS, die in der russischen Vorstellung in etwa die Funktion haben sollte, die der Oberste Rat der UdSSR in der Sowjetunion hatte.

Im Laufe der neunziger Jahre wurden die Ziele der russischen GUS-Politik immer deutlicher formuliert. Im April 1993 nahm der Sicherheitsrat (beim russischen Präsidenten) die „Außenpolitischen Richtlinien der Russländischen Föderation"

9 Vgl. A. Wilson (Anm. 6), S. 298.
10 Vgl. ebd., S. 298 – 304.
11 Aleksandr Solženicyn, Kak nam obustroit' Rossiju (Wie sollen wir Russland umgestalten?), Leningrad 1990, hier S. 10 u. 12.
12 Vgl. J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 109.

an. Sie enthalten zwei große Vorgaben: die Beibehaltung des Weltmachtstatus und die Integration des postsowjetischen Raumes (unter Ausschluss der baltischen Staaten), der als „nahes Ausland" definiert wurde.[13] Im Januar 1994 wurde die so genannte Kozyrev-Doktrin vorgestellt, die darauf abzielte, entlang der Grenzen der Russländischen Föderation einen „Gurt der guten Nachbarschaft" aus den Staaten zu schaffen, die auf „Zusammenarbeit und Union mit Russland orientiert" sind.[14]

Am 14. September 1995 erließ Boris Jelzin einen Ukas über die russische Politik gegenüber den GUS-Staaten. Für die russische Außenpolitik typisch, versuchte der Präsident mit diesem Dekret, im innenpolitischen Machtkampf gegenüber den Chauvinisten und Kommunisten „Punkte zu sammeln". Dieses Dokument stellt unmissverständlich fest, dass Russland ausschließlich solche Formen der Zusammenarbeit in der GUS unterstützen wird, die der ökonomischen und politischen Integration des GUS-Raumes dienen. Russland spricht sich zudem gegen die Mitgliedschaft der einzelnen GUS-Staaten in jenen militärischen Bündnissen aus, die sich gegen die GUS bzw. einzelne ihrer Mitglieder richten, womit nur die NATO gemeint sein kann. Schließlich befürwortet der Ukas die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste und auf militärischem Gebiet.[15]

Die Zielsetzung, eine „vertiefte Integration" innerhalb der GUS zu erreichen sowie den Einfluss von „Drittstaaten" auf das „nahe Ausland" einzudämmen, wurde durch die in den kommenden Jahren angenommenen außenpolitischen Richtlinien bestätigt. Da in diesen Richtlinien seit 1997 die russische Dominanz im „nahen Ausland" als die Voraussetzung des angestrebten Weltmachtstatus betrachtet wird, fügte sich die Politik gegenüber den meisten postsowjetischen Nachbarn Russlands problemlos in die Konzeption der „Multipolarität" ein.[16] Alle diese Richtlinien werden insbesondere gegenüber der Ukraine und Belarus mit großer Konsequenz verfolgt. Dabei kann die politische Führung stets mit der Unterstützung der Eliten ihres Landes rechnen. Diese Eliten stellen die ukrainische und belarussische Staatlichkeit immer wieder in Frage. Es kommt hinzu, dass die Ukraine einseitig als ein von ethnischen Konflikten angeblich zerrissenes Land dargestellt wird.

Chauvinismus der Eliten

In einer Publikation des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahre 1993 stellte Vladimir V. Razuvajev fest, dass Belarus und die Ukraine – neben Kasachstan – für die russische Außenpolitik die entscheidende Rolle spielen. In einer für den russischen Neoimperialismus typischen Manier unterstrich er die – in der Praxis nicht gegebene – ökonomische Unabhängigkeit der Republik Belarus von der Russländischen Föderation. Zugleich verurteilte er die – ebenso nicht gegebenen – Bemühungen „Warschaus", Belarus zu „polonisieren" (in diesem Sinne interpretierte er die Wiederherstellung der Bedingungen für die Arbeit der in Belarus jahrzehntelang verfolgten katholischen Kirche). Was wiederum die Ukraine angeht, so kritisierte Razuvajev das ukrainische Streben heftig, eine gewisse militärische und außenpolitische Unabhängigkeit von Moskau zu gewinnen. Er klagte zudem über „die antirussische Propaganda" ukrainischer Massenmedien.[17] Sollte Kiew von der prorussischen Außenpolitik abweichen, malte er angesichts von „elf Millionen" in der Ukraine lebenden Russen[18] und des damals noch akuten russisch-ukrainischen Konflikts um die postsowjetische Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Krim das Szenario des Zerfalls der Ukraine „in drei oder vier Staaten" an die Wand.[19] Es fällt auf, dass sich diese Warnungen in die „Kozyrev-Doktrin" einfügen, in der der Zerfall des ukrainischen Staates prophezeit wurde, falls die Ukraine keine Integration in Russland – „direkt oder mittels der GUS" – anstreben würde.[20] An dieser Grundeinstellung gegenüber dem Nachbarn hat sich im Laufe der Jahre nicht viel verändert.

Die anerkannten russischen Ukraine-Experten analysieren mit besonderer Vorliebe ethnische und religiöse Konfliktpotenziale der Ukraine. Es wird zudem der falsche Eindruck erweckt, dass dieser junge Staat kurz davor steht, mit territorialen For-

13 Vgl. Andrej V. Zagorskij, Rossija i SNG (Russland und die GUS), in: A. V. Torkunov u. a., Vnešnaja politika Rossijskoj Federacii (Außenpolitik der Russländischen Föderation), Moskau 2000, S. 96 – 112, S. 97 f.
14 J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 74.
15 Vgl. ebd., S. 85.
16 Vgl. A. V. Zagorskij (Anm. 13), S. 99 – 102.
17 Vgl. Vladimir V. Razuvajev, Geopolitika postsovetskogo prostranstva (Die Geopolitik des postsowjetischen Großraumes), Moskau 1993 (Januar), S. 53 – 57.
18 Diese Zahl entstammt der letzten sowjetischen Volkszählung aus dem Jahre 1989. Die politischen Kriterien, nach denen die nationale Zugehörigkeit damals festgestellt wurde, trieben die Zahl der innerhalb der sowjetischen Gesamtpopulation angeblich lebenden Russen in die Höhe. Es ist davon auszugehen, dass die reale Zahl der Russen in der Ukraine um einiges niedriger ist.
19 Vgl. V. V. Razuvajev (Anm. 17), S. 59 f.
20 Diese Doktrin wurde vom außenpolitischen Berater des damaligen Präsidenten der Russländischen Föderation, Andranik Migranian, vorgestellt. Siehe J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 75.

derungen seitens der Slowakei, Ungarns, Rumäniens, Russlands und Polens konfrontiert zu werden.[21] Manchmal wird sogar unterstellt, dass Polen im Westen nach Verbündeten suche, um seinen Forderungen „im Osten, darunter im Verhältnis zur Ukraine“, Nachdruck zu verleihen.[22]

Auch die schwachen russischen liberal-demokratischen Kreise treten so gut wie nie öffentlich für die politische Souveränität der ostslawischen Nachbarn ein. Besonders in Bezug auf die belarussische Unabhängigkeit hegen sogar die russischen Demokraten die größten Bedenken. Die Tatsache, dass die russische Politik vor allem die ökonomischen Chancen der Ukraine und von Belarus, ihre politische Souveränität im eigenen Interesse zu nutzen, wesentlich beeinträchtigt, wird dabei nicht zur Kenntnis genommen.

Die Dominanz Moskaus

Die ökonomische Schwäche von Belarus und der Ukraine geht zum Teil auf das strukturelle Erbe der sowjetischen Planwirtschaft zurück. Durch den Zerfall der Sowjetunion haben diese Volkswirtschaften die Hauptabnehmer für ihre Waren im Osten verloren, während sie auf russische Rohstofflieferungen nach wie vor angewiesen sind. Das leidige Thema der ständig wachsenden ukrainischen und belarussischen Schulden für das russische Gas und Öl – wobei die ukrainische Seite zeitweilig russische Pipelines, die durch die Ukraine verlaufen, widerrechtlich „anzapfte“ – wird immer wieder diskutiert.[23] Im Jahre 1992 stellte Moskau schlagartig auf die Weltmarktpreise für Energieträger um, wohl wissend, welche Folgen dieser Schritt für die Ökonomien seiner Anrainerstaaten haben wird.[24] Die für die Ukraine daraus erwachsenen Schulden betrugen im Sommer des Jahres 1993 bereits 600 000 US-Dollar.[25] Im Jahre 2001 sprach man dann schon von 1,4 bis 2,1 Milliarden US-Dollar.[26] Belarus bezahlt dagegen für das russische Öl und Gas etwa zweieinhalb Mal weniger als die Ukraine,[27] was mit der Bereitschaft Minsks zusammenhängt, der Wiederherstellung des russischen Imperiums nicht im Wege zu stehen.

Die Dominanz Moskaus im Verhältnis zu seinen westlichen Nachbarn resultiert vor allem aus dem Umstand, dass der russische Nationalismus stärker ausgeprägt ist als der ukrainische und belarussische. Anders gesagt: In Russland ist die Nationenbildung weiter fortgeschritten als in der Ukraine und in Belarus. Ihre gefestigte nationale Identität macht es den Russen einfacher, einen gesellschaftlich-politischen Konsens über die angestrebte Rolle ihres Landes in der Welt zu erzielen (selbst wenn dieser Konsens nicht auf realistischen Grundlagen beruht). So gab es am Ende der kommunistischen Ära in der politischen Klasse Russlands Menschen, die – wie es auch in Mittel- und Nordosteuropa der Fall war – den Kommunismus in erster Linie als eine *nationale* Katastrophe wahrnahmen und die Souveränität ihres Staates dazu nutzen wollten, ihrer Nation bessere Entwicklungschancen zu sichern. Sie leiteten unter der Führung Boris Jelzins liberale Wirtschaftsreformen ein. Dieser Nationalismus ermöglichte es zugleich, die Bevölkerung für die unausweichlichen Entbehrungen des Übergangs zum neuen Wirtschaftssystem zu gewinnen. Die marktwirtschaftlichen Reformen wurden zwar letztlich nicht konsequent durchgesetzt, doch Russland hat – neben den noch erfolgreicheren baltischen Staaten – auf diesem Gebiet mehr erreicht als alle anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

In Belarus und der Ukraine fehlt dagegen die mobilisierende Kraft des Nationalismus sowohl in der politischen Elite als auch in der Bevölkerung. Dort sind die national gesonnenen Kräfte zu schwach, um gegen den Widerstand der ehemaligen Nomenklatura-Funktionäre einen harten ökonomischen Systemwechsel durchzusetzen. Eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt dabei der Umstand, dass sehr viele belarussische und ukrainische Politiker und Beamte Russen sind. Während des historischen Besuchs Papst Johannes Pauls II. im Juni 2001 in der Ukraine sprach der Gast „besser Ukrainisch als viele Minister der ukrainischen Regierung“[28]. Die belarussische Regierung wird sogar mehrheitlich von Russen gebildet.

21 Vgl. Ljudmila Čekalenko-Vasil'jeva, Vlijanije regionalizma na formirovanije vnešnej politiki Ukrainy (Der Einfluss des Regionalismus auf die Gestaltung der ukrainischen Außenpolitik), in: Aleksej Zverev/B. Koppiters/Dmitrij Trenin, Rossija, Ukraina, Belorussija, Moskau 1997, S. 179 – 193, hier S. 183.

22 Sergej Vlasov, Pjat' let ukrainskoj vnešnej politiki: Poisk modeli prodalžajetsja (Fünf Jahre der ukrainischen Außenpolitik: Die Suche nach einem Modell dauert immer noch an), in: A. Zverev/B. Koppiters/D. Trenin (Anm. 21), S. 161 – 178, hier S. 165.

23 Vgl. Jeronim Perović, Russische Außenpolitik gegenüber der Ukraine und Weißrußland, in: Osteuropa, (2001) 4 – 5, S. 466 – 480, hier S. 471.

24 Vgl. J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 107.

25 Vgl. ebd., S. 109.

26 Abhängig davon, welche Seite diese Zahlen angibt. Siehe Roman Solchanyk, Ukraine and Russia. The Post-Soviet Transition, Lanham u. a. 2001, S. 208.

27 Vgl. J. Perovič (Anm. 23), S. 477.

28 A. Wilson (Anm. 6), S. 327.

Als ein Beispiel einer gegenläufigen Entwicklung im postsowjetischen Raum kann das nationalbewusste Estland (ähnlich wie die anderen baltischen Staaten) dienen. Es war mit gut einer Million Bewohnern imstande, seine staatliche Unabhängigkeit wieder herzustellen, weil es bei der Durchsetzung der Systemtransformation erfolgreicher war als Russland. Mit Reformen ist es Estland gelungen, die zunächst abweisend eingestellte starke russische Minderheit für die politische Unabhängigkeit zu gewinnen. Die russische Dominanz im Verhältnis zu Belarus und der Ukraine zeigt dagegen, dass es nicht möglich ist, die Souveränität zu verteidigen, wenn die postkommunistische Systemtransformation scheitert. Um der politischen Stabilität willen wurden in der Ukraine und Belarus schmerzhafte, aber notwendige Reformen unterlassen. Diese kurzsichtige Politik bewirkte eine steigende ökonomische Abhängigkeit von Russland, paralysierte die Demokratisierung (in beiden Ländern ist der Autoritarismus stärker ausgeprägt als in Russland) und verhinderte die prowestliche Orientierung der Außenpolitik.

Russland gegenüber der ukrainischen Balancepolitik

Die Ukraine war gleichwohl von Anfang an bemüht, dem russischen „Integrationsdrang“ zu widerstehen.[29] Sie trat bis heute dem Kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS nicht bei, und sie lehnte auch die Mitgliedschaft in der Eurasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft ab. Beide Präsidenten der Ukraine, Leonid Kravčjuk und Leonid Kučma, betrieben eine Politik der Balance zwischen dem Westen und Russland. Eine außergewöhnlich große Bedeutung hatte dabei die Tatsache, dass die USA nach den Ereignissen im Herbst und Winter 1993 in Moskau[30] der Ukraine mehr Aufmerksamkeit als zuvor schenkten. Dies kam nicht zuletzt im Vertrag vom Januar 1994 zwischen den USA, Russland und der Ukraine zum Ausdruck, in dem die Vernichtung der ukrainischen Atomwaffen beschlossen wurde. Das aktive Engagement der Ukraine im NATO-Programm „Partnership for Freedom“ eröffnete dem Land eine atlantische Integrationsperspektive, mit der sich Russland abfinden musste.[31]

Seit 1994 ist am russisch-ukrainischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft gearbeitet worden. Bezeichnenderweise konnte man drei Jahre lang zu keiner Einigung über die Souveränität der Ukraine, die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen, die Sicherheitsproblematik, den Transit durch das ukrainische Territorium, die postsowjetische Schwarzmeerflotte und die Nutzung der russischen Militärbasen an ukrainischen Gewässern kommen. Der Oberste Rat der Russländischen Föderation ratifizierte den letztendlich am 30. Mai 1997 von Jelzin und Kravčjuk unterschriebenen Vertrag erst Ende Dezember des folgenden Jahres, aber vorbehaltlich einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO.[32] Zur Unterzeichnung dieses Vertrages trug der Umstand bei, dass zuvor der zuweilen akute Konflikt über die Halbinsel Krim beigelegt werden konnte.

Für die Entstehung der russischen nationalen und imperialen Identität seit dem 18. Jahrhundert war die Krim von großer Wichtigkeit.[33] Doch ein Jahrzehnt nach der Deportation der auf der Halbinsel seit Jahrhunderten ansässigen Tataren wurde die Krim im Jahre 1954, als in der Sowjetunion die Perejeslaver-Union gefeiert wurde,[34] formell der Ukrainischen SSR angegliedert. Die Russen waren damals bereits die größte ethnische Gruppe auf der Krim – heute machen sie etwa 70 Prozent aus.[35] Die russische Bevölkerungsgruppe besteht freilich überwiegend aus Kolonisten, die kein Krim-bezogenes Heimatgefühl haben. Diese Population orientiert sich nicht zuletzt insofern an Russland, als ihre Vertreter eine Politik betreiben, deren Richtlinien in Moskau bestimmt werden. Die kommunistisch dominierte Verwaltung der Halbinsel unterstützt die seit 1989 aktive separatistische russische Bewegung.[36]

Seit 1992 fordern viele namhafte Russen die Rückkehr der Krim zu Russland. Da weder Jelzin noch Vladimir Putin diese Forderung sich zu Eigen machten, nutzen andere russische Politiker das Parlament als Forum für ihre Krim-Forderungen. Die russisch-ukrainische Auseinandersetzung um den rechtlichen Status der Halbinsel (deren Parlament die Krim schon einmal für unabhängig erklärt

29 Vgl. J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 60 ff.

30 Damals ließ Jelzin das ihm widerspenstige Parlament beschießen und oktroyierte Russland eine auf seine Person zugeschnittene Verfassung.

31 Vgl. Sherman Garnett, U. S.-Ukrainian Relations, in: Lubomyr A. Hajda, Ukraine in the World. Studies in the International Relations and Security Structure of a Newly Independent State, Special Issue of Harvard Ukrainian Studies, 1996, S. 103 – 122, hier S. 112 ff.

32 Vgl. J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 78 ff.

33 Vgl. ebd., S. 119 f.

34 Sie hatte im Jahre 1654 die Ostukraine unter die russische Herrschaft gebracht.

35 Seit dem Ende der achtziger Jahre kommen die Tataren auf die Krim zurück, sodass sie heute ca. zehn Prozent von deren Bevölkerung darstellen.

36 Diese Bewegung tritt seit 1991 als „Republikanische Krim-Bewegung“ auf und wird – missverständlich – häufig als „Bewegung für die Krim-Autonomie“ bezeichnet.

hatte) flaute nach 1995 ab. In diesem Jahre hatte Kiew die formelle Autonomie der Krim abgeschafft, ohne auf einen Widerstand der passiven russischen Bevölkerung zu treffen. Bis dahin pflegten selbst demokratische Politiker Russlands – wie der mittlerweile verstorbene Bürgermeister von Sankt Petersburg, Anatolij Sobčak – die Frage der staatlichen Zugehörigkeit der Krim an die Lösung des Konflikts um die auf der Halbinsel befindliche postsowjetische Schwarzmeerflotte zu koppeln. Die Ukraine versuchte nämlich, diese Flotte unter ihre Befehlsgewalt zu stellen.

Der Konflikt um die Schwarzmeerflotte dauerte von 1991 bis 1998. Russland reagierte dabei besonders empfindlich auf die Tatsache, dass die Ukraine tatsächlich daran ging, ihre eigenen nationalen Streitkräfte aufzubauen. Ein in beiden Ländern umstrittener Kompromiss, der die Teilung der Schwarzmeerflotte zwischen den Konfliktparteien besiegelte, wurde erst 1997 erreicht. Dieser Komplex der ethnischen, militärischen und rechtlichen Auseinandersetzungen, die für gewöhnlich als das „Krim-Problem" bezeichnet werden, wirft immer noch einen Schatten auf die Beziehungen der Nachbarstaaten.[37]

Mit der Zeit wurde Kučma vom Scheitern der ukrainischen Systemtransformation eingeholt. Je stärker er seit 1999 wegen seines autoritären Regierungsstils sowie der Verwicklung in zahlreiche Affären und Skandale innenpolitisch unter Druck gerät, desto mehr wächst seine Abhängigkeit von Moskau. Die ökonomische Abhängigkeit der Ukraine von Russland erweist sich dabei als verhängnisvoll: Moskau unterstützt in der Ukraine besonders jene wirtschaftlichen Kräfte, welche die Westintegration des Landes zu verhindern suchen.[38] Diese Politik wurde nach dem 11. September 2001 nochmals verstärkt.

Die Ukrainer haben ihre Enttäuschung über die Ergebnisse der Politik Kučmas unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Bei den Parlamentswahlen vom März 2002 hat der Kučma-Block eine deutliche Niederlage erlitten. Zum ersten Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine ging die prorussische Kommunistische Partei aus den Parlamentswahlen als Verlierer hervor. Die meisten Stimmen vereinigte „Unsere Ukraine" auf sich – die Partei des ehemaligen Premierministers, des Reformers Viktor Juščenko. Juščenko trat im Wahlkampf für Demokratie, Marktwirtschaft und – auf außenpolitischem Gebiet – für die Westintegration seines Landes ein. Es ist kein Zufall, dass nach den ukrainischen Wahlen eine massive russische Unterstützung für Kučma einsetzte.

Union mit Belarus?

Auch auf das Scheitern der Reformpolitik ist die Tatsache zurückzuführen, dass Aljaksandr Lukašenka im Jahre 1994 in Belarus die Präsidentschaftswahlen gewann. In der scharfen politischen Krise des Novembers 1996, als seine Macht ernsthaft bedroht war, erhielt der belarussische Diktator Unterstützung vom Kreml,[39] die er bis zum Jahre 2001 genoss. Heute hat Belarus ein autoritäres politisches System, das durch die Beibehaltung der zentralen Planwirtschaft, die Unterdrückung der politischen Opposition sowie die staatliche Kontrolle der Massenmedien gekennzeichnet ist. Zugleich unterzeichnete das Land den Kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS und ist ein Mitglied in der von Russland dominierten Eurasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mehr noch: Seit April 1996 wird am Aufbau der Belarussisch-Russischen Union gebastelt. Im Dezember 1999 wurde der „Vertrag zwischen der Russländischen Föderation und der Republik Belarus über die Errichtung einer Union" unterzeichnet, der eine enge innen- und außenpolitische Annäherung, ja die Union beider Staaten in Aussicht stellt.[40]

Nach dem 11. September 2001 setzte Putin neue Akzente in seiner Politik gegenüber Belarus. Beim Besuch des weißrussischen Diktators in Moskau im August 2002 schlug der russische Präsident vor, Belarus der Russländischen Föderation anzugliedern. Die Republik Belarus sollte demzufolge im Jahre 2004 aufgelöst werden. Eine bisher angestrebte Union gleichberechtigter Staaten komme schon deshalb nicht in Frage, weil die Wirtschaft Belarus' nur drei Prozent des Umfangs der russischen Wirtschaft ausmache.[41] Nach seiner Rückkehr aus Moskau lehnte Lukašenka diese Pläne ab. Er kann dabei wahrscheinlich auf die Unterstützung der meisten Belarussen rechnen. Denn ungeachtet der nationalen Indifferenz vieler Belarussen will ihre Mehrheit ihren Staat nicht verlie-

37 Vgl. dazu die ausführlichen Darstellungen von J. Kozakiewicz (Anm. 4), S. 119–211; R. Solchanyk (Anm. 26), S. 159–205.

38 Vgl. Oleksandr Pavliuk, Russia's Integration with the West and the States „in Between", Papier für die Konferenz „Integrating Russia into Europe" (Brüssel am 8. und 9. Juli 2002).

39 Vgl. Eugeniusz Mironowicz, Bialoruś, Warschau 1999, S. 256 f.

40 Vgl. A. V. Zagorskij (Anm. 13), S. 103.

41 Vgl. Reinhard Veser, Bald wieder Teil des Moskauer Reichs?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. August 2002.

ren.[42] Es ist folglich damit zu rechnen, dass eine konsequente Durchsetzung der russischen Politik gegenüber Belarus auf Widerstand stoßen würde.

Einer der Führer der belarussischen Opposition, der Sozialdemokrat Nikolaj Stankevič, kommentierte in der russischen Zeitung „Moskovskie Novosti“: „Seit der neuen Initiative Putins wird in vielen Minsker Köpfen klar gedacht. Es ist deutlich geworden, dass sich die belarussische Elite längst für die Souveränität unseres Landes entschieden hat . . . Den eigenen Staat verlieren? Nein. Lukašenka sagte die Wahrheit, als er . . . (nach der Rückkehr aus Moskau, J. M.) davon sprach, dass die belarussische Elite nicht reif dafür ist, der Russländischen Föderation beizutreten. Wir sind tatsächlich nicht reif dazu. Und so wird es für immer bleiben.“[43]

Es ist aber möglich, dass Putin mit seinem Vorschlag den von Lukašenka aus ökonomischen Gründen forcierten Aufbau der Union verhindern wollte.

42 Vgl. Aleksandr Kotikov, Belorussija-Rossija: Model’ postsovietskoj integracii? (Ein Modell der postsowjetischen Integration?), in: A. Zverev/B. Koppiters/D. Trenin (Anm. 21), S. 210 – 222, hier S. 211.

43 Nikolaj Stankevič, Cholodnyj duš posle gorjačich pocelujev (Kalte Dusche nach heißen Küssen), in: Moskovskie Novosti, Nr. 32 vom 26. August 2002.

Wandel nicht vollzogen

Die russische Politik gegenüber Belarus und der Ukraine zeugt davon, dass ungeachtet aller spektakulären Schwankungen Russland den Westen nach wie vor als einen ideellen, ökonomischen und politischen Gegner wahrnimmt. Da weder die USA noch die EU die demokratischen und marktwirtschaftlichen Kräfte in der Ukraine und Belarus nachhaltig unterstützen, sieht sich der Kreml in seiner Politik bestätigt. Aber eine solche Politik treibt nicht nur die Ukraine und Belarus in eine ökonomisch und gesellschaftlich schier ausweglose Lage. Auf mittlere und längere Sicht wird sie auch Moskau mehr Probleme als Nutzen bringen.

Denn diese Politik ruft unausweichlich eine Stärkung der antirussisch gesonnenen nationalen Bewegung in beiden Ländern hervor. Zur Zeit weist leider vieles darauf hin, dass Russland von seiner Politik erst durch die Konfrontation mit dem Scherbenhaufen Abstand nehmen könnte, den es in den „slawischen Bruderstaaten“ anrichtet. Ungeachtet aller gegenwärtigen falschen Zielsetzungen und Fehler wird Russland in der fernen Zukunft jedoch nicht umhin können, zu einer echten Partnerschaft mit den unabhängigen Staaten – der Ukraine und Belarus – zu finden.

Uwe Halbach

Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn

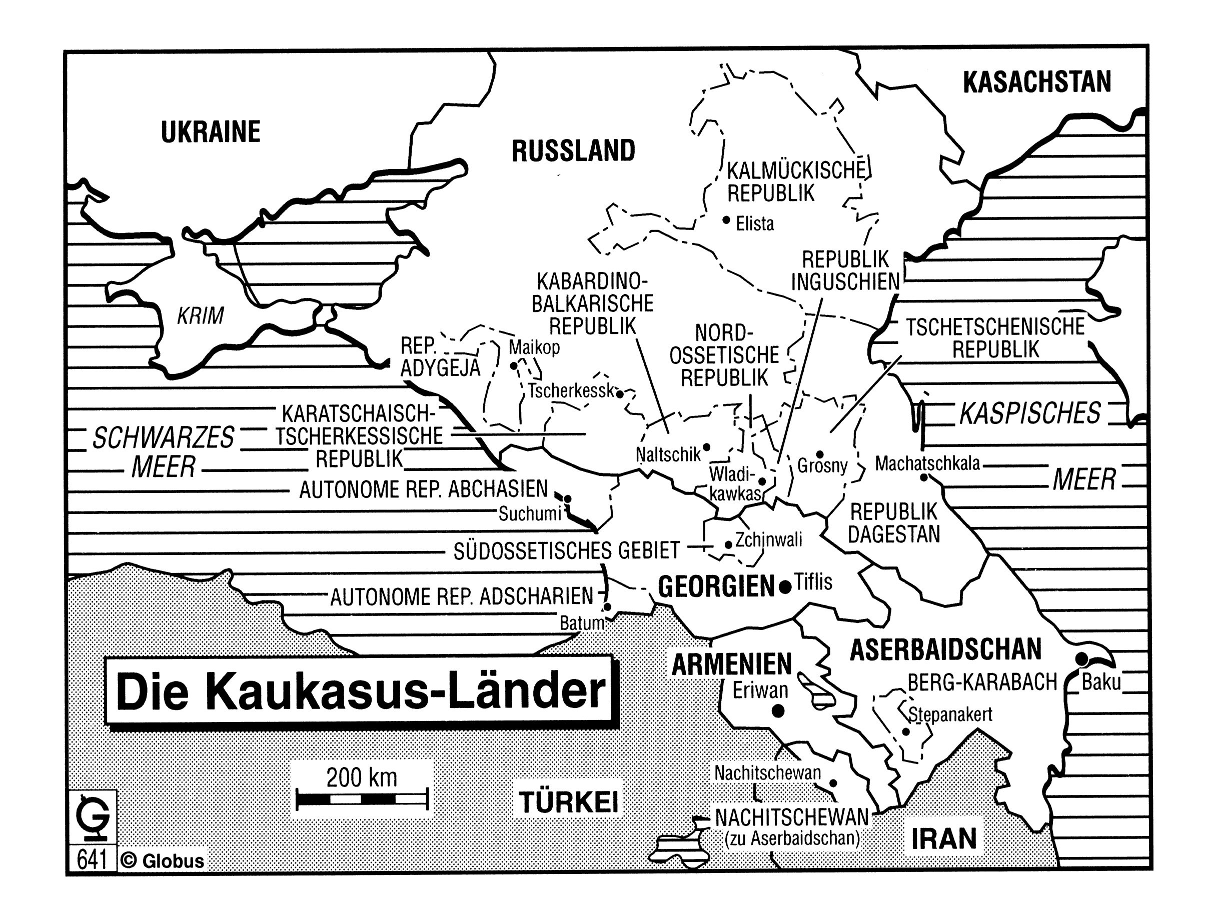
Wie in vielen Ländern Europas bilden Muslime in Russland die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft, und zwar nach der Russisch-Orthodoxen Kirche vor dem Judaismus und dem Buddhismus, die als die traditionellen Religionen auf dem Territorium der Russischen Föderation (RF) gelten. Ihre im Vergleich zur russischen Bevölkerungsmehrheit wachsende Zahl wird in russischen Quellen mit zwischen acht und mehr als 20 Millionen angegeben. Dazu zählen Angehörige von etwa 40 Völkern – wie etwa die Tataren, die größte muslimische Nationalität des Landes (5,5 Mio.), die mit dem gleichen Recht wie die Russen ihre historische Heimat auf dem Territorium der Russischen Föderation erblicken –, aber auch Migranten aus GUS-Staaten, wie u. a. Aserbaidschaner, Usbeken, Tadschiken, die den wirtschaftlichen Problemen ihrer Heimatländer entfliehen und Arbeit in dem ökonomisch besser gestellten Russland suchen, dabei aber auf wachsende antimuslimische und antikaukasische Ressentiments in der russischen Öffentlichkeit stoßen.

Muslime leben auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation, von St. Petersburg bis zum Fernen Osten, in größerer Zahl in Moskau und einigen anderen Städten in zentralen und südlichen Landesteilen. Die relativ kompakten „Muslimregionen“ sind die Wolga-Ural-Region sowie der Nordkaukasus am Südrand des Landes. Diese beiden „islamischen Massive“ Russlands sind denkbar unterschiedlich, was ihre Integration in die Staatlichkeit und Wirtschaft Russlands, ihre sozialökonomische Entwicklung und sozialkulturellen Bedingungen betrifft.

Überhaupt bilden Muslime in Russland keine homogene, organisatorisch geschlossene Gemeinschaft. Das kommt schon in der starken Zersplitterung der offiziellen islamischen Verwaltungsstrukturen zum Ausdruck. Existierten in sowjetischer Zeit auf dem Territorium der heutigen Russischen Föderation zwei Geistliche Verwaltungen (Muftiate) – eine in Ufa für die Muslime im europäischen Teil Russlands und in Sibirien sowie eine im Nordkaukasus –, so entstanden beim Zerfall der Sowjetunion in den nationalen Teilrepubliken und Regionen der Russischen Föderation Dutzende Muftiate auf regionaler, lokaler und ethnischer Basis. Aber nicht nur auf der Verwaltungsebene spiegelt sich die Heterogenität der „russländischen Muslime“ wider. Der Islam bei den Tataren hat eine andere Prägung als bei den dagestanischen und anderen nordkaukasischen Völkern. Identifizieren sich tatarische Muslime mit Europa und verweisen dabei auf die bedeutendste Modernisierungsbewegung unter Muslimen des Zarenreichs: auf die Djadiden(Erneuerer)-Bewegung unter den Krim- und Wolgatataren des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, so stand Dagestan bis an die Schwelle zur Sowjetzeit eher in kultureller Verbindung zur arabisch-islamischen Welt des Vorderen Orients. Ist die Wolga-Ural-Region bei aller Autonomiebestrebung der Republik Tatarstan mit der Staatlichkeit und Wirtschaft Russlands eng verbunden, so galt der Nordkaukasus schon in der zaristischen und sowjetischen Vergangenheit als eine mit dem Rest des Landes nur schwach verbundene Kolonialperipherie. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Russland und seinen Muslimen wird seit der Mitte der neunziger Jahre zunehmend dadurch bestimmt, dass das Bild, das sich die russische Öffentlichkeit von Muslimen macht, immer stärker „vom Rand her“ geprägt wird – von den gewalthaften Krisenlagen im Nordkaukasus und insbesondere vom andauernden Krieg in Tschetschenien.

I. Der Nordkaukasus: islamische Krisenperipherie Russlands

Geht es um Probleme innerer und äußerer Sicherheit, um die Wahrung territorialer Integrität sowie um Einflussmacht an seiner Südflanke und nicht zuletzt um die Entwicklung des Islam in seinem eigenen Hoheitsbereich, fällt für Russland kein anderer Landesteil so ins Gewicht wie der Nordkaukasus. Diese zwischen der kaspischen Küste im Osten und der Schwarzmeerküste im Westen gelegene Region besteht geografisch aus den nördlichen Hoch- und Vorgebirgszonen des Kaukasus und den sich anschließenden Steppenzonen und politisch – von Osten nach Westen gesehen – aus den Teilrepubliken Dagestan (2,12 Mio. Einwohner), Tschetschenien (laut Volkszählung im Jahr 2002 1,1 Mio., was aber nach zwei verlustreichen Kriegen unglaubwürdig ist), Inguschetien (rd. 300 000), Nordossetien (660 000), Kabardino-Balkarien (800 000), Karatschai-Tscherkessien



(436 000) und Adygien (450 000) sowie aus den Gebieten und Regionen Stawropol (2,68 Mio.), Krasnodar (5 Mio.) und Rostow (4,4 Mio. Einwohner). Diese Region bildet den größten Teil des Südlichen Föderalbezirks, der unter den neu geschaffenen sieben so genannten „Gouvernements" der Russischen Föderation eine herausgehobene Bedeutung hat.

In der internationalen Wahrnehmung bezieht sich das problematische Verhältnis Russlands zu seiner kaukasischen Peripherie auf den andauernden Krieg in Tschetschenien, der für die Zivilbevölkerung in der kleinen Kaukasusrepublik die Hölle, für Russland eine Schande, für die gesamte, ohnehin instabile kaukasische Region einschließlich der unabhängigen Staaten des Südkaukasus eine Destabilisierungsgefahr und für Europa eine Herausforderung darstellt, die nicht länger verdrängt werden darf. Das Geiseldrama vom Oktober 2002 hat die Gewaltausstrahlung verdeutlicht, die von diesem schmutzigen Krieg am Rande Europas ausgeht. Aber die nordkaukasischen Krisen- und Konfliktlandschaften sind nicht auf Tschetschenien beschränkt. Das Heidelberger Konfliktbarometer für das Jahr 2002 lokalisiert hier die größte Verdichtung akuter gewalthafter Krisen in Europa nach der Deeskalation der Balkankonflikte.[1]

Die Hervorhebung dieser Region ist begründet:

– *Geostrategisch* durch die Tatsache, dass sie nach dem Zerfall der Sowjetunion zu der am stärksten exponierten Grenzregion Russlands geworden ist. Die Staatsgrenze zwischen der RF und unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken – in diesem Fall Georgien und Aserbaidschan – verläuft hier in einer Region, in der sich Moskau in besonderem Maße einer Einflusskonkurrenz durch extreme Mächte ausgesetzt fühlt. Dabei korrespondieren Konfliktzonen beiderseits dieser Staatsgrenze, nördlich und südlich des kaukasischen Hauptgebirgskammes, miteinander. In Südkaukasien bilden Sezessionsgebilde wie Abchasien und Südossetien oder andere zentrifugale Landesteile Georgiens wie das im letzten Jahr zu Weltbekanntheit avancierte Pankisi-Tal Scharnierstellen gegenüber den Krisen- und Kon-

1 Vgl. Heidelberger Institut für Konfliktforschung, Konfliktbarometer 2002, 11. Jährliche Konfliktanalyse, Dezember 2002, S. 8.

fliktlandschaften im Nordkaukasus; umgekehrt strahlt der Tschetschenienkrieg auf die ohnehin instabile Lage im Südkaukasus aus.

– *Geoökonomisch* durch die Transitfunktion für den Export kaspischer Energie-Rohstoffe über das Territorium Russlands.

– In Hinsicht auf *Konfliktbearbeitung* durch die Tatsache, dass sich hier mehrere interethnische und territoriale Konflikte entfaltet haben, die von den Kriegen in Tschetschenien in den Hintergrund gedrängt wurden. Ein Beispiel für die komplizierten und konfliktanfälligen ethnischen, politischen, sozialökonomischen und religiös-politischen Verhältnisse bietet die größte nordkaukasische Teilrepublik Dagestan.

– In *sozialökonomischer* Hinsicht durch die hohe Abhängigkeit lokaler Haushalte vom föderalen Budget und durch eine weitgehende Verarmung besonders in den östlichen Teilen des Nordkaukasus; ganz abgesehen von der immensen Zerstörung, die zwei Kriege in Tschetschenien angerichtet haben. Diese Bedingungen bilden den Nährboden für die Verbreitung extralegaler Wirtschaftstätigkeiten, die im Kaukasus zudem traditionelle Wurzeln haben.

– Schließlich durch den *kolonialgeschichtlichen* Hintergrund, der das Verhältnis zwischen Russland und den nordkaukasischen Muslimvölkern bestimmt: Bei seiner Expansion in ihm fremde Kulturzonen ist Russland nirgendwo ein so anhaltender Widerstand entgegengesetzt worden wie hier. Nirgendwo war die Unterwerfung fremder Völker und Regionen unter russische Oberherrschaft so stark von kolonialer Gewalt und Gegengewalt geprägt wie in diesem Fall.

In dieses Spannungsfeld aus geopolitischen, interethnischen, sozioökonomischen, kulturellen und historischen Faktoren ist die Entwicklung „islamischer Wiedergeburt“ in nachsowjetischer Zeit und die Wahrnehmung dieses Prozesses durch Russland einzuordnen. Die nationalen Teilrepubliken des Nordkaukasus bilden die muslimische Südperipherie der Russischen Föderation. Bis auf die Osseten, die nur teilweise der islamischen Glaubensgemeinschaft und zum anderen Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, sind die Hauptnationalitäten hier Muslime, die allerdings unterschiedlich stark – mit deutlichem Ost-West-Gefälle – in islamischer Tradition verankert sind. Die russische Bevölkerung wandert aus diesem Gürtel zunehmend aus. Ihr Anteil an der Bevölkerung Dagestans ist von zwölf auf sechs Prozent gesunken. In Tschetschenien gibt es nur noch winzige Restbestände russischer Bevölkerung (einige Zehntausend), die hier vor Ausbruch der „tschetschenischen Revolution“ und des ersten Tschetschenienkriegs noch 400 000 Personen zählte. Die vorgelagerten südrussischen Gebiete und Regionen Krasnodar und Stawropol haben zwar deutliche russische Bevölkerungsmehrheiten. Diese Pufferzone zwischen Russland und seinem islamischen „inneren Ausland“ im Kaukasus wird aber in zunehmendem Maße zu einer Bühne für Konflikte zwischen der slawischen Bevölkerung und kaukasischen Zuwanderern und Flüchtlingen.

Der Nordkaukasus – insbesondere sein Ostabschnitt von Dagestan bis Inguschetien – bildete eine Zone mit hoher sozialkultureller Resistenz gegen die Sowjetisierung und ihre antireligiöse Politik. Die islamische Tradition war und ist hier stark von sozialen Organisationsformen aus dem sufitischen Bruderschafts- oder Ordenswesen geprägt. Für diese Strukturen bürgerte sich in der russischen Publizistik der Terminus „Tarikatismus“ ein, ausgehend von „tariqa“ (Methode und Organisationsform einer Sufi-Bruderschaft). Ebenso wurde dieses Phänomen von der Lehrer- bzw. Schülerseite her als „Scheichismus“ oder „Muridismus“ bezeichnet. 1975 konstatierte ein sowjetischer Regionalexperte, gut die Hälfte der erwachsenen Muslime in der Tschetscheno-Inguschischen ASSR seien in Muridengruppen organisiert.[2] Dieses religiöse Organisationswesen verschränkte sich mit ethnischen und tribalen Zuordnungen und ragte bis in die Partei und die sowjetischen Machtorgane hinein.[3]

In nachsowjetischer Zeit erfuhr dieses religiöse Organisationswesen noch einen deutlichen Aufschwung. Es erwuchs ihm nun aber auch ein dogmatischer Gegner in Gestalt fundamentalistischer Strömungen, die in der russischen Publizistik pauschal mit dem Schlagwort „Wahhabismus“ bezeichnet werden, worauf noch einzugehen sein wird. Besonders in Dagestan kollidierten „Tarikatismus“ und „Wahhabismus“. Der tradierte Brauchtumsislam mit seinen lokalen Riten und sufitischen Einschlägen wurde von Propagandisten eines „reinen Islam“ in Frage gestellt, die dieses Brauchtum als „heidnisch“ denunzierten. Das zunehmend grelle Islambild in der russischen Öffentlichkeit wurde jedoch weniger von der besonders intensiven, aber auch kontroversen „islamischen Wiedergeburt“ in Dagestan bestimmt als von den ideologisch-propagandistischen Instrumentalisierungen des Konflikts, der sich zwischen dem russischen Machtzentrum und dem abtrünnigen Tschetschenien entfaltete.

2 Vgl. Voprosy maunogo ateizma (Fragen des wissenschaftlichen Atheismus), Bd. 17, 1975, S. 316.

3 Vgl. Alexandre Bennigsen/S. Enders Wimbush, Mystics and Commissars. Sufism in the Soviet Union, Berkeley 1985.

II. „Islamisierung“ des Tschetschenienkriegs und „Tschetschenisierung“ der russischen Islamperzeption

Der Blick Russlands auf seine zweitgrößte, aber heterogene und in ihrer Mehrheit politisch kaum aktive Glaubensgemeinschaft geht seit Mitte der neunziger Jahre durch das Prisma der Gewalteskalation im Nordkaukasus: Islam und Muslime werden immer einseitiger im Zusammenhang mit dem „Anti-Terror-Kampf“ gegen „Moslemrebellen“ in Tschetschenien wahrgenommen. Eine russische Publizistin warnte daher vor dem verzerrten Bild, das sich die russische Öffentlichkeit von dem ihr kaum bekannten muslimischen Bevölkerungsteil ihres Landes macht: „In diesem Vakuum an Kenntnis über eine zwischen einem Dutzend und Zigmillionen schwankende Zahl an Mitbürgern lassen sich grelle Klischees wie das von den Wahhabiten sehr gut verbreiten. Weitgehend bildet dieser Bevölkerungsteil eine schweigende Minderheit – in krassem Gegensatz zum Bild des religiösen Fanatikers und radikalen Aktivisten, das der ‚islamische Boom‘ in den Medien in den letzten Jahren erzeugt hat. 90 Prozent der Aussagen in der russischen Publizistik über das Thema Islam beziehen sich auf Extremismus. Gäbe es nicht die so genannten Wahhabiten in Tschetschenien, würde sich für die Muslime in Russland kaum jemand interessieren.“[4] Islamische Intellektuelle wie der Rektor der Moskauer Islamischen Universität, Marat Murtasin, beklagen die islamophobe Darstellung des Tschetschenienproblems in russischen Medien sowie in der offiziellen Politik als eine ernsthafte Gefahr für das bislang noch weitgehend intakte Zusammenleben unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften in Russland.

Die beiden Kriege in Tschetschenien haben wie kein anderes Ereignis das Islambild in Russland beeinflusst. Sie haben einerseits für die „Islamisierung“ eines Konflikts gesorgt, der eigentlich mit Islam wenig zu tun hat, andererseits für eine „Tschetschenisierung“ des Bildes, das sich die russische Öffentlichkeit vom Islam und vom Islamismus macht. Zu Beginn des Konflikts spielte die islamische Identifikation nur eine untergeordnete Rolle auf der Seite der tschetschenischen Separatisten. Erst in der militärischen Konfrontation mit Russland wuchs diese Rolle, wurde die Widerstandsideologie der „bojewiki“ in Richtung „dschihad“ verschoben. Der „Sezessionsführer“ Dudajew sagte kurz vor seinem Tod 1996 sinngemäß, erst Russland habe durch seine Militärmaßnahmen die „tschetschenische Revolution“ in den Islam hineinkatapultiert. Zudem öffneten die beiden Kriege auf ähnliche Weise Schleusen für Einflüsse aus dem islamischen Ausland wie in sowjetischer Zeit der Afghanistankrieg. Inwieweit auch immer Verbindungen zwischen tschetschenischen Akteuren und internationalen islamistischen Netzwerken bestehen – in jedem Fall fügt sich insbesondere der zweite Tschetschenienkrieg in ein mittlerweile etabliertes Bild: Zwischen den Philippinen und dem Balkan gibt es wohl kaum noch einen Konflikt mit Beteiligung einer muslimischen Konfliktpartei und mit separatistischem oder anderem Hintergrund, an dem nicht das Element international vernetzter Dschihad-Bewegungen „andockt“. Das Wesen und die Genese des jeweiligen Konflikts macht dieser Vorgang freilich nicht aus.

Die Entwicklung in Tschetschenien seit 1996 hatte dazu beigetragen, dass die komplexen Probleme, mit denen Russland im Nordkaukasus konfrontiert wird, in der publizistischen Darstellung auf „islamistische Gewalt“ reduziert wurden und Russland sich als ein Frontstaat im Kampf gegen den internationalen Islamismus präsentierte. Nach dem Ende des für die tschetschenische Seite zunächst siegreich erscheinenden ersten Kriegs wurde im November 1996 der Islam zur Staatsreligion der „Tschetschenischen Republik Itschkerija“ deklariert. Schon zuvor hatte der Nachfolger des getöteten Sezessionsführers Dudajew im Amt des Präsidenten, Selimchan Jandarbijew, die Gerichtsbarkeit auf die Basis der Scharia gestellt und den Strafrechtskodex des Sudan eingeführt, obwohl die nordkaukasischen Rechtstraditionen nichts mit der in jenem Land vorherrschenden islamischen Rechtsschule zu tun haben. Auch der 1997 gewählte Präsident Maschadow – alles andere als ein eifernder Islamist – konnte sich dem Islamisierungsprozess nicht versagen, war der Islam doch potenziell ein Faktor der Einigung für das mit immensen wirtschaftlichen, politischen und humanitären Problemen konfrontierte Nachkriegs-Tschetschenien.

Außer an der massiven Verhinderung von außen – Russland wachte mit Argusaugen über die internationale Isolation der abtrünnigen Republik und kam seinen ihr gegenüber eingegangenen Wiederaufbauverpflichtungen nicht nach – scheiterte eine tschetschenische Nationsbildung an inneren Faktoren, an stark pränationalen, partikularistischen, eigensüchtigen Kräften.[5] Auch der Islam wurde

4 Jaroslava Zabelo, in: http://www.russ.ru.politics/20020711-zab.html

5 Vgl. Otto Luchterhand, Tschetscheniens Versuch nationaler Unabhängigkeit: innere Ursachen seines Scheiterns, in: IFSH (Institut für Friedenforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg), OSZE-Jahrbuch 2000, Baden-Baden 2000, S. 189 – 224.

nicht zum Ferment für Nationsbildung, sondern zur Waffe im innertschetschenischen Machtkampf, der in schillernder Gemengelage aus Regierungs- und Oppositionskräften, staatlichen und kriminellen Strukturen, nationalistischen und islamistischen Strömungen ausgetragen wurde. Die Opposition gegen Maschadow und das von ihm repräsentierte, aber nicht implementierte Gewaltmonopol des Sezessionsregimes wurde von autonom handelnden Kriegsherren wie Schamil Bassajew, Bandenführern wie Arbi Barajew und ausländischen „Wahhabiten“ wie Chattab verkörpert.

Die so genannten „Wahhabiten“ in Tschetschenien lieferten mit Übergriffen auf die Nachbarrepublik Dagestan zur Unterstützung dortiger Gesinnungsgenossen im Kampf gegen dagestanische und russische Machtstrukturen im August 1999 Moskau einen Anlass für die – wohl schon zu einem früheren Zeitpunkt geplante – Wiederaufnahme von Militärmaßnahmen gegen die abtrünnige Republik.[6] Dabei hatten sie das Potenzial für einen pankaukasisch-muslimischen Aufstand völlig falsch eingeschätzt: In Dagestan stand die Bevölkerungsmehrheit gegen die islamistischen Abenteurer auf. Von einem islamistisch-separatistischen Domino-Effekt im Nordkaukasus oder gar in anderen Muslimregionen Russlands konnte nicht die Rede sein. „Dschihad“ und „islamischer Staat“ waren auch nie die Option der Bevölkerungsmehrheit Tschetscheniens. Bei Umfragen bildeten die Anhänger eines religiös begründeten Staatswesens und einer Orientierung an strenger, weltliche Rechts- und Staatsgrundlagen ausschließender Gesetzesreligion eine sehr kleine Minderheit. Die „Wahhabiten“ wurden als Fremde angesehen, im Zusammenhang mit Gewalt, Fanatismus und krimineller Wirtschaftstätigkeit wahrgenommen und waren der Bevölkerung verhasst. Dass religiöse Motive die islamistische Position eines Schamil Bassajew oder anderer Kriegsherren bestimmte, wird mit Recht bezweifelt.[7]

Doch mehr als die lokalen und internationalen Gewaltakteure in Tschetschenien trafen die erneuten Kriegsmaßnahmen der föderalen Streitkräfte die Zivilbevölkerung. Die kombinierten Truppen des Verteidigungs- und Innenministeriums sowie der Geheimdienste kamen angeblich, um Recht und Ordnung in Tschetschenien wiederherzustellen und die Zivilbevölkerung vor Terrorismus zu schützen. Der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin bezeichnete das Vorgehen sogar als „humanitäre Mission“ – zu einem Zeitpunkt, als die angeblich gezielte „Anti-Terror-Operation“ bereits zu einem Krieg ausgeartet war, der mit Aerosol- und Vakuumbomben, schwerer Artillerie und Flammenwerfern gegen Grosny und die am dichtesten bewohnten Siedlungsgebiete Tschetscheniens ausgetragen wurde. Dieser massiven Kriegsphase folgten die so genannten „Säuberungs-“ und „Sonderaktionen“, die unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung ein unfassbares Ausmaß staatlichen Terrors gegen die Zivilbevölkerung entfesselten. In dieser Hölle von Gewalt am Rande Europas können sich nun wirklich Elemente von „Dschihad“ und islamischem „Märtyrertum“ entfalten, wie das Geiseldrama in Moskau und Terrorakte in Tschetschenien im letzten Jahr gezeigt haben. Moskaus Propagandadeutung des Tschetschenienkriegs als „Kampf gegen islamistische Gewalt“ könnte so zur „selffulfilling prophecy“ werden. Und damit würde Russland letztlich auch Europa gefährden – und nicht schützen, wie es ein Dmitrij Rogosin behauptet, wenn er im Europarat verkündet, Russland wehre im Nordkaukasus eine islamistische Aggression gegen das Abendland ab.

III. „Wahhabitische Expansion“ vom Kaukasus bis an die Wolga?

Schon vor dem 11. September 2001 gipfelte die Entwicklung eines Bedrohungsbildes aus Islamismus, Separatismus und Terrorismus in plakativen Aussagen russischer Politiker: „Wenn extremistische Kräfte die Oberhand im Kaukasus gewinnen, wird sich diese Infektion über die Wolga ausbreiten auf andere Republiken. Wir haben dann entweder die vollständige Islamisierung Russlands oder müssen uns mit seiner Teilung in verschiedene unabhängige Staaten abfinden“, so Präsident Putin im Jahr 2000.[8]

In dieser Entwicklung wurden die Schlagworte „Wahhabit“ und „Wahhabismus“ zur Chiffre für alle als radikal, militant und extern gesteuert wahrgenommenen Strömungen in der „islamischen Wiedergeburt“ im postsowjetischen Raum. Der Terminus verweist auf einen frühen Fall islamischen Fundamentalismus, der besondere politische Wirkung entfaltete: die am „reinen Islam“ der Frühzeit orientierte, extrem puristische Lehre des Ibn Abd al Wahhab (18. Jahrhundert). In geographischer Hinsicht weist er auf die arabische

6 Zum Dagestan-Krieg vom Sommer 1999 vgl. ausführlich Johannes Rau, Der Dagestan-Konflikt und die Terroranschläge von Moskau 1999. Ein Handbuch. Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (herausgegeben von Hans Krech), Band 10, Berlin 2002.

7 Vgl. Karl Grobe Hagel, Tschetschenien. Russlands langer Krieg, Köln 2001, S. 144 – 148.

8 Zitiert von Amy Waldman, Shackles Off. Russia’s Muslims Are Still Chafing, in: New York Times.com Article, 9. 11. 2001.

Halbinsel hin, wo der Wahhabismus zur ideologischen Grundlage der saudischen Dynastie und der Staatsbildung wurde.

Das Schlagwort hat in Russland eine diffuse Bedeutung angenommen, die über den historischen Wahhabismus und den Bezug auf die religiös-politischen Verhältnisse im heutigen Saudi-Arabien weit hinaus getreten ist. Während in Zentralasien ideologisch radikale oder gar militärisch aktive islamistische Bewegungen mit ihrer Eigenbezeichnung identifiziert wurden (Islamische Bewegung Usbekistans, Hizb ut Tahrir u. a.), steht in Russland die Fremdbezeichnung „Wahhabiten" (die damit etikettierten Personenkreise bezeichnen sich selbst nicht so) für religiösen Fundamentalismus und Islamismus im weitesten Sinne. Der Terminus wird im Kontext mit Terrorismus und krimineller Gewalt benutzt. Er ist zu einem pejorativen Kampfbegriff geworden, ähnlich dem Schimpfwort „Faschist" in sowjetischer Zeit. Er wird dabei besonders auf den Nordkaukasus bezogen, greift aber bereits über diese Region hinaus.

Ein russischer Islamexperte unterzog das in Russland verbreitete „wahhabitische" Schrifttum einer gründlichen Analyse. Es handelt sich um russische Übersetzungen von Büchern und Broschüren, die schon in hohen Auflagen im Mittleren Osten, aber auch in Europa und den USA verbreitet worden sind. Das Hauptprinzip dieser Literatur besteht in der Anpassung islamischer Dogmen und Termini an ein radikal-islamistisches Weltbild: zum Beispiel die Einengung des Dschihad-Begriffs auf den *bewaffneten* Kampf gegen Ungläubige und die maßlose Ausdehnung des Begriffs „kufr" (Unglaube) auf alle, die der eigenen militanten Islamauffassung nicht folgen. Hervorstechend ist die Anfeindung ritueller Formen des „Alltags-" oder „Brauchtumsislam", der das Überleben islamischer Tradition in sowjetischer Zeit gewährleistet hat. Keine Frage, im Auftreten solcher Prediger des „reinen Islam" steckt Konfliktpotenzial für Regionen, wo nach sieben Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft „religiöser Analphabetismus" herrschte und deren „religiöse Wiedergeburt" leicht von außen zu beeinflussen war und ist.

Umso wichtiger wäre die präzise Identifizierung radikal-religiöser Akteure. „Wahhabismus" wird als Schlagwort in der politischen Publizistik und Alltagssprache aber so inflationär verwendet, dass ein Kritiker in einer nordkaukasischen Zeitung kürzlich meinte: „Bei uns ist schon jeder Verkehrspolizist und Milizionär ein Experte für Wahhabismus." Oft genügt die Barttracht, um einen „Wahhabiten" auszumachen. Russische Islamwissenschaftler haben auf die Fragwürdigkeit dieses „Wahhabitengespensts" hingewiesen, ohne dabei in Frage zu stellen, dass es im Prozess „islamischer Wiedergeburt" ernst zu nehmende islamistische Strömungen und Einflüsse von außen gibt. Tatsächlich konnten sich islamistische Einflüsse nach der Aufhebung des „Eisernen Vorhangs" durch bestimmte Kanäle entfalten – so über das Auslandsstudium junger Muslime aus Russland und die Entsendung religiösen Lehrpersonals aus dem Ausland nach Russland. Unter den als „Wahhabiten" etikettierten Personen begegnen einem Gläubige mit einer für exsowjetische Muslime untypisch konsequenten islamischen Lebensführung. In Usbekistan ist der Staat im Kampf gegen „religiösen Extremismus" über die strafrechtlich gebotene Verfolgung von Gewaltakteuren weit hinaus gegangen und hat Tausende observanter Muslime ins Gefängnis geworfen.

IV. Die außenpolitische Dimension

Russlands nähere und fernere islamische Nachbarschaft besteht aus sechs Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit im GUS-Raum sowie aus Staaten im Mittleren Osten, die einmal bevorzugte Adressaten sowjetischer Orientpolitik waren. Gemeinsame Bekämpfung islamistischer Terrorgruppen ist für Moskau zu einem bevorzugten Thema für bi- und multilaterale Kooperation mit zentralasiatischen Staaten geworden. Nachdem im Sommer 1999 islamistische Kampfaktivitäten in Grenzregionen Mittelasiens mit dem „Wahhabitenaufstand" in Dagestan und dem Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs zusammenfielen, gewann dieses Thema für die sicherheitspolitische Kooperation etwa im Rahmen des GUS-Sicherheitspakts und der Shanghai Organisation – in der Russland mit zentralasiatischen Staaten und China kooperiert – an Aktualität. Nach dem 11. September 2001 schien Russland zunächst die sicherheitspolitische Initiative in Zentralasien an die USA zu verlieren. Doch seit 2002 unternahm es wieder deutliche Bemühungen, seinen strategischen Einfluss in der Region zu festigen – zwar nicht in offener Konfrontation zu seinem neuen Kooperationspartner USA, aber doch in der Absicht, Zentralasien nicht vorwiegend westlicher Sicherheitspolitik zu überlassen.

Ein Hauptthema dabei ist wiederum die Gefahr islamistischer Unterwanderung postsowjetischer Gesellschaften und Staaten. Es stößt auf offene Ohren bei zentralasiatischen Regierungen, die in islamistischer Oppositionsbildung eine Herausforderung für ihre nur schwach legitimierte, von Demokratisierung weit entfernte Herrschaft erblicken. Dieser Tage nahm Moskau die beiden

islamistischen Organisationen, die von den Regimen in Zentralasien als Todfeinde angesehen werden – die propagandistisch aktive „Hizb ut Tahrir" und die auch militärisch aktiv gewordene „Islamische Bewegung Usbekistans" –, in seine eigene Liste von Terrororganisationen auf, obwohl beide bislang nicht auf dem Territorium Russlands tätig geworden sind. Umgekehrt vermittelt es den Tschetschenien-Konflikt als einen zentralen Ausschnitt aus einem globalen, zumindest aber eurasischen islamistischen Aktionsbogen und ist bemüht, tschetschenische Rebellen mit Al-Qaida-artigen Netzwerken in Verbindung zu bringen. In ihrem Bemühen, Russland in der Irakfrage auf ihre Seite zu bringen, kommen ihm amerikanische und europäische Rezipienten dabei entgegen.

Wie aber beeinflusst das Thema „Muslime in Russland" und „Kampf gegen islamistischen Terrorismus in Tschetschenien" die außenpolitischen Beziehungen zum Mittleren Osten? 1988 hatte der iranische Revolutionsführer Chomeini einen Brief an Gorbatschow gerichtet, in dem die Aufgabe der atheistischen Ideologie und der respektvolle Umgang mit den eigenen Muslimen als unabdingbare Voraussetzung für eine Verbesserung der sowjetischen Position gegenüber der islamischen Welt dargestellt wurde. Als sich in den folgenden Jahren für die „vergessenen Muslime" der Sowjetunion der „Eiserne Vorhang" hob, erwartete man in Moskau und Washington unliebsame ideologische Einflüsse aus der islamischen Welt auf Tataren, kaukasische Muslime, Usbeken und Tadschiken am ehesten von der Islamischen Republik Iran. Mittlerweile richten sich diesbezügliche Vorwürfe weit stärker an den sunnitischen und vorwiegend an den arabischen Teil der islamischen Welt. Der Iran hat sich eher als pragmatischer Akteur gegenüber dem postsowjetischen Raum erwiesen.

Viel deutlicher wirkte sich also das Thema Islam und Islamismus auf die Beziehungen Russlands zu Saudi-Arabien aus. Nach der Wiederaufnahme der seit den dreißiger Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen und nach anfänglich hohen Erwartungen an bilaterale Wirtschaftsbeziehungen (saudische Investitionen in Russland, russische Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien) zu Beginn der nachsowjetischen Periode kühlte sich das bilaterale Verhältnis wieder ab. Dafür gab es verschiedene Gründe – u. a. die Konkurrenz auf dem Weltmarkt für Erdöl sowie die Revision der russischen Israelpolitik. Zu den entscheidenden Störfaktoren gehörten aber auch die Themen Islam und Islamismus. Saudi-Arabien stand im Mittelpunkt russischer Hinweise auf externe islamistische Einflüsse auf den postsowjetischen Raum. Auch andere Staaten – wie die übrigen arabischen Golfmonarchien oder auch Pakistan – werden von Moskau in diesem Zusammenhang genannt, aber Saudi-Arabien wird hier schon durch die pauschale Verwendung des Begriffs „Wahhabismus" zur Bezeichnung extremistischer Varianten „islamischer Wiedergeburt" hervorgehoben. Verstärkt weist Moskau nach dem 11. September 2001 auf Saudi-Arabien als ein Zentrum weltweiter Verbreitung des Islamismus hin – was sich mit einer veränderten Wahrnehmung des Königreichs in den USA deckt. Auch dort wird darauf hingewiesen, dass sich die Machthaber in Riad islamistischer Opposition im eigenen Land und des Vorwurfs, sie hätten sich vom „reinen Islam" weit entfernt, durch den Export ultrapuritanischer, radikalislamischer Bewegungen zu erwehren versuchen. Riad tritt solchen Vorwürfen entgegen und weist die Verwendung des Terminus „Wahhabismus" für radikalreligiöse Bewegungen in Muslimregionen der zerfallenen Sowjetunion als Beleidigung für Saudi-Arabien zurück. Islamische Stiftungen mit Sitz in Saudi-Arabien hätten Muslimen im exsowjetischen Raum mannigfache Hilfe erwiesen und auch tschetschenische Flüchtlinge humanitär unterstützt. Aufgrund dieser Tatsache könne man die saudische Regierung nicht beschuldigen, sich in den Tschetschenienkonflikt eingemischt oder subversive Bewegungen auf dem Territorium Russlands unterstützt oder gar gelenkt zu haben. Auch russische Quellen räumen ein, dass Riad möglicherweise nicht die volle Kontrolle über Handlungen religiöser Organisationen ausübe, weisen aber darauf hin, dass Stiftungen wie „Al Haramein", die immer wieder als Förderer islamistischer Dynamiken genannt werden, kaum gegen die Interessen der Regierung handeln würden. Die Grenzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Islamismusexporteuren seien also fließend.[9]

Das Thema „Kampf gegen islamistischen Terrorismus in Tschetschenien" wirkte sich auf die russische Mittelostpolitik unterschiedlich aus. In einigen Fällen wurde der Tschetschenienkrieg zum Störfaktor in den bilateralen Beziehungen Russlands zu muslimischen Nachbarn, auch wenn keine Regierung der islamischen Welt – mit Ausnahme des einstigen Taliban-Emirats in Afghanistan – die Sezession Tschetscheniens und die Eigenstaatlichkeit der „Tschetschenischen Republik Itschkerija" anerkannt hat. Die meisten Regierungen im Mittleren Osten, so die iranische, hielten sich mit Kritik an den 1999 wieder aufgenommenen Kriegsmaßnahmen Moskaus stärker zurück als westliche Regierungen. Gleichwohl warfen russische Medien die Frage der Unterstützung separatistisch-islamistischer Bewegungen im postsowjetischen Raum durch mittelöstliche Länder auf. Offiziell gewährte

9 Vgl. Mark N. Katz, Saudi–Russian Relations in the Putin Era, in: Middle East Journal, Bd. 55, (Herbst 2001), S. 603–622.

das islamische Ausland den tschetschenischen Separatisten keinerlei finanzielle oder andere Hilfe: Die Regierungen im Mittleren Osten durften mit Blick auf eigene innerstaatliche Konfliktpotenziale nicht daran denken, eine Sezessionsbewegung zu unterstützen. Aus nichtstaatlichen Quellen gingen jedoch durchaus Finanzhilfen und andere Unterstützungsleistungen an Tschetschenien. Darunter nennen russische Quellen Organisationen in Kuwait (Organisation islamischer Rettung Tschetscheniens, Gesellschaft für Sozialreform u. a.), Katar (Wohltätigkeitsgemeinschaft Katars, Stiftung Id Ben Muhammad u. a.), Bahrain (Versammlung für Reform), Jemen (Organisationen im Umfeld der Al-Islah-Partei), in den Vereinten Arabischen Emiraten u. a. Besondere Erwähnung finden Länder mit Bevölkerungsteilen nordkaukasischer Herkunft wie die Türkei und Jordanien. Laut russischen Angaben brachten allein die jordanischen „Moslembrüder" seit 1999 mehr als 20 Millionen Dollar für die bedrängten Glaubensbrüder in Tschetschenien auf.

In der Türkei leben zwischen fünf und sieben Millionen Nachfahren von Flüchtlingen aus der Zeit der Kaukasuskriege des 19. Jahrhunderts und des Bürgerkriegs nach 1917. Zahlreiche nordkaukasische Kulturvereine riefen dort 1994 und 1999 zur Solidarität auf mit den vom Krieg bedrängten Tschetschenen. Auf der Problemliste russisch-türkischer Beziehungen stand daher der Verdacht gegenseitiger Einflussnahme auf separatistische Kräfte – hier das Problem tschetschenischer Separatisten, dort das der kurdischen Nationalbewegung. Insgesamt waren und sind diese bilateralen Beziehungen von starker Ambivalenz zwischen Wirtschaftsinteressen und Geopolitik geprägt. Einerseits ist die Türkei ein Haupthandelspartner Russlands, andererseits konkurriert sie mit Russland um Einfluss im kaukasisch-kaspischen Raum als ein enger Verbündeter amerikanischer Politik in dieser Region. Spannungen in den bilateralen Beziehungen haben Wurzeln in jahrhundertelanger geopolitischer Konfrontation. Gleichwohl traten Reizthemen wie Tschetschenien und PKK in den letzten Jahren hinter positiven Entwicklungen im Handel, im Tourismus, im Austausch militärischer Güter und in der Energiepolitik zurück. Mit dem Geiseldrama von Moskau im Oktober 2002 wurde das Tschetschenien-Thema aber wieder für die bilateralen Beziehungen aktuell – zumindest für einige Wochen. Türkische Medien verurteilten das Vorgehen der russischen Sicherheitskräfte besonders scharf. Daraufhin erließ der russische Botschafter in Ankara eine diplomatische Note mit einer Beschwerde über „antirussische Tendenzen". Moskau bezichtigte die kaukasischen, besonders die tschetschenischen Vereine in der Türkei, Unterstützung für den „tschetschenischen Terrorismus" organisiert zu haben, und machte der Regierung in Ankara den Vorwurf, gegenüber pro-tschetschenischen Akteuren zu nachsichtig zu sein.[10]

In einem anderen Fall führte das Thema „Kampf gegen islamistischen Terrorismus in Tschetschenien" zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen: Israel wurde während des zweiten Tschetschenienkriegs zum Partner Russlands im Mittleren Osten. Es unterstützte mit großem Nachdruck Moskaus „Anti-Terror-Operation" in Tschetschenien. Dafür nahm nach dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada die russische Regierung eine zunehmend proisraelische Haltung ein. Präsident Putin, sein tschetschenienpolitischer Sprecher Jastrschembski und der Verteidigungsminister Sergej Iwanow verglichen Terrorakte in Israel mit solchen in Tschetschenien. So auch die Duma, als sie mit großer Stimmenmehrheit nicht Israel, sondern extremistische Kräfte für die Gewalteskalation im Heiligen Land verantwortlich machte. Freilich gab es zu dieser Revision russischer Israelpolitik auch Opposition in Teilen der außen- und sicherheitspolitischen Eliten. Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen wurde allerdings nicht allein durch die Übereinstimmung beim Thema Terrorismusbekämpfung vermittelt, sondern auch durch gegenseitige Interessen in Bezug auf Handel, Austausch militärischer Güter, Migration russischer Juden u. a. Dennoch ist es nicht zuletzt der durch den Tschetschenienkrieg vermittelten Verschlechterung des russischen Verhältnisses gegenüber Muslimen zuzuschreiben, wenn sich eine grundlegende Revision russischer Israelpolitik zu Ungunsten des Verhältnisses zur arabisch-islamischen Welt ohne größeren Widerstand vollziehen kann. Beobachter konstatieren, dass auf der aktuellen Liste russischer Xenophobien antimuslimische und antikaukasische Ressentiments bereits vor dem traditionellen Antisemitismus rangieren.

Die derzeit wohl spannendste Frage, wie sich Moskau gegenüber einem Krieg gegen den Irak verhält, hat mit Russlands Verhältnis gegenüber Muslimen auf den ersten Blick nichts zu tun, dafür umso mehr mit dem neuen russisch-amerikanischen Verhältnis und mit ökonomischen Interessen Moskaus im Irak. Aber dass die öffentliche Meinung in Russland einem Krieg gegen den Irak bis vor kurzem auch weniger kritisch gegenüberstand als die in vielen westlichen Ländern, dass sie insgesamt eine veränderte Mittelostpolitik Moskaus akzeptiert, hat letztlich doch mit einer veränderten Einstellung gegenüber der gesamten islamischen Welt zu tun.

10 Vgl. John Corvett, Chechen Question Harms Turkish-Russian Relations, http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110702a_pr.shtml

Nikolai Genov

Dr. sc., geb. 1946; Professor an der Freien Universität Berlin, Osteuropa-Institut und Institut für Soziologie.

Anschrift: Osteuropa-Institut, Garystr. 55, 14195 Berlin.
E-Mail: genov@zedat.fu-berlin.de

Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Struktur Russlands.

Hermann Clement

Dr. rer. pol., geb. 1940; stellvertretender Direktor des Osteuropa-Instituts, München.

Anschrift: Osteuropa-Institut, Scheinerstr. 11, 81679 München.
E-Mail: hclement@lrz.uni-muenchen.de

Veröffentlichungen u. a.: Wirtschaftsstruktur: sektorale, regionale und internationale Aspekte, in: H.-H. Höhnemann/H.-H. Schröder (Hrsg.), Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001; Wirtschaftspolitische Strategie der EU gegenüber den EU-Outs in Osteuropa im Rahmen des Erweiterungsprozesses, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 238, Februar 2002; Wandel der Rahmenbedingungen für die Aktivitäten deutscher Unternehmen in Russland und der Ukraine im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt und der EU-Osterweiterung, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 243, Dezember 2002.

Heinz Timmermann

Dr. phil., geb. 1938; 1969 – 2000 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, zuletzt als Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik Russlands und der GUS; seit 2001 Forschungsgruppe Russische Föderation und Neue Unabhängige Staaten in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Anschrift: Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3 – 4, 10719 Berlin.
E-Mail: heinz.timmermann@swp-berlin.org

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Boris Orlow) Rossija i Germanija v Evrope, Moskau 1998; Russlands Politik gegenüber der EU, Teil 1 und 2, in: Osteuropa, (2000), 7 und 8; Kaliningrad – eine Pilotregion für die Gestaltung der Partnerschaft EU–Russland?, SWP-Studie 23, Berlin 2001; Die widersprüchlichen Beziehungen Russland – Belarus im europäischen Kontext, SWP-Studie 37, Berlin 2002.

Jerzy Maćków

Dr. phil. habil., geb. 1961; Professor für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Anschrift: Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg, 93040 Regensburg.
E-Mail: Jerzy.Mackow@politik.uni-regensburg.de

Veröffentlichungen u. a. zur Totalitarismus-Transformationstheorie, zur postkommunistischen Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa sowie zur Außenpolitik kommunistischer und postkommunistischer Staaten.

Uwe Halbach

Dr. phil., geb. 1949; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Anschrift: Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3 – 4, 10719 Berlin.
E-Mail: uwe.halbach@swp-berlin.org

Veröffentlichungen u. a.: Erdöl und Identität im Kaukasus, in: Internationale Politik und Gesellschaft, (2003) 1; (Hrsg. zus. mit Olga Alexandrova und Roland Götz) Russland und der postsowjetische Raum, Internationale Politik und Sicherheit, Band 54, Baden-Baden 2003.

Nächste Ausgabe

Peter Franz/Stefan Immerfall
Zeitlupenland Deutschland? Zum Vollzugsdefizit wirtschaftspolitischer Reformen

Reimut Zohlnhöfer
Institutionelle Hemmnisse
für eine kohärente Wirtschaftspolitik

Christine Trampusch
Dauerproblem Arbeitsmarkt:
Reformblockaden und Lösungskonzepte

Siegfried F. Franke
Wählerwille und Wirtschaftsreform

Josef Schmid
Wirtschafts- und Sozialpolitik:
Lernen und Nicht-Lernen von den Nachbarn

Nikolai Genov

Tendenzen der sozialen Entwicklung Russlands

Individualisierung einer vermeintlich kollektivistischen Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16 – 17/2003, S. 3 – 10

■ Im Gegensatz zur üblichen Betonung der kollektivistischen Züge der russischen Kultur und Institutionen wird die These einer fortschreitenden Individualisierung der russischen Gesellschaft vertreten. Dabei werden sowohl Errungenschaften als auch Pathologien der Individualisierung in den Reformprozessen herausgearbeitet. Bezugspunkte der Analyse sind die Privatisierung des staatlichen Eigentums, die Entwicklung demokratischer politischer Institutionen sowie die Pluralisierung der Kultur. Die Schlussfolgerung aus der Analyse lautet, dass die rasche Individualisierung in starke Tendenzen einer Desintegration der russischen Gesellschaft mündete. Deswegen sind weitere Schritte in Richtung einer wirtschaftlichen, politischen wie wertnormativen Integration auf der makrosozialen Ebene notwendig, um die Extreme der Individualisierung zu neutralisieren und eine stabile Position der russischen Gesellschaft in der internationalen Arbeitsteilung und Konkurrenz zu sichern.

Hermann Clement

Die Wirtschaftsstruktur Russlands

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/2003, S. 11 – 21

■ Entgegen den Erwartungen hatte sich während der Transformationskrise die übernommene Struktur aufgrund der Wettbewerbsschwäche der Verarbeitenden Industrie, der eingeschlagenen Transformationsstrategie und des Einkommenseinbruchs noch erheblich verstärkt. Erst seit Beginn des Aufschwungs nach der Rubelkrise 1998 verbessert sich die von der Sowjetwirtschaft geprägte, hochgradig energie- und schwerindustrielastige russische Wirtschaftsstruktur. Besonders deutlich schlägt sich die einseitige Wirtschaftsstruktur in den Exporten nieder. Bei hohen Energie- und Rohstoffpreisen führt dies zwar einerseits zu einer günstigen Handels- und Leistungsbilanz sowie hohen Staatshaushaltseinnahmen. Die russische Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsentwicklung und die Staatseinnahmen sind damit aber hochgradig von den stark schwankenden externen Faktoren abhängig und das Wirtschaftswachstum insgesamt leidet darunter. Ziel der russischen Regierung muss daher sein, die einseitige Wirtschaftsstruktur durch die Entwicklung der Verarbeitenden Industrie und des Dienstleistungssektors nachhaltig zu verbessern.

Heinz Timmermann

Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Richtung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16 – 17/2003, S. 22 – 30

■ Trotz der mit dem 11. September 2001 erfolgten Annäherung an die USA bleibt die EU für Russland ein vorrangiger Partner, insbesondere für die Modernisierung seiner Wirtschaft. Zwar schließen beide Seiten eine Mitgliedschaft Russlands in der Union zumindest mittelfristig aus. Zugleich verdichten sich aber auf einer Reihe von Feldern ihre Beziehungen, sichtbar nicht zuletzt in den halbjährlichen Gipfeltreffen. Schwerpunkte der Interaktion bilden der politische Dialog zu regionalen und globalen Problemen, Initiativen zur Bildung eines „Gemeinsamen Gesamteuropäischen Wirtschaftsraums“, Anstrengungen zur Festigung der Energiepartnerschaft, Zusammenarbeit bei den wachsenden *Soft-security*-Problemen (Organisierte Kriminalität und Terrorismus) sowie erste Schritte in Richtung Mitwirkung Russlands im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dennoch haben sich die hoch gesteckten Erwartungen beider Seiten bislang nur begrenzt erfüllt. Eine Verschärfung autoritärer Tendenzen in Russland, wie sie nicht zuletzt in Verbindung mit dem brutalen Tschetschenienkrieg Moskaus zu beobachten sind, würde die Partnerschaft erheblich belasten.

Jerzy Maćków

Russlands Beziehungen zu seinen „slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16 – 17/2003, S. 31–38

■ Die russische Politik gegenüber Belarus (Weißrussland) und der Ukraine lässt darauf schließen, dass nach dem 11. September 2001 kein grundlegender Wandel im Verhältnis Russlands zum Westen stattgefunden hat. Mit Rückschlägen in den russisch-westlichen Beziehungen ist deshalb zu rechnen, zumal es im autoritär regierten Russland nach wie vor keinen tragfähigen (d. h. nicht nur taktisch motivierten) Konsens über eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien gibt. Es besteht dagegen ein Konsens über die Politik gegenüber dem „nahen Ausland“. Dieser ist klar gegen die prowestlichen Kräfte des postsowjetischen Raumes gerichtet. Russland scheint an einer langfristig guten ökonomischen Entwicklung von Belarus und der Ukraine wenig interessiert zu sein. Diese Politik ruft unausweichlich eine Stärkung der antirussisch gesonnenen nationalen Bewegung in beiden Ländern hervor.

Uwe Halbach

Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16 – 17/2003, S. 39 – 46

■ Im internationalen Diskurs über islamistischen Terrorismus ist Russland zu einem Hauptsprecher geworden. Mit der Fixierung auf „Terrorismus“, „Wahhabismus“ und „Extremismus“ bei seiner Auseinandersetzung mit der „islamischen Wiedergeburt“ im postsowjetischen Raum läuft es aber Gefahr, sich in ein gespanntes Verhältnis zu seinem eigenen muslimischen Bevölkerungsteil und seiner zweitgrößten Glaubensgemeinschaft zu setzen. Das Verhältnis Russlands zu seinen eigenen Muslimen, die keine kulturell homogene und politisch geschlossene Gemeinschaft bilden, wird durch die Gewalteskalation im Nordkaukasus belastet. Das Bild, das sich die russische Öffentlichkeit von Muslimen im eigenen Land macht, wird zunehmend von der „Anti-Terror-Operation“ gegen angebliche „Moslemrebellen“ in Tschetschenien bestimmt. ■